

KURDISTAN

Archiv

Materialien · Pressedokumentation · monatlich

Kurdistan-Archiv
im AllerWeltHaus
Hagen e.V.
Pothofstraße 22
5800 Hagen

16 Juli 90

*Vor fünfundsiebzig Jahren begann eines
der schlimmsten Menschheitsverbrechen des Jahrhunderts*

Vor den Augen des Waffen- bruders

Das Massaker an den Armeniern
im Ersten Weltkrieg und
die deutsche Mitverantwortung

Von Lawrence S. Leshnik



Damals die Armenier, heute die Kurden:

Unbeugsame Passivität der Deutschen

aber: der Tourismusboykott wird vorbereitet

(An dieser Stelle werden Adressen von Kurdistan-Arbeitsgruppen, Veranstaltungshinweise und neue Bücher und Broschüren vorgestellt. Die Kurdistan-Gruppen, die hier genannt werden wollen, müssen uns dies schriftlich mitteilen. Veranstaltungen bitte rechtzeitig ankündigen)

Adressen von Kurdistan-Arbeitsgruppen

1000 Berlin Kurdistan-Komitee Berlin-West e.V., c/o BAZ 3.Welt, 1000 Berlin 61, Oranienstr. 159

2000 Hamburg Solidaritätskomitee Kurdistan Hamburg e.V., Laufgraben 27, 2000 Hamburg 13

4500 Osnabrück Kurdistan Kulturzentrum Osnabrück, c/o ASTA, Alte Münze 12, 4500 Osnabrück

6252 Diez Terre des Hommes, Harry Fenzl, Parkstr. 35 a, 6252 Diez

7400 Tübingen Kurdistan-Komitee, Treffpunkt: jeden Dienstag, 20 Uhr im Schlatterhaus, 2. Stock

8000 München Kurdistan Informationszentrum München e.V., Pariser Str. 7, 8000 München 80, Tel. 089/ 448 48 10

Neue Bücher und Broschüren

Dokumentation zur Türkei und Türkei-Kurdistan, 53 Seiten DIN A 4, Preis unbekannt, Herausgeber: Tüday, Hohenzollernring 32-34, 5000 Köln 1, Tel. 0221/ 25 43 14. Enthält die deutsche Fassung wichtiger Gesetze, die Kurdistan betreffen sowie wichtige aktuelle Dokumente. Unsere Empfehlung: sofort bestellen.

Leserbrief

"... In einer Bibliographie habe ich es gelesen, daß Ihr Archiv das Material 'Die Kurdistanfrage vor dem Deutschen Bundestag' verlegt hat.

Da ich als ehemaliger politischer Schutzhäftling/Dachau 125763, Buchenwald 100882 usw. mit diesem Themenbereiche natürlich mich auch befasse, würde es mir eine große Hilfe und Freude bereiten, wenn Sie mir von diesem Material zukommen lassen würden. ...

Entschuldigen Sie mir auch mein miserables Kucheldeutsch vom östlichen Teil der ehemaligen k.u.k. Donaumonarchie.

Jozsef T.-H., Budapest, Ungarn

(Ja leider hatten wir das obige Buch angekündigt, dann aber das Geld zum Druck nicht auftreiben können. Vielleicht klappt es ja bald. Herr T. bekommt auf jeden Fall genügend Material. Die Kurden brauchen auch Freunde in Ungarn.)

Hilfe

Als Doktorant an der Universität Hannover suche ich schon seit langem folgende Texte:

- Chirguh, Bletch Dr.: La question kurde, ses origines et ses causes, Kairo 1930 (Publication de la Ligue Kurde Hoyboun No.5)
- Kirzioglu, M. Fahrettin: Kürtlerin Kökü, Ankara 1963
- Kurdish Independence League (Hoyboon) The Case of Kurdistan against Turkey, Philadelphia 1928
- Belli, Mihri: Turkiye, Toplum yapasi: Ulusal sorun: Kürt davasi, Stockholm 1984
- Helfer, Hans U.: Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) Schweiz 1988

(Leider auch hier Fehlanzeige, wir haben keine Zeit und kein Geld, ein Bucharchiv aufzubauen. Wir ersticken in der aktuellen Arbeit. Wenn einer unserer Leser von einem dieser Bücher einen Bibliotheksstandort kennt oder es selbst im Besitz hat und bereit ist, eine Fotokopie anzufertigen, bitten wir um Nachricht an uns. Wir werden es dann weiterleiten.)

6
6
P3
677

Inhalt :

| | |
|--|----------------------------|
| Adressen, neue Bücher, Leserbriefe..... | 2 |
| Inhalt..... | 3 |
| Zu dieser Ausgabe | 4 |
| Tourismusboykott | 5 |
| medico-Delegation war in Kurdistan | 6-12 |
| Flüchtlingslager: Es wird immer schlimmer | 13-19,63 |
| Günther Wallraff: Vom Rächer der Enterbten zum Haß auf eine nationale Befreiungsbewegung | 20-25 |
| Kurdenprozeß Düsseldorf | 25-27,54-55 |
| Intifada oder Serhildan? | 28 |
| Aktuelle Stunde im Bundestag am 27.4.1990 | 29-35 |
| Dogru 2000: Vorschläge zur Lösung der Kurdistanfrage..... | 36 |
| Bericht von einer Reise der Grünen nach Kurdistan | 37-40 |
| Staatsterror in Kurdistan/Türkei - ein Beispiel | 40 |
| Gleichschaltung der türk.Presse - gegen die Kurden..... | 41-46 |
| Österreich liefert keine Waffen mehr an die Türkei..... | 69,47 |
| Massenmord in Armenien vor 75 Jahren und deutsche Beteiligung .. | 48-53 |
| Verschiedene Berichte zu Kurdistan/Türkei . | 56-60,63+64,66,68,69,72-77 |
| Kurdische Asylbewerber stauen sich in der Tschoslowakei | 58,61 |
| Türkischer Geheimdienst und diplomatischer Krach Bonn-Ankara.... | 59-62 |
| Deutsche Waffen und Militärhilfe an die Türkei | 64,67 |
| Türkischer Asylbewerber begeht Selbstmord | 65 |
| Schüsse aus dem türkischen Konsulat in München | 70+71 |
| Untersuchungsbericht zum Massaker in Cevrimli..... | 78+79 |
| medico-Anzeige | 80 |

Zu dieser Ausgabe

Wir haben als Titelbild für diese Ausgabe ein Foto gewählt, das die Kumpanei zwischen dem Kaiser und den Jungtürken beim Massenmord an den Armeniern symbolisiert. "Die deutschen Interessen verlangten **unbeugsame Passivität** in der Armenierfrage. Als die Vernichtung in vollem Gange war, protestierte der Botschafter nur, um den Schein zu wahren," heißt es in dem dazugehörigen Artikel. (Seite 48) Zumindest in dieser Hinsicht ist der Armeniermassenmord schon zur historischen Vorlage geworden für die Bundesregierung in bezug auf Kurdistan. Gucken wir uns die Elemente ihrer Politik zu Kurdistan an:

- Massive Unterstützung der Zentralstaaten mit allem, womit man Menschen vernichten kann.
- Regelmäßige Distanzierung von ebendiesen Staaten, wenn sie wieder ein Massaker vollzogen haben.
- Seit Halabja eine öffentlichkeitswirksame Gewährung von "Hilfe" für die Opfer, die aber nur gerade so groß war, damit der inneren Kritik das Maul gestopft werden konnte. (Seite 17)
- Plazierung des Prozesses in Düsseldorf, um die Öffentlichkeit verwirren zu können und dem kurdischen Widerstand zu schaden. (Seite 25)
- Organisieren des öffentlichen Schweigens. (Siehe Bundestag, Aktuelle Stunde Seite 29)

Diese Politik ist darauf angelegt, Kritik entweder zu spalten oder totlaufen zu lassen. Den einen soll das Etikett der **Unberührbaren** (durch den Prozeß in Düsseldorf) angeheftet werden, der Rest soll sich mit Bittschriften, Organisieren von Veranstaltungen usw. solange die Füße wundlaufen, bis sie resignieren. Auch die Gewährung der "Hilfe" an die Flüchtlinge war sowohl als Abwehr von Kritik gedacht als auch als Köder, der uns mäßigen sollte, in der Hoffnung, dann leichter mehr Hilfe zu erreichen.

In den letzten Monaten sind die Fronten wesentlich klarer geworden. Die Kurdistan-Solidarität steht vor der Aufgabe, zu einem **politischen Faktor** zu werden, der in der Lage ist, den Kolonialstaaten weh zu tun und ihnen die Hilfe aus der Bundesrepublik abzuschneiden. Aus diesem Bedürfnis ist irgendwo der Vorschlag zu einem **Tourismusboykott** gegen die Türkei entstanden, der überall, wo man nachfragt, spontan begrüßt wird.

Eine Bundestagsabgeordnete der SPD, vermutlich Frau Ganseforth, hat schon im Fernsehen dazu aufgerufen. Die bloße Drohung mit einem Tourismusboykott erregte in der Türkei schon Aufsehen, (Seite 10) die Bundestagsfraktion der Grünen will sich mit diesem Thema befassen und auch die BUKO-Konferenz im Juni in Nürnberg beschäftigte sich mit diesem Thema.

Wir sehen gute Chancen, durch eine solche Kampagne aus unserem Mauerblümchendasein herauszukommen und mit allen gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Fangt am besten schon mit den Vorbereitungen an.

Zum Schluß noch eine Bitte an unsere Leser. Wir brauchen noch ca. 200 neue Abonnenten, damit das Erscheinen des Kurdistan-Archiv auch im nächsten Jahr gesichert ist. Bitte also immer weiter erzählen, daß es uns gibt und neue Abonnenten werben, ja? Danke an Euch alle.

Medico International zum Tourismusboykott

Tourismusboykott ist eine gute Sache, ich habe auch mit ... und ... und ... usw. darüber gesprochen. Nur wann? Bekanntlich sind für dieses Jahr alle Charterverträge längst unter Dach und Fach. Bis wir Plakate und Sachen raushaben, hat die Ferienzeit begonnen.

Ich meine, wir sollten uns alle, wirklich alle und breit und weit, im August oder September treffen, um dann für den Herbst die Kampagne zu beginnen.

(Fordern kann man das natürlich zwischenzeitlich immer schon). Die Charterfirmen, TUI und andere, die Antalya verwüsten, planen ab Herbst. Für die BRD wollen wir alle einladen incl. BDKJ und aej, damit das weithin Wirkung hat.

Hans Branscheidt

Die strategische Rolle des Tourismus für die Türkei

In ihren Propagandaschriften erwähnt die Türkei folgende Vorteile des Tourismus: Reduzierung des Außenhandelsdefizits, Schaffung neuer Arbeitsplätze, Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Seit 1983 wird der Tourismus gezielt gefördert. Das begann mit **gesetzlichen Maßnahmen**, die Anreize für Investitionen bieten: Angebote öffentlicher Grundstücke, Zollbefreiungen, Beschäftigungsmöglichkeit für ausländische Arbeiter, Erlaß von Planungs- und Bausteuern, Importerleichterungen, günstige Kredite, Erleubnis des Grunderwerbs für Ausländer, Devisenzuteilungen. Gewinne können in der ursprünglichen Währung rücktransferiert werden.

1984 waren erst 13 Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung im Fremdenverkehr tätig, Ende Juli 1989 schon 95.

Herkunft der Touristen (1989) (die 5 wichtigsten): BRD 767.000, England 465.100, Griechenland 430.300, Jugoslawien 290.500, Frankreich 246.800. Insgesamt 1989: 4,5 Mio.

| Zahl der Türkei-touristen | Einnahmen | Nettogewinn |
|----------------------------|---------------|---------------|
| 1972 570.000 | ? | |
| 1980 ? | 326 Mio. \$ | |
| 1985 2.600.000 | 1.094 Mio. \$ | |
| 1986 ? | 1.215 Mio. \$ | |
| 1987 2.900.000 | 1.721 Mio. \$ | |
| 1988 ? | 2.355 Mio. \$ | 1.997 Mio. \$ |
| 1989 4.500.000 | 2.557 Mio. \$ | 1.991 Mio. \$ |
| 1990 (Schätzung) 5,500.000 | 3.500 Mio. \$ | |

Zahlungsbilanz: Das angestrebte hohe Wirtschaftswachstum wird seit dem Putsch durch eine extreme Liberalisierung erreicht. Das führte zunächst zu einem **chronischen Zahlungsbilanzdefizit**, das durch eine Verdoppelung der Auslandsschulden "beglichen" wurde. Die Löcher werden nun gestopft einerseits durch Inflation, d.h. Verarmung, sowie Ankurbelung des Exports und Tourismus.

In den ersten zwei Monaten 1990 ein Minus von 428 Mio. \$.

1987 -502 Mio. \$ (andere Zahlen auf die Schnelle nicht verfügbar, es gibt aber regelmäßig ein Defizit)

Deviseneinnahmen 1988: 19 Mrd. \$, davon Tourismus 2,2 Mrd. \$
1989: 20,8 Mrd. \$, davon Tourismus 2,7 Mrd. \$

Man sieht, und das ist der Zweck dieser Darlegung: **Die türkische Wirtschaft ist durch einen Tourismusboykott sehr angreifbar. Daher auch die sofortige Reaktion auf die erste Drohung damit.**

Schuldendienst: Ende 1987 machte er 57% der türkischen Exporte aus, d.h. er fraß damals die Erfolge aus dem Export auf. Entsprechend intensiver wird seitdem der Tourismus gefördert. Ende 87 lagen die **Auslandsschulden** bei 39 Mrd. \$. (1981: 16,8 Mrd \$, 1989: 35,2 Mrd. \$)

Wünschenswert wäre es, wenn sich einmal jemand genauer und wissenschaftlich mit diesem Komplex befassen würde. Wir haben nicht die Zeit. Der Zweck der Übung war auch nur, die Aussichten eines Boykotts abzuschätzen: sie sind ausgezeichnet.

Schlußbericht
der bundesdeutschen ParlamentarierInnen-, PolitikerInnen- und Anwaltsdelegation
über eine Reise nach Kurdistan vom 5. Mai bis zum 1. Mai 1990

Wir sind trotz einer Warnung der bundesdeutschen Botschaft in Ankara nach Kurdistan gefahren.

Die Warnungen der Botschaft waren insofern berechtigt, als wir auf Schritt und Tritt durch ständige Militärkontrollen belästigt wurden. Offene und freie Gespräche unserer Delegation mit Kandidaten der Kommunalwahl, mit Bürgermeistern, Gewerkschaftern und Rechtsanwälten waren kaum möglich. Sie wurden dadurch verhindert, daß die Polizei, trotz unserer energischen Proteste, darauf bestand, mit laufendem Tonband und bewaffnet anwesend zu sein.

Deshalb stellen wir fest:

Die Türkei ist ein Polizeistaat, Türkisch-Kurdistan ist ein besetztes Land.

Wir haben es selbst erfahren an der Art und Weise, wie Polizei und Geheimdienst mit uns umgegangen sind.

Betroffene und Augenzeugen haben uns berichtet vom alltäglichen Terror, von systematischen Mißhandlungen, Folter und Mord durch Militär und Polizei. Weit über 1.000 Dörfer wurden zerstört, ihre BewohnerInnen vertrieben. Gegen all das findet zur Zeit in den kurdischen Gebieten ein Volksaufstand statt.

Unmittelbarer Anlaß unserer Reise waren die Vorgänge in Nusaybin und Cizre und das daraufhin ergangene Dekret Nr. 413. Wir mußten feststellen, daß die Freiheit der türkischen Presse bei der Berichterstattung über Vorgänge in Türkisch-Kurdistan im Würgegriff der staatlichen Zensur zu Grunde gegangen ist. Das Aufrechterhalten der unumschränkten, unkontrollierten Terrorherrschaft der Militär- und Spezialeinheiten über das kurdische Volk steht weit außerhalb jedweder Verfassungsgrundsätze westlicher Demokratien. Dort, wo das Dekret Nr. 413 gilt, ist eine gerichtliche Kontrolle von Maßnahmen der Armee, Polizei oder anderer Behörden vollkommen ausgeschlossen.

Wir anerkennen und unterstützen die mühsame Arbeit der kurdischen und türkischen Rechtsanwälte, die trotz dieser Bedingungen immer noch und immer wieder versuchen, Rechtsschutz für ihre Mandanten in einer Wüste von Willkür und Rechtlosigkeit zu finden.

Wir werden uns einsetzen für:

- den Stop jeglicher Militär- und Wirtschaftshilfe für die türkische Regierung
- die selbstverständliche Anerkennung der Existenz des Kurdischen Volkes
- das Recht der Kurden auf eigene Kultur und Sprache, auf gesichertes Leben nach rechtsstaatlichen Prinzipien und das Recht, in ihrem Land so zu leben, wie sie wollen, in nationaler Identität, mit dem Recht, über ihre Zukunft selbst zu bestimmen.

Gemeinsam mit kurdischen und türkischen Freunden erwägen wir einen Tourismusboykott.

Istanbul, den 11.5.1990

Jutta Oesterle-Schwerin (MdB Die GRÜNEN), Angelika Beer (MdB Die GRÜNEN), Ilona Hepp (Vorstand AL Berlin), Alisa Fuss, (Vizepräsidentin der INTERNATIONALEN LIGA FÜR MENSCHENRECHTE, Berlin) Eberhard Schultz (Rechtsanwalt, Bremen, Verteidiger im Düsseldorfer Kurden-Verfahren) Rainer Ahues (Rechtsanwalt, Dortmund, Vorstandsmitglied des Republikanischen Anwältinnen und Anwälte Verein)

Angelika Beer, Kopenhagen, 7. Juni 1990

Pressekonferenz zu Menschenrechtsverletzungen in Türkei-Kurdistan

... Im Mai dieses Jahres bin ich mit einer Delegation von medico international in Türkei-Kurdistan gewesen und habe einen Einblick in das Ausmaß der gravierenden Menschenrechtsverletzungen, des türkischen Staatsterrors, aber auch des Widerstandes, erhalten.

Vom türkischen Geheimdienst MIT massiv behindert, ist es unserer Delegation trotz großer Schwierigkeiten gelungen, Gespräche mit der Bevölkerung zu führen. Die Menschen aus Nusaybin, Cizre, Silopi, Siirt, Batman, Diyarbakir und aus jenen Dörfern, die heute zerstört sind bzw. zerstört wurden, weil sie in der Nähe der Cudi-Berge lagen, fanden trotz der Repression und Strafandrohungen, falls sie mit uns Kontakt aufnehmen würden, den Mut zu Gesprächen und informierten uns über die Wochen des Serhildan (Aufstand) und die aktuelle Situation.

Serhildan ist die Antwort auf Jahrzehnte der Unterdrückung, der Protest gegen das Verbot der Benutzung der Muttersprache, gegen die Gesinnungsjustiz der türkischen Regierung, gegen die Folter in den türkischen Gefängnissen, gegen den Mord, der durch türkische Militärs, Polizei, und vor allem durch die "SS"-Kommandos, die Sondereinsatzkommandos (SEK) vermehrt stattfindet, Staatsterrorismus in Kurdistan.

Gespräche mit Rechtsanwälten, die die in Massenprozessen Angeklagten gegen den Vorwurf des Separatismus verteidigen; mit Bürgermeistern z.B. aus Nusaybin, die abgesetzt wurden, weil sie sich mit ihren Dorfbewohnern solidarisiert haben; mit Gewerkschaftern und Menschenrechtsvertretern haben uns bestätigt, daß die Aktionen des Streiks, des Ladenschließens, der Demonstrationen u.a. im März des Jahres eine neue Qualität im Widerstand gegen den Polizeistaat Türkei, gegen den Staatsterrorismus, darstellen. Die Mehrheit der am Aufstand Beteiligten unterstützten den seit 1984 aufgenommenen bewaffneten Kampf der ARGK (Gruppe der kurdischen Arbeiterpartei, PKK), führt gemeinsam Demonstrationen und vielfältige Aktionen durch. Es sind und waren keine isolierten, abgeblühten von den "Terroristen" erzwungenen Aktionen: dies zeigen schon die Solidaritätsaktionen an Universitäten, Schulen, Hungerstreikaktionen der politischen Gefangenen, Solidaritätshungerstreiks und Hungerstreikaktionen von JournalistInnen gegen die Pressezensur.

"Das Volk war der Motor, die PKK der Zünder", so ein Rechtsanwalt über den Widerstand, der nicht nur von Männern, sondern vor allem auch von Frauen und Kindern getragen wird.

Der Vater eines in Nusaybin von SEKs ermordeten Sohnes, Semsettin Ciftci, den wir aufsuchen wollten, um unser Beileid auszusprechen, empfing uns mit folgenden Worten: "Der Geheimdienst war heute morgen hier und hat mir verboten, mit Euch zu sprechen. Er droht mit Gefängnis. Aber ich kann meinen Freunden mein Haus nicht verweigern. Wir haben hier nichts mehr zu verlieren. Kommen Sie bitte rein, damit Sie das Unrecht besser begreifen lernen."

Vor der Haustür warteten 5 Zivilpolizisten, behinderten uns selbst in diesem Grundrecht, dem Vater eines Ermordeten unser Beileid auszusprechen.

Die Türkei ist ein Polizeistaat, Kurdistan ist ein besetztes Land. ...

Diese Situation ist mit einem Zugeständnis kultureller Rechte an die Kurden nicht mehr zu lösen. Dieses Volk hat nichts mehr zu verlieren, außer sich selbst. Autonomie hat in der Geschichte immer wieder zu neuen Vernichtungsstrategien anderer Staaten gegen die Kurden geführt. Das Kurdische Volk hat ein Recht auf Selbstbestimmung! Und nur für dieses Recht auf ein Leben in Frieden, dafür steht Serhildan.

Der Erlaß des Dekretes 413 entspricht einem Putsch. Einem Putsch des nationa-

len Konsenses in der Westtürkei, die "Kurdenfrage" ein für alle mal zu lösen.

...

Die Nachrichtensperre ging einher mit der Freilassung Dr. Sargins und Kutlus. Nicht prügelnde Polizisten am 1. Mai in Istanbul waren auf den Titelblättern, sondern die Feier über die Freilassung der beiden. Die Neugründung der Kommunistischen Partei ist ein weiterer Schachzug, um der internationalen Öffentlichkeit Demokratie vorzugaukeln. Dieses Bild wird nur solange halten, wie sich auch diese Menschen und diese Partei dem nationalen Konsens zur "Lösung der Kurdenfrage" unterordnen. ...

Wer die jetzigen Forderungen der Türkischen Regierung, vorgetragen im Europaparlament, Europarat, und im KSZE-Kreis, nachkommt, die "Separatisten und Terroristen und Drogenhändler" zu bekämpfen und die Türkei in diesem Kampf zu unterstützen, der macht sich mitschuldig an dem Vernichtungsfeldzug gegen das Kurdische Volk.

Denn wir wissen, es waren Sondereinsatzkommandos der Türkei, ausgebildet von der bundesdeutschen GSG 9, die unschuldige Bauern umgebracht hat, um dann zu verbreiten, das sei eine Greuelthat der PKK. Ich habe Eltern gesprochen aus verschiedenen Dörfern, die ihre Kinder so verloren haben.

Die Mitglieder der KSZE-Menschenrechtskonferenz werden ihrer politischen Bedeutung nur gerecht werden können, wenn sie die Augen nicht länger vor diesem Terror der Türkei verschließen. Ein "gemeinsames europäisches Haus" wird es erst geben können, wenn wir das bereits bestehende aufgeräumt haben.

Ich fordere die Mitglieder der KSZE-Konferenz auf:

Druck auf die Türkei auszuüben

- sofort das Dekret 413 aufzuheben
- wie auch den Ausnahmezustand in Kurdistan aufzuheben
- die irakisch-kurdischen Flüchtlinge als politische Flüchtlinge anzuerkennen

Zur Herstellung der Wahrung der Menschenrechte sind die KSZE-Mitgliedstaaten weiterhin aufgefordert,

- auch mittels wirtschaftlicher Sanktionen gegen die Türkei Einfluß zu nehmen, bis die Wahrung der Menschenrechte in der Türkei und in Türkei-Kurdistan gewährleistet sind

- eine Delegation aus den KSZE-Mitgliederstaaten nach Türkei-Kurdistan zu entsenden, um Öffentlichkeit über die Menschenrechtsverletzungen herzustellen und die aktuelle Situation zu überprüfen

- an alle Regierungen zu appellieren, jegliche Form von Rüstungslieferungen, Rüstungssonderhilfen, militärische Hilfen sowie finanzielle Hilfen für die "Terrorismus- und Drogenbekämpfung" sofort einzustellen

- Politisch Verfolgten uneingeschränkt Asylrecht einzuräumen, wenn dieser Antrag gestellt wird und

- sich dafür einzusetzen, daß dem kurdischen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zuerkannt wird.

-FOLIO, FOLIO EDV: 511 031530. 1-

AUSWAERTIGES AMT
VERTEILER:EX.: 1-6: 011
7-8: STS
9: DZ
10: D3

-Parlamentsreferat-

SIG

*Kristmund. Jüter
Lage, 04.07.90*AUS: ANKARA
NR 409 VOM 03.05.1990, 1610 OZ
AN: 30NN AAFERNSCHREIBEN (VERSCHLUESSELT) AN C11
EINGEGANGEN: 03.05.90, 1531 OZ

BETEILIGUNG ERBETEN: REF. 203

AZ.: POL 300.29 031530

BETR.: TEILNAHME VON BUNDESTAGSABGEORDNETEN AN DELEGATIONSREISE
VON MEDICO INTERNATIONAL IN DIE SUEDESTUERKEI

MIT DER BITTE UM WEITERE VERANLASSUNG.

1) FRAU MDB OESTERLE-SCHWERIN HAT BOTSCHAFT DURCH TELEFAKS VON BEABSICHTIGTER DELEGATIONSREISE VON MEDICO INTERNATIONAL UNTERRICHTET, DIE VOM 09. - 10. MAI IN DIE SUEDESTUERKEI FUEHREN SOLL UND AN DER AUCH DREI ABGEORDNETE DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES TEILNEHMEN WOLLEN (ANLAGE). DIE DELEGATION BEABSICHTIGT, COMPOSITIONELLE POLITIKER UND MENSCHENRECHTLICH ENGAGIERTE BUERGER AUFZUSUCHEN. IM SUEDESTEN SOLLFN NUSATBIN, CIZRE, MARDIN UND DAS FUER AUSWAERTIGE BESUCHER SPUNDSAETZLICH GESPERTE KURDISCHE FLUECHTLINGSLAGER IN KIZILTEPE SOWIE DIYARBAKIR BESUCHT WERDEN. DIE DELEGATION HAT SICH NACH EINER MIR VON DER ABGEORDNETEN ZUGLEICH UEBERSANTZTEN MITTEILUNG DER VON MEDICO INTERNATIONAL UND DER ALTERNATIVEN LISTE BERLIN BEAUFTRAGTEN KOORDINATORIN, FRAU MARIA GRECKL, ZUM ZIEL GESETZT, DURCH EINE ERKUNDUNG DER MENSCHENRECHTSLAGE VOR ORT DURCH NAMHAFTE PERSOENLICHKEITEN DER TUERKISCHEN REGIERUNG ZU VERDEUTLICHEN, DASS DIE VON IHR GETROFFENEN NOTSTANDSMASSNAHMEN IN EUROPA MIT BESORGNIS VERFOLGT WERDEN.

DIE BUNDESTAGSABGEORDNETE BITTET DIE BOTSCHAFT UM UNTER-
STUETZUNG DES VORHABENS.

2) GEPADE WEIL DIE BESORGNIS DER ABGEORDNETEN UEBER DIE LAGE IM SUEDESTEN UND DIE VON DER REGIERUNG DAZU GETROFFENEN MASSNAHMEN VON DER BOTSCHAFT VOLL GETEILT WERDEN, MUSS ICH DARAUF HINWEISEN, DASS DAS GEPLANTE PROGRAMM IN DER PROVINZ NICHT OHNE RISIKEN FUER DIE TEILNEHMER IST UND DASS DIE BOTSCHAFT BEWELIIGUNGEN FIS HIN ZUR INHAFTIERUNG UND AUSWEISUNG NICHT AUSSCHLIESSEN KANN. REISENDE, DIE KEINEN ABGEORDNETENSTATUS GENIESSEN, GEBEN DIES-
BEZUEGLICH EIN NOCH GROESSERES RISIKO EIN.

SCHON DIE IM OFFENEN TELEFAKS ENTHALTENE BEZEICHNUNG "TUERKISCH-KURDISTAN" ODER "KURDISTAN-TUERKEI" KANN ZUR ZURUECKWEISUNG DER GRUPPE AM FLUGHAFEN FUEHREN. - VOR ALLEM ABER IST AN DIE GEFAHRDUNG VON GESPRACHSPARTNERN UND DER ALS REISELEITERIN GENANNTE JOURNALISTIN ERGEN ZU DENKEN, DIE SICH DEN ZUGRIFF TUERKISCHER BEAERDEN NICHT ENTZIEHEN KOENNEN. BEISPIELSWEISE WAR DER GLEICHFALLS GENANNTEN PROF. YALCIN

KUECUEK BEREITS MEHRFACH INHAFTIERT.

ICH REGE AN, DEN ABGEORDNETEN ZU EMPFEHLEN, MIT RUECKSICHT AUF WIESIGE ORGANISATOREN UND GESPRACHSPARTNER AUF IHR PROGRAMM IN DER PROVINZ ZU VERZICHTEN.

FICKHOFF

FOLGT ANLAGE:

- 1) RAINER AMUS, ANWALT, REPUBLIK, ANWALTSVEREIN
- 2) ECKHARD BARTHEL, AUSLAENDERPOL. SPRECHER DER SPD BERLIN
- 3) ANGELIKA BEER, MDB, GRUENE
- 4) DOLMETSCHER
- 5) ALISA FUSS, LIGA FUER MENSCHENRECHTE, BERLIN
- 6) MANFRED HOEFFKEN, WDR FERNSEHEN
- 7) INGO MUELLER, JURIST, BREMEN
- 8) JUERGEN REENTS BZW. JUERGEN MAIER, MDB, GRUENE
- 9) EBERHARD SCHULZ, RECHTSANWALT, BREMEN
- 10) JUTTA OESTERLE-SCHWERIN, MDB, GRUENE
- 11) JUERGEN STROMMEIER, FRAKTIONSASSISTENT DER ALTERNATIVEN LISTE BERLIN.

SEITE 2
EXPL.NR.

Delegation vom 5.5. bis 10.05.90Veranstalter Medico internationalDelegationsteilnehmerInnen:

| | |
|-------------------------|---|
| Angelika Beer | MdB Grüne |
| Jutta Oesterle-Schwerin | MdB GRÜNE |
| Eberhard Schulz | Rechtsanwalt |
| Rainer Ahues | Rechtsanwalt, Republikanischer Anwalts- verein |
| Alisa Fuss | Liga für Menschenrechte |
| Ilona Heop | Alternative Liste Berlin |

Programm:

Samstag, 5.05.90

Ankunft in Ankara 19.00 Uhr

Gespräche mit: Ibrahim Aksoy, ex SHP
Rechtsanwalt Celedat Elci. (Verteidiger von
Ismail Bisikci)
Abgeordneter aus Diyarbakir
ehemaliger Bürkermeister aus Nusaybin,
Müslüm Yilderim, der wegen eines Interviews vom
Innenminister abgesetzt wurde
Bürgermeisterkandidat Diyarbakir, Refik Karakoc

beim Essen : Basri Isidir, Bau- Ingenieur
Lütfi Alb, Vorstand SHP Mardin
Elci, Ibrahim Aksoy, Karakoc u. Yilderim

Sonntag, 6.05.90

vormittags: Gespräche mit
Ibrahim Aksoy
Celatin Elci
RA Ergin Cimmen und Cenqiz Günjor. (Verteidiger
Sargin und Kutlu

Flug Ankara/Diyarbakir

Diyarbakir / Hotel Karvanseray

nachmittags: Gespräch mit vier Vertretern / Sprechern des
Lagers der irakisch-kurdischen Flüchtlinge in
dem Lager Diyarbakir

abends: Gespräch mit Rechtsanwälten aus Diyarbakir
ab hier Begleitung von 2 Journalisten:
Cumhuriyet und Milliyet

Montag, 7.05.90

vormittags: Prozeßbeobachtung in Diyarbakir, ursprünglich
geplant für 9.00 vor dem Staatssicherheitsge-
richt

Vorbereitendes Gespräch mit 2 der Angeklagten
wegen Wahlkampfreden auf Kurdisch

Verhandlung vor dem Zivilgericht gegen die
beiden , sowie
gegen Leila Zana

Nachbereitendes Gespräch mit den Verteidigern
RA özer, und RAMusah Celik

mittags: Abfahrt mit Kleinbus Richtung Mardin
Versuch, das Flüchtlingslager bei Mardin,
Kiziltepe, zu besuchen

Weiterfahrt entlang der türkisch/syrischen
Grenze nach Nusaybin

nachmittags: Gespräch mit dem neuen Bürgermeister

Besuch bei der Familie des Ermordeten Demon-
stranten
Gespräch mit örtlichen Journalisten

abends: Weiterfahrt nach Cizre
Termin mit dem Bürgermeister fällt aus, er
mußte plötzlich nach Ankara

Dienstag 8.05.90

- vormittags: Besuch einer ehemaligen Gemüsehalle am Stadtrand von Cizre, jetzt bewohnt von deportierten Leuten aus den Dörfern Andac und Tooteoe
weiterfahrt entlang Grenze zu Syrien/Irak, Silopi
Einladung von Zolldirektor der Grenzstation
- mittags: Silopi
Treffen mit Bürgermeisterkandidat der SHP
Tee in seinem Haus
Verlagerung des Gesprächs in ein Restaurant
Treffen mit SHP-vorsitzenden in Silopi, der uns den Weg zeigen soll zu 2 zerstörten Dörfern in der Nähe zeigen wird
Fahrt und Besichtigung der Dörfer Yazı und Derebasi
- nachmittags: Gespräch mit Eltern eines der von SEK Einheiten ermordeten 6 Jugendlichen
Rückfahrt nach Cizre
- abends: Gespräch mit Rechtsanwalt Orhan Derban (Verteidiger der 155 Demonstranten, sowie im Yesilqurt Prozeß)
- Mittwoch, 9.05.90 : Abfahrt Angelika mit Bus nach Diyarbakir, dann Ankara, Istanbul, Frankfurt und Bonn
- Mittwochs: Delegation fährt weiter nach BATMAN nach Siirt
Gespräche mit Vertretern der petrochemischen Gewerkschaft
zurück nach Diyarbakir + *Guerrilla Luft / Uru*
- Donnerstag:  Rückflug nach Istanbul
Pressekonferenz Istanbul
- Freitag: Rückflug nach Frankfurt
Pressekonferenz Frankfurt

Übersetzung aus Cumhuriyet, 8.5.90

"Tourismusboykott möglich"

Die GRÖNE Abgeordnete Angelika Beer sagte im Rahmen einer Delegationsreise durch den Südosten, die das Thema Menschenrechtsverletzungen behandelte "wenn die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei nicht aufhören, dann werden wir zu einem Tourismusboykott aufrufen".

Die sechsköpfige Gruppe, die sich aus der GRÜNEN Abgeordneten Angelika Beer und Jutta Oesterle Schwerin, Ilona Mepp von der Alternativen Liste, Alise Fuss von Amnesty International (Anmerkung Korrektur: Liga für Menschenrechte) und Rainer Ahus und Eberhard Schulz vom Republikanischen Anwaltsverein zusammensetzte, verfolgte die Gerichtsverhandlung gegen Lela Zana, die Frau des ehemaligen Diyarbakir-Bürgermeisters Mehdi Zana. Die Sprecherin der Delegation, Angelika Beer, erklärte, daß ihrem Eindruck nach die Gerichtsverhandlung nicht demokratisch abgelaufen sei. Vor allem der Gegenstand der Verhandlung widerspreche allen internationalen Abkommen. Beer drückte sich folgendermaßen aus: Wir sind für Gedankenfreiheit. Wir werten es als positiven Schritt, daß Kutlu und Sergin freigelassen wurden, aber das ist nicht genug. In der Türkei gibt es immernoch 30 000 (Anmerkung Korrektur: ca. 3 000) politische Gefangene. Einer von ihnen ist der Soziologe Ismail Besikci. Wenn die Türkei wirklich Demokratie will, dann darf sie der Gedankenfreiheit keine Grenzen setzen. Bevor diese Paragraphen nicht aufgehoben werden, kann die Türkei nicht Mitglied der EG werden."

GÜWAYDIN v. 12. Mai 1990

- Diyarbakir (Günaydin) Die Delegation aus der Bundesrepublik Deutschland, die aus sechs Personen besteht, von denen drei Parlamentarier sind hat ihre dreitägige Reise und Untersuchung beendet und eine Bewertung dazu abgegeben.

Die bundesrepublikanische Delegation hat mit den Zuständigen in Mardin Siirt, Cizre, Nusaybin und Silopi gesprochen und die geleerten Dörfer besucht. Die Abgeordnete der Grünen Jutta Oesterle-Schwerin, die im Namen der Delegation gesprochen hat sagte folgendes: Solange diese Haltung der Türkei im Südosten fort dauert, werden wir, wenn wir nach Deutschland zurückgekehrt sind im Parlament der Regierung vorschlagen dieser Regierung keine Unterstützung mehr zu leisten.

MILLIYET v. 11. Mai 1990

- Frankfurt, AA -

Die Grüne Partei der Bundesrepublik Deutschland hat behauptet, daß es in der Türkei Menschenrechtsverletzungen gibt und die Länder Westeuropas aufrufen die Türkei wirtschaftlich und politisch unter Druck zu setzen.

In eine Pressekonferenz, die von dem Mitglied des Zentralen Führungsrates der Partei heute organisiert wurde, hieß es: Die westeuropäische Öffentlichkeit kann gegenüber der Verfolgung, Verhaftung und Folterung von politischen Oppositionellen nicht schweigen.-

Eine Person mit dem Namen Özger Bayrak, der als Vertreter der Föderation der Türkischen Arbeiter in Europa an der Pressekonferenz teilnahm, hat behauptet, daß am 1. Mai die Polizei auf die Demonstranten das Feuer eröffnet hat.

Übersetzung aus Milliyet, 08.05.90

"Deutsche GRÖNE besuchen "Kurden"-Prozeß"

Die Deutsche GRÖNE Abgeordnete Angelika Beer, die sich im Rahmen einer Delegationsreise im Südosten aufhält, besuchte gestern die Gerichtsverhandlung, bei der sich unter den Angeklagten auch die Frau des ehemaligen Diyarbakir-Bürgermeisters Mehdi Zana befand. Die Angeklagten der Verhandlung, die Wahlreden auf Kurdisch im Rahmen des Wahlkampfes für die Bürgermeisterwahl am 26. März 1989 zum Thema hatten, sind die Frau des ehemaligen Bürgermeisters und dem im Moment als politischer Gefangener im Gefängnis von Aydin befindlichen Mehdi Zana, Leyla Zana, der Gewerkschaftler Zeki Celik und Vedat Aydin. Alle drei Angeklagten gaben zu, daß sie während der Wahlveranstaltungen Kurdisch geredet hatten. Sie sagten: wir haben unsere Muttersprache gesprochen, das ist für uns kein Straftatbestand. An keinem Platz der Welt, in keinem Land der Welt, wird ein Prozeß gegen Leute, die ihre Muttersprache sprechen, geführt. Die Delegation, die wegen des kleinen Gerichtssaales die Verhandlung stehend verfolgte, äußerte sich durch ihre Sprecherin Angelika Beer folgendermaßen: wir haben gesehen, wie während der Verhandlung der Staatsanwalt und der Richter, erst die Akten lasen. Wir sind der Meinung, daß kein Mensch deshalb verurteilt werden darf, weil er seine Muttersprache spricht. Die Angeklagten wollen ihre Muttersprache sprechen, das Gericht will sie deswegen bestrafen. Es ist kein demokratischer Prozeß. Die Gerichtsverhandlung wurde vertagt.

Eskalation in den Flüchtlingslagern

Nachricht aus Diyarbakir vom 8.6.90

Nach dem Staatsbesuch des türkischen Ministerpräsidenten Akbulut im Irak hat sich die Situation in den drei Flüchtlingslagern Mus, Diyarbakir und Kiziltepe zugespitzt. Regierungssprecher Sungar erklärte nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten, das Problem sei in Bagdad behandelt worden und die Türkei habe erreicht, daß Staatspräsident Hussein die Dauer der im März dieses Jahres ausgerufenen Amnestie weiter verlängert. Die Flüchtlinge, die in den Irak zurückgehen werden, hätten so "mit keinerlei Strafverfolgung zu rechnen". Die offizielle Regierungspolitik beschrieb Sungar mit den Worten, "lassen wir sie gehen." Auf ein Siedlungsprojekt in Yozgat, das mit UNHCR-Geldern für die Flüchtlinge aus dem Zeltlager Kiziltepe errichtet werden sollte, ist laut Angaben Sungars und des UNHCR endgültig verzichtet worden. Unklar ist jedoch noch, wie die 13 Mio. Dollar, die der UNHCR für dieses Projekt aufgebracht hat, nun verwendet werden sollen.

Sprecher der Flüchtlinge erklärten, sie seien unter keinen Umständen bereit, in den Irak zurückzugehen, da Zusicherungen Saddam Husseins kein Glauben zu schenken sei.

Im vergangenen Monat häuften sich Zusammenstöße zwischen den Lagerinsassen und den türkischen Sicherheitskräften. Ein Mitglied des Lagerkomitees in Diyarbakir: "Auf das Siedlungsprojekt in Yozgat wurde zeitgleich mit dem Staatsbesuch Akbuluts verzichtet. Seitdem häufen sich die Übergriffe auf die Lager. Das heißt, es hat eine Übereinkunft gegeben, uns, mit welchen Methoden auch immer, in den Irak zurückzuschicken. Wir werden aber nicht gehen."

Am 13.5. hatten die Insassen des Lagers in Kiziltepe gegen den wiederholten Besuch einer irakischen Delegation im Lager protestiert. Daraufhin war die Polizei mit Schlagstöcken gegen die Flüchtlinge vorgegangen. Den normalen Polizeitruppen folgten die Sondereinsatzkommandos, die etliche Zelte und kleinere Läden, die die Flüchtlinge selber aufgebaut hatten, niederrissen. Etliche Flüchtlinge wurden schwer geschlagen und bis in ihre Zelte hinein verfolgt. Tagelang wurde das Lager von den Sondereinsatzkommandos belagert, sodaß die Flüchtlinge sich nicht aus den Zelten trauen konnten.

Am 2.6. kam es im Lager Mus zu einem ähnlichen Zwischenfall. Dort versuchten mehrere hundert Flüchtlinge eine Demonstration zum Landratsamt zu machen, mit der sie gegen das schon seit mehr als 9 Monaten verhängte strikte Ausgehverbot protestieren wollten. Die Demonstration wurde schon in den Ansätzen von den Sicherheitskräften durch Schlagstockeinsatz verhindert. 7 Flüchtlinge, darunter ein 8jähriger Junge wurden verletzt. Eine fünfköpfige Delegation, die im Namen der Lagerinsassen mit der Lagerleitung verhandelt hatte, wurde festgenommen. Davon befinden sich Muhammed Selim Sükrü, Nevzat Taufiq und Ali Ramazan noch in Polizeigewahrsam. Sprecher des Lagers befürchten ihre Auslieferung in den Irak.

Während der Zeit der Ausgangssperre, in der die Flüchtlinge keine Möglichkeit hatten, selber einkaufen zu gehen, wurde Kürzung der Essensrationen oder Verweigerung von Medikamenten immer wieder als Druckmittel gegenüber den Lagerinsassen eingesetzt. Ca. 3.000 Personen hatten die enorme Repression in dem hermetisch abgeriegelten Lager nicht mehr ausgehalten und waren im Laufe dieses Jahres in den Irak zurückgegangen. Nach eigenen Aussagen: "Nicht weil wir Saddam vertrauen, sondern weil wir hier auch sterben müssen."

Im Lager Kiziltepe ist in der vergangenen Woche eine Malariaepidemie ausgebrochen, außerdem klagen zahlreiche Flüchtlinge über einen schweren Hautausschlag. Nach Angaben des Lagerkomitees werden den Kranken jegliche Medikamente vorenthalten. Die Zahl der Erkrankten beläuft sich momentan auf über 1.000. Auch in Kiziltepe besteht Ausgangs- und Besuchsverbot. Beschwerden über den

Lagerleiter (Stellvertreter des Gouverneurs vor Ort) Ahmet Newroz, die die Flüchtlinge wegen dessen kontinuierlichen Kontakte mit dem Gouverneur von Zaxo (Irak) an alle zuständigen türkischen Stellen geschrieben hatten, blieben unbeantwortet.

In einer Meldung der Tageszeitung Cumhuriyet vom 6.6. wird in Bezug auf die Flüchtlinge erstmals eine sehr deutliche Sprache gesprochen; ein "hoher Funktionär des Außenministeriums" erklärt darin, die ökonomische Last und die politische Gefahr, die die "vorübergehend Aufenthaltssuchenden" bedeuteten, sei nicht mehr länger tragbar: "Wir haben die Menschen, die sich vor den Giftgasangriffen in die Türkei retteten, nicht als Flüchtlinge anerkannt, sondern nur vorübergehend geduldet. Aber diese Menschen sind weder in ein drittes Land weitergezogen, noch in Folge der von Saddam Hussein ausgerufenen Amnestie in den Irak zurückgegangen, sodaß man schon gar nicht mehr von einem vorübergehenden Status sprechen kann. Die Türkei ist jedoch nicht in der Lage, eine so große Anzahl Menschen langfristig aufzunehmen."

In dem Artikel wird mehrmals auch die politische Gefahr erwähnt, die die Flüchtlinge vor allem angesichts der aktuellen Situation in der Region, darstellen. Weiterhin wird seitens des Außenministeriums angeführt, die Flüchtlinge hätten sich gegenüber ausländischen Pressevertretern negativ über die Türkei geäußert. Die Türkei werde die Flüchtlinge fortan auffordern, die Amnestie, deren Dauer Saddam Hussein auf den 9.6. verlängert hat, zu nutzen und in den Irak zurückzukehren, heißt es weiter. 2.000 der insgesamt noch 28.000 Flüchtlinge sollen auf diesen Vorschlag eingegangen sein. Die Tatsache, daß trotz der vorhandenen 13 Mio. Dollar kein neuer Standort für eine Flüchtlingssiedlung bestimmt ist, wertet die Autorin des Artikels, Yasemin Congar, als Zeichen dafür, daß die Flüchtlinge den Winter nicht mehr in der Türkei verbringen werden.

Da sich ein großer Teil der 28.000 Flüchtlinge nicht zur Rückkehr bereiterklären wird, ist anzunehmen, daß künftig Übergriffe wie in Kiziltepe und Mardin weitaus häufiger auf der Tagesordnung stehen werden.

Der folgende Brief der Flüchtlinge aus Diyarbakir wurde von Angelika Beer an alle Bundestagsabgeordneten verschickt.

To the Parliament of West Germany

When the Iraqi military offensive started in the northern part of Iraqi Kurdistan in the 25th of August¹⁹⁸⁰ in the provinces of Duhok and Nineva about 500 villages were destroyed by chemical weapon and poison gas. Several thousand persons were killed 35000 were captured and fell in to the hands of the Government, 7000 of them were disappeared till now, the remainder part of the population of these villages escaped to Turkey and Iran.

In 28th of August the Turkish Government opened the border. Refugees entered the lands of Turkey, after 7 days near the border refugees transferred to three camps inside Turkey.

1) Diyarbakir Camp

11900 refugees lived in this camp in 71 apartments including about 426 flats around 40 m² in size each occupied about 30 persons. The houses are surrounded by barbed-wire fence, No visitors are allowed - without special permit which is very hard to get. The entrance of the camp is guarded by police men. Water obtained in the night some flats only two hours. It is not good for drinking. Childrens have no schools they are working in Diyarbakir city. Selling cigarettes and be shoe blacks.

2) Miziltepe camp

11800 refugees lived in a bad quality tents having different sizes from 2- to 10 person were living in each tent its surrounded by barbed wire and heavily guarded by soldiers and police. No visitor can entered the camp without permit, every day only 100 person can go outside the camp with permit to 6 hours the treatment of the police is bad with them, the refugees have no chance for working so they be very poor. The official of the camp make strong relation with the Iraqi officials and he visited Iraq monthly so he make problems to the refugees to compulsion them to return again to Iraq.

3) Hush camp

6200 refugees lived in this camp, they lived in houses, the camp is surrounded by barbed wire and heavily guarded by soldiers and police. The treatment of police and the officials of the camp with the refugees is very hard, daily only 50 person can go outside the camp to mesh city for only 2 hours if any person returned late to the camp he will be punish. they have no chance for working and no donations reach to them from any source so they be very poor.

UNHCR

From the beginning of the influx of refugees from Iraq across the border to Turkey on the 28 of August 1988 and after the controversial decision of the Turkish government to accept their arrival in Turkey, the UNHCR office in Ankara tried to be involved in the relief work and to take care of the refugees.

The Turkish government is according to the Geneva convention for refugees of 1951 supposed to accept refugees only from European countries, it is using this argument as an excuse to hold our people without giving them refugees status. The representatives of UNHCR visited the camps from time to time to investigate the situation of refugees but they didn't see any changing. The last stage of the negotiations between the UNHCR and Turkish government the Turkish government agree for the requested of the UNHCR for making houses to 13000 refugees in (Yuzgat) near Ankara at costs of that collected from the foreign countries. In 30th April 1990 the Turkish government requested officially from UNHCR to stop it.

The main problems of the refugees:

- 1- During the 20 months of the refugees staying in Turkey the Turkish official opinion can be summarised the refugees are usually called Iraqi peshmergas and we are not considered as refugees but as temporary guests in Turkey. The Turkish government is according to the Geneva convention for refugees supposed to accept refugees only from European countries. The Turkish government which consider the action as interference in Turkish internal affairs since the Turkish government had no officially requested any help from

UNHCR. It is using this argument as an excuse to hold us without giving refugees status and we wanted officially state in Turkey. This mean that the Turkish government obviously did not want us in Turkey so we requested from the foreign countries to transfer us to them countries.

2- There is an Economy and Political relation between Turkey and Iraqi government and exchanging visiting between the officials

of the two countries this make the refugees feel that may be their life be in danger.

- 3 - During the 20 months ago the Turkish government didn't pay cash donations and able the humanity organization or countries We are demanding your help gave it to the refugees and the refugees have no chance for working and get many so the refugees be very poor for seeing solution for our prob
- 4 - The childrens of the refugees have no schools for learning

Seite 16

Diyarbakir Camp
Committee
6.5.1990

Angelika Beer (MdB, Die Grünen):

Die Bundesregierung toleriert die türkische Vernichtungspolitik
zumindest stillschweigend

Seit zwei Jahren, seit dem C-Waffen-Einsatz im irakischen Halabja, leben ca. 30.000 Flüchtlinge in den drei Lagern Diyarbakir, Mardin und Mus, umgeben von Nato-draht und militärischer Bewachung, ohne ausreichende Nahrung, katastrophalen hygienischen Bedingungen, auf engstem Raum in Häusern bzw. Zelten.

Im Mai letzten Jahres war es mir noch möglich, zwei der Lager zu besuchen, mit den Peshmerga zu reden, den in Selbstorganisation gerade begonnenen "Schulunterricht" für die Flüchtlingskinder in den Kellern der bewohnten Häuser, ohne Bücher, ohne Schreibmaterial, zu verfolgen. Waren es die Befreiungslieder, die die Kinder dort in den dunklen Kellern gelernt haben, die die Miliz gegen sie aufgebracht haben? Nach dem jetzigen Treffen mit vier Peshmerga des Sprecherrates des Flüchtlingslagers Diyarbakir, bleibt nur das Wissen, die Erkenntnis, das direkt nach meinem Verlassen des Lagers verstärkte Militäreinheiten die Kinder aus den Kellern geprügelt haben, die Türen mit Eisenschlossern verhängt haben und alle Eingaben der Flüchtlinge, doch zumindest den selbstorganisierten Schulunterricht fortzusetzen, wenn schon keine Ausbildungshilfe gewährt wird, abgelehnt wurde. Begründung: Es würde den Kindern beigebracht, Kurdisch zu sprechen. Das sei mit dem türkischen Selbstverständnis nicht vereinbar. Anstiftung zum Separatismus. Die unerträglichen Bedingungen, Vergiftungsanschläge durch vergiftetes Brot, die Proteste einzelner Personen im öffentlichen Leben, z.B. von Madame Mitterand, haben nicht dazu geführt, daß der Gaststatus der Flüchtlinge aufgehoben wurde. Die Türkei ist nach wie vor nicht bereit, sie als politische Flüchtlinge anzuerkennen. Die Bundesregierung ist nicht bereit, in diesem Sinn Druck auf die Türkei auszuüben. Auch das ist nach Überzeugung des Auswärtigen Amtes eine innere Angelegenheit des NATO-Partners, in die man sich nicht einmischen will.

Stattdessen zahlte die Bundesregierung vor dem letzten Winter 1 Mio. DM an die Türkei, auf offiziellem Weg, um das Überleben der Flüchtlinge in Mardin durch den Kauf von Winterzelten zu ermöglichen. Diese allerdings sehen aus wie bessere Kartoffelsäcke, von winterfest (und der Winter ist kalt in der Gegend) kann gar nicht die Rede sein. Finanzielle Kumpaneien scheinen ausschlaggebend für die Weigerung der Bundesregierung zu sein, Geldmittel direkt an die Flüchtlinge zu geben. Was die Bundesregierung nicht zugeben will, ist leicht nachzurechnen: die vom türkischen Roten Halbmond angeschafften Kartoffelsäcke haben nach marktüblichen Preisen allenfalls 250.000 DM gekostet. Über die restlichen 750.000 DM gibt es nur auf dem Papier einen Nachweis.

Während der Zuspitzung des Konfliktes in Kurdistan wurde die ohnehin nur schwer zu erlangende Zutrittsgenehmigung zu den Lagern, das von dem Sondergouverneur der Region erteilt werden mußte, ganz gestrichen. So standen auch wir vor bewaffneten Soldaten, die uns nicht nur am Zutritt zum Flüchtlingslager in Kiziltepe hinderten, sondern uns auch noch am liebsten die Weiterfahrt durch Kurdistan untersagt hätten.

Von den Sprechern wurde die Information des ehemaligen SHP und jetzt unabhängigen Abgeordneten Ibrahim Aksoy bestätigt, daß eine enge Zusammenarbeit zwischen Türkei und Irak existiert mit dem Ziel, die irakisch-kurdischen Flüchtlinge zur Rückkehr in den Irak zu bewegen. Die Versprechungen der irakischen Regierung, daß sie ohne Bestrafung in die Heimat zurückgehen können ist eine glatte Lüge.

Im November 1989 habe ich in irakisch-Kurdistan mit Rückkehrern aus dem Flüchtlingslager Diyarbakir gesprochen: "Fahrt nochmal hin, und sagt ihnen, es ist nicht besser hier. Wir können hier nur leben, wenn wir unsere kurdische Identität preisgeben. Sagt ihnen, wenn ihr hinfahrt, daß sie sich nicht zur Rückkehr bestechen lassen sollen". Und in der Tat, diese Bestechungsversuche seitens der irakischen Vertreter, die in regelmäßigen Abständen in den Lagern auftauchen, um nach Beute zu suchen, waren kaum erfolgreich. "Erfolg" hatten sie nur da, wo nach den Vergiftungsanschlägen die Angst so groß wurde, daß die Möglichkeit, bei der Rückkehr in den Irak erschossen zu werden, oder isoliert zu werden immer noch erstrebenswerter war, als durch vergiftetes Brot in den Lagern, als Flüchtling in einem Land, in dem man doch eigentlich zu Hause ist, zu sterben.

Die Varianten der Repression, der Einschüchterung, der Abschiebung sind vielfältig. Manchmal ist es das Versprechen gegenüber Kranken, nach Ankara gebracht zu werden. Diese Busse fahren dann zur türkisch-iranischen oder auch zur türkisch-irakischen Grenze. Das gemeinsame Herrschaftsinteresse von Irak und Türkei, die Entledigung eines aufmüpfigen Volkes, kennt kaum Grenzen.

Nur einmal ist es gelungen, einen Bus, der von Mardin nach Van und weiter in den Iran sollte, in Van aufzuhalten. Diese Zwangsdeportationen werden, solange sie nicht öffentlicher Kritik ausgesetzt sind, von der sozialdemokratischen Partei (SHP) der Türkei toleriert. Erst wenn über die eigenen Grenzen hinaus Protest laut wird, distanzieren sie sich von diesen Plänen.

Parallel zu unserer Rundreise verhandeln die Regierungen der Türkei und des Iraks gerade über die Erneuerung der Grenzvereinbarung. Diese sieht vor, wie schon in der Vergangenheit, gegenseitig die Genehmigung zu erteilen, kämpfende Einheiten der Kurden über die eigene Grenze hinaus bis in das andere Land hinein zu verfolgen. Die bisherige Beschränkung auf 15 km jeweils auf der anderen Seite soll erweitert werden.

Die Sprecher des Flüchtlingslagers Diyarbakir haben uns einen Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages übergeben. Hierin sind die wesentlichen Forderungen deutlich gemacht, wird die aktuelle Situation in den drei Flüchtlingslagern geschildert. Die Bundesregierung ist bislang darum herumgekommen, gegenüber der internationalen demokratischen Öffentlichkeit Stellung zu nehmen hinsichtlich der bundesdeutschen direkten Verantwortung für diese Flüchtlinge: bundesdeutsche Firmen haben durch Lieferung von Know-How zur Produktion chemischer Waffen an den Irak erst die Voraussetzungen geschaffen, daß diese vom Irak gegen die eigene kurdische Bevölkerung eingesetzt werden konnten.

Diese Situation als "innere Angelegenheit der Türkei" zu bewerten, heißt, die massiven Menschenrechtsverletzungen, die Vernichtungspolitik der Türkei, aber auch des Iraks gegenüber dem kurdischen Volk zumindest stillschweigend zu tolerieren. Dies ist Beihilfe zum Völkermord. Es verstößt gegen internationale Verträge, die BRD und Türkei unterzeichnet haben und muß vor den entsprechenden Gremien zur Sprache kommen.

Eine Verurteilung durch die Vereinten Nationen scheint die einzige Möglichkeit zu sein, die BRD und die Türkei in ihrer NATO-Partnerschaft zu zwingen, sich unabhängigen, der Vereinten Nationen unterstellten Gremien zu stellen und Überprüfungen ohne jeden Widerspruch zuzulassen.

Bundestag über humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge

Am 30. Mai 1990 wurde im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages endlich über den Antrag der Grünen vom 25.9.1989 für schnelle humanitäre Hilfe beraten. Zur Erinnerung: Die Grünen hatten damals verlangt, daß der zeitraubende Umweg einer Beratung im Ausschuß nicht gegangen, sondern vom Bundestag direkt eine finanzielle Hilfe beschlossen werden sollte, damit die Flüchtlinge besser über den Winter kämen. Jetzt also wurde darüber beraten. Die beiden Anträge der Grünen waren von vornherein sehr harmlos gehalten, um eine Zustimmung der

anderen Parteien womöglich nicht zu gefährden. Aber selbst die harmlosesten Formulierungen, die womöglich als Kritik an der Türkei gedeutet werden könnten, wurden noch aus dem einen Antrag herausgestrichen, so daß sich die Vertreterin der Grünen schließlich nur zu einer Enthaltung durchringen konnte.

Hier der Antrag, den der Auswärtige Ausschuß beschlossen hat. Die ursprüngliche Fassung der Grünen steht in Klammern:

Drucksache 11/5228 vom 25.9.1989

Situation der irakisch-kurdischen Flüchtlinge in der Türkei

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag drückt seine Besorgnis über die Lebensbedingungen der irakisch-kurdischen Flüchtlinge in den türkischen Lagern bei Diyarbakir, Mardin und Mus aus. Diese Menschen waren im August 1988 vor Giftgasangriffen ihrer Regierung in die Türkei geflohen. So positiv die Tatsache der Aufnahme der Geflohenen durch die Türkei auch war, in so ungenügendem (katastrophalem) sanitären, hygienischen und in so inhumanen Umständen müssen sie seitdem in Lagern leben.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, weiterhin für die irakisch-kurdischen Flüchtlinge humanitäre Hilfe zu leisten und bei den türkischen Behörden darauf hinzuwirken, daß dies in der sonst international üblichen Weise geschehen kann, auch unter Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen und unter Beteiligung der Selbsthilfeorganisationen der Geflohenen.

(Dieser zweite Abschnitt lautete in der Fassung der Grünen: Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sofort und großzügig humanitäre Hilfe zu leisten, und zwar durch bundesdeutsche Nichtregierungsorganisationen direkt an die Selbstorganisationen der Geflohenen)

Der Deutsche Bundestag appelliert an die türkischen Behörden, den Geflohenen baldigst den offiziellen Status von Flüchtlingen zuzuerkennen und die Lager unter Beteiligung des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) zu verwalten und registrieren zu lassen. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, in diesem Sinne nachdrücklich auf die türkische Regierung einzuwirken.

(Gegenüber der ursprünglichen Fassung wurde hier und registrieren sowie unter Beteiligung eingeschoben)

Der zweite Antrag der Grünen wurde abgelehnt (gegen die Stimme der Grünen). Hier der Antrag:

Drucksache 11/5229 vom 25.9.1989

Humanitäre Hilfsmöglichkeiten für irakisch-kurdische Flüchtlinge in der Türkei

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, möglichst vielen der irakisch-kurdischen Flüchtlingen in der Türkei, die immer noch unter menschenunwürdigen Bedingungen in Lagern leben müssen, politisches Asyl in der Bundesrepublik Deutschland anzubieten.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, an die anderen EG-Mitgliedsländer heranzutreten, um auch diese zu einer entsprechenden Bereitschaft aufzufordern.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich in einer ersten Sofortaktion aus humanitären Gründen bereitzuerklären, die der Bundesregierung von der Fraktion DIE GRÜNEN benannten Flüchtlingsfamilien aus dem Flüchtlingslager Mardin in der Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen.

Was wurde geändert?

Erstens wurde die Dringlichkeit humanitärer Hilfe verneint. Man verwies den Antrag in den Ausschuß.

Zweitens wird eine Gewährung von Asyl (Antrag 5229) abgelehnt.

Drittens wird kaum zur Kenntnis genommen, daß der Großteil der 1 Million Hilfe versickert ist, während von dem nachgewiesenen Teilbetrag von 250.000 DM Zelte gekauft wurden, die den winterlichen Ansprüchen in Kurdistan in keiner Weise genügen.

Viertens wird das klare Verlangen der Grünen, die Lager unter alleinige Kontrolle der UNHCR zu stellen, relativiert durch die Formulierung "unter Beteiligung".

Fünftens wird das klare Verlangen, weiteres Geld nur durch Nichtregierungsorganisationen direkt an die Flüchtlinge zu zahlen eingeschränkt durch die Formulierung "auch unter Beteiligung".

Die Schlußfolgerung muß folgendermaßen lauten: Während die Bundesregierung der Türkei im Jahre 1989 eine Rüstungssonderhilfe von 600 Millionen (manchmal wird auch von 580 Mio. gesprochen) DM gewährte, während sie im Kurdenprozeß Düsseldorf **monatlich** 1 Million ausgibt, gab sie türkischen Behörden 1 Million "humanitäre Hilfe" für die Flüchtlinge. Die Türkei verwendete 250.000 DM davon, um für die Flüchtlinge Zelte zu kaufen, die aus grobem Sackleinen waren, durch die es beim ersten Regen trieft und durch die der Wind pfeift. Der Rest des Geldes "versickerte". Die Türkei tut dies absichtlich zur Schikanie und Vertreibung der Flüchtlinge.

In einem medico-Flugblatt wurde vor einem Jahr die Frage gestellt: Will die Türkei denn wirklich 35.000 Menschen verfaulen lassen? Inzwischen hat sich herausgestellt, daß dieses "Verfaulenlassen" der falsche Begriff ist. Beim Verfaulen bleibt wenigstens Gestank übrig. Die Türkei will die Flüchtlinge zu Staub zertreten, der mit dem Wind verweht. Nichts soll übrig bleiben außer dem Lob an die Türkei von 1988, daß sie die Flüchtlinge überhaupt über die Grenze ließ. Dieser Zermürbungs- und Zertretungsprozeß der Flüchtlinge braucht Zeit, aber bei genügend Zeit wird er unausweichlich mit der Niederlage der Flüchtlinge enden. Das Verschleppen von Hilfe, die Verharmlosung der Zustände, das sind genau die Faktoren, die der Türkei die nötige Zeit verschaffen.

Während die Bundesregierung alle Versuche, die Selbständigkeit der Flüchtlinge zu stärken, sabotiert, stärkt sie gleichzeitig die Verfügung der türkischen Behörden über sie. Weder die wiederholten Vergiftungen der Flüchtlinge durch vergiftetes Brot noch die illegalen Deportationen, das Zusammenschlagen, die willkürlichen Verhaftungen haben ihr Vertrauen in die Türkei erschüttert.

Versuche, die Flüchtlingsfrage erneut zu internationalisieren, (denn nichts anderes soll der Vorschlag bedeuten, eine Anzahl der Flüchtlinge bei uns aufzunehmen) lehnt sie ab.

Alles zusammengenommen kann eine Interpretation nur so lauten: **Sie möchten die Türkei am liebsten tun lassen, was sie will.** Die Geldzahlung an die Türkei diene ihr ausschließlich als Alibi. Die zahme Mahnung an die Türkei, endlich den Kurden den Flüchtlingsstatus zuzugestehen, wäre unterblieben, wenn nicht so viel öffentliche Kritik hier geäußert worden wäre.

In der Zukunft können wir uns im Interesse der Flüchtlinge nicht mehr darauf beschränken, harmlos mehr Hilfe zu verlangen. Wir müssen den politischen Preis, den die Bundesregierung zahlen muß für diese Politik, erheblich erhöhen. Etwa, indem wir erklären: **Behaltet ruhig Euer Geld, die Scheißzelte, die ihr den türkischen Rassisten bezahlt habt, haben die Kurden in Wirklichkeit krank gemacht. Sie dienten Euch nur dazu, uns hier zu beschwichtigen. Jede Mark, die ihr als "Hilfe" ausgegeben habt, war nur Eure Tarnung für die weitere Unterstützung des türkischen Kolonialkriegs gegen Kurdistan. Euer Geld werden wir nur noch akzeptieren, wenn es über medico international direkt an die Flüchtlinge geht.**

DIE **Gurke** DES TAGES

Günther Wallraff

Im Normalfall sind die Kenntnisse von deutschen Journalisten über das, was in Kurdistan geschieht, sehr eng begrenzt. Ihr Wissen haben sie vom Hörensagen, kaum einer macht sich einmal die Mühe, selber den gefährlichen Weg nach Kurdistan zu wagen, wenige nur beherrschen türkisch, keiner kurdisch.

Das ist nicht weiter schlimm, man kann schließlich dazulernen. Man soll dann aber nicht so tun, als sei man ein Fachmann.

Günther Wallraff ist uns als einer aufgefallen, der ganz besonders wenig Ahnung hat, dafür aber umso eindeutiger Urteile gegen die PKK fällt. Normalerweise würden wir unseren Lesern sein Gestottere nicht zumuten. Jedoch haben seine Interviews von Anfang April eine böse politische Konsequenz gehabt. In der Aktuellen Stunde des Bundestages am 27.4.90 rief Herr Glotz (SPD) Wallraff als Zeugen an, um folgende Gleichung aufzumachen: die PKK ist ebenso schlimm wie die türkische Regierung. Auf diese Weise drückte er sich vor einer Stellungnahme zu dem Verlangen der Grünen, die Rüstungshilfe an die Türkei einzustellen.

Wenn jemand, der ganz offensichtlich keine Ahnung hat, sein moralisches Prestige nutzt, und sich zum Zeugen gegen die kurdische Nationalbewegung machen läßt, dann darf man ihn schon ein wenig löchern.

Hier zunächst das Zitat, das Herr Glotz im Bundestag benutzte:

"Ich zitiere ein paar Sätze von Günther Wallraff zur PKK:

'Die PKK ist eine der entsetzlichsten Guerillatruppen, die es gibt. Sie basiert auf Individualterror und einer autoritären Führerpolitik. Als wir dort waren, haben z.B. Anhänger dieser Organisation einen Bus angehalten, diejenigen, die eine Krawatte trugen, erschossen und diejenigen, die keine trugen, am Leben gelassen. So schaukelt sich der Terror gegenseitig hoch.'

Das sollte man auch deutlich machen, meine Damen und Herren."

zitiert nach dem Bundestagsprotokoll, abgedruckt in diesem Heft

Aus dieser Darstellung ergibt sich der Eindruck, daß es sich bei der PKK um eine Organisation von halbverrückten Fanatikern handelt, die streng nach Führerprinzip organisiert wahllos irgendwelche Leute erschießt, z.B. weil sie Krawatten tragen.

Der Vorfall, auf den Wallraff anspielt, hat sich tatsächlich ereignet. Die türkische Zeitung Hürriyet vom 2.4.90 erfuhr im Gespräch mit Abdullah Öcalan folgendes:

"Die Ermordung von 9 Personen, darunter 6 Ingenieuren, in Elazig dagegen leugnet er nicht. 'Ja', sagt er, 'diese Menschen haben wir umgebracht. Dies ist eine Vergeltungsaktion. Die Türkei führt in Kurdistan einen Spezialkrieg. Alles wurde der Befehlsgewalt des Staates unterstellt. Damit wird jeder, der für den Staat arbeitet, zum Angriffsziel. In Zukunft werden wir uns gegen alle Institutionen in Kurdistan richten, denn es sind alles Institutionen, die dem Spezialkrieg dienen.'"

Wir erfahren, daß diese Menschen nicht getötet wurden, weil sie Krawatten trugen, sondern daß die PKK diese Leute als Teilnehmer am türkischen Spezialkrieg gegen Kurdistan betrachtet. Diese Ansicht kann man diskutieren. Ich persönlich glaube, daß diese Ansicht richtig ist. Wer heute als Ingenieur nach Kurdistan geht, besonders in Regionen fernab des GAP-Projektes, der wird keine zivilen Projekte planen, die es in Kurdistan nahezu nicht gibt. Er arbeitet mit größter Wahrscheinlichkeit für die militärische Infrastruktur.

Man überlege sich einmal, man hätte der französischen Resistance daraus einen Vorwurf gemacht, daß sie unter deutscher Besatzung zivile Spezialisten der deutschen Armee

tötete. So ein Vorwurf ist undenkbar und er wird auch nirgends erhoben. Die Intensität der Unterdrückung in Frankreich zur Zeit der deutschen Besatzung ist aber mit der ungleich intensiveren in Kurdistan heute überhaupt nicht zu vergleichen.

Ferner behauptet Wallraff, "die PKK basiert auf Individualterror". Die Schlampigkeit, mit der der Schriftsteller Wallraff mit der deutschen Sprache umgeht, zwingt uns, jeden Satz von ihm erst noch einmal zu übersetzen, um überhaupt die Bedeutung erfassen zu können. Wir nehmen an, er meint folgendes: die grundlegende Taktik der PKK ist individueller Terror. Der Begriff 'individueller Terror' meint die Tötung besonders wichtiger Repräsentanten des Gegners, um das Volk "aufzurütteln". Das ist ganz sicher nicht die grundlegende Taktik der PKK. Es sind gelegentlich Tötungen besonders verhaßter Folterer vorgekommen. Über den Sinn oder Unsinn solcher Aktionen kann man streiten. Aus den Gefängnissen kommen Berichte, daß nach solchen Aktionen die Behandlung besser wurde. Die grundlegende Taktik der PKK ist aber ganz eindeutig etwas anderes: die Vorantreibung eines Guerillakrieges bis zu einem Volkskrieg im Rahmen eines Konzepts der nationalen Befreiung vom Kolonialismus. Individueller Terror ist in der Regel Ergebnis der Erfolglosigkeit einer Widerstandsbewegung. Die PKK hat das gar nicht nötig, sie hat Erfolg.

Wallraff: "Die PKK basiert auf einer autoritären Führerpolitik."

Autoritäre Führerpolitik, das ist etwas, womit wir Deutschen unsere Erfahrung gemacht haben, nämlich im Faschismus. Wir denken bei diesem Begriff auch an Stalin. Wem in Deutschland ein solcher Begriff angeheftet wird, der wird automatisch zum **Unberührbaren**.

Nun kann man die autoritären Tendenzen in der PKK nicht leugnen, Abdullah Öcalan wird geliebt und verehrt, die Gefallenen sind Märtyrer. Das ist ein Punkt, der Deutsche immer stört an der PKK sowie an anderen kurdischen Organisationen. Jedoch hängen die autoritären Tendenzen bei allen kurdischen Organisationen aus der Türkei erstens mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in Kurdistan zusammen, zweitens haben sie trotzdem etwas Befreierisches und sind mit faschistischen oder bürokratisch-stalinistischen Organisationen überhaupt nicht gleichzusetzen.

Die jahrzehntelange Kolonisierung Türkei-Kurdistans hat in Kurdistan gesellschaftliche Verhältnisse geschaffen, die eine gewaltsame und ideologische Unterdrückung alles Kurdischen zur Folge hatte. Es wurden autoritäre, Herrschaftsstrukturen geschaffen, über die wir recht wenig konkretes wissen. Kurdische Freunde versuchen mir das Wertesystem, was in Kurdistan durchgesetzt wurde, so zu erklären: erst kommt Allah, dann kommt noch einmal Allah, dann kommt der türkische Staat, dann kommt lange Zeit nichts und dann kommt der Agha, der das persönliche Leben der Dorfbewohner bestimmt. Wenn der Agha als 60jähriger beschließt, zu seinen 4 Frauen noch eine junge, hübsche hinzuzunehmen, teilt er seinen Wunsch einfach mit, notfalls wird sie geraubt. Die PKK dagegen bietet den jungen Frauen einen gleichberechtigten Platz in der Guerilla an. An diesem Beispiel läßt sich unschwer das Befreierische im Vorgehen der Guerilla erkennen. Sie befindet sich in schärfstem Konflikt mit der kolonialistischen Struktur, die die Türkei in Kurdistan erzwungen hat. Dennoch übernimmt die kurdische Nationalbewegung natürlich das Erbe dieser langen kolonialistischen Unterdrückung. Ismail Besikci, der türkische Kurdistankenner überhaupt, sagt dazu sinngemäß: "Kurdistan hat man das Hirn und das Skelett zerstört, wie ein Kadaver lag es am Boden. Die Aktionen der Guerilla bewirken nun eine schnelle Erschütterung der alten kolonialistischen Werte und sichern die Durchsetzung moderner, demokratischer Werte."

Dieser Prozeß geht widersprüchlich vor sich. Wir sollten ihn beobachten und auch die negativen Seiten darin wahrnehmen. Aber nicht, um die PKK zu **stigmatisieren und zu zensieren**. Wir Deutsche haben genug damit zu tun, die deutsche Hilfe bei der Unterdrückung Kurdistans zu beenden.

Schon jetzt kann man vorläufig zusammenfassen: Wallraff hat was gegen die PKK. Es ist nicht genau überlegt, davon zeugt auch die schlampige Ausdrucksweise, die sich bei genauerem Hinsehen als sehr mißverständlich bis unausgegoren herausstellt. Seine Darstellung erzeugt beim Zuhörer den Eindruck, die PKK sei etwas, womit man sich

besser nicht einlassen sollte. Um diesen Eindruck zu erzeugen, gebraucht er Vorwürfe (Individualterror, wahllose Erschießungen, autoritärer Aufbau), die sich bei Nachprüfung entweder in nichts auflösen oder aber sehr viel differenzierter zu betrachten wären, die aber für die Erklärung des Volksaufstands in Kurdistan nichts, aber auch gar nichts leisten.

Gehen wir also über zu den umfangreicheren Interviews.

11.4.1990, 23.40 Uhr Deutschlandfunk

Sprecher:

"...Millionen Kurden leben in der Türkei, weitgehend ihrer Identität beraubt und diskriminiert. Als selbsternanntes Sprachrohr der Kurden agiert die Separatistenbewegung PKK mit brutaler Gewalt und Terror, um einen eigenen kurdischen Staat zu erreichen. Genauso hart schlägt die türkische Regierung zurück. Gewalt und Gegengewalt schaukeln sich gegenseitig hoch.

Der Schriftsteller Günther Wallraff war jetzt im Kurdengebiet. Im Gespräch mit Simone Witte schildert er Zustände und Eindrücke.

Wallraff:

Es hat sich in der letzten Zeit bedrohlich zugespitzt. Man hat den Eindruck, daß die offizielle Politik geradezu den Terror produziert und daß eine Sondereinheit, Özel Tim, die alle Vollmachten haben, sich keinem gegenüber zu verantworten brauchen, daß sie wirklich ganze Ortschaften, wahllos die Bevölkerung rausholen, verschleppen, sie mißhandeln, um einzuschüchtern, und da wird zum Teil bei Kindern, bei auch völlig unpolitischen der Haß, der Keim zum Terror gelegt und **einer der entsetzlichsten Guerillaorganisationen** wird da eigentlich in die Hand gespielt und die haben im Moment einen unheimlichen Zulauf.

Simone Witte:

Haben Sie da mit den Menschen sprechen können? Wie sind die ihnen begegnet?

Man wurde überall aufgenommen, an den abgelegensten Dörfern, eine ganz große Bereitschaft über alles zu reden und zum Teil so, daß man sie fast trennen mußte, weil immer sind Spitzel dabei, und wenn dann irgendein Journalist auftaucht oder erst recht ein Fernseheteam, dann könnte das bedeuten, wenn dann jemand offen seine Meinung sagt, daß er am nächsten Tag oder in der Nacht noch abgeholt wurde und das zum Anlaß genommen wurde, ihn wiederum zu mißhandeln oder zu foltern. Dann war es möglich, durch direkte Gespräche mit dem Justizminister auch in Gefängnisse zu kommen. In Diyarbakir, wo das Gefängnis total überfüllt war, weil vorher über 100 willkürlich Verhaftete aus einer belagerten Stadt, Cizre, wo die Bevölkerung es gewagt hatte eine Art Generalstreik durchzuführen und die Händler alle Läden geschlossen hielten und die Sondereinheiten, (2 Worte nicht verstanden), sich selbst damit auch schadeten, aber in der Verzweiflung eben das als passiven Widerstand machten. Daraufhin wurden wahllos in der Bevölkerung, auch des nachts noch aus den Betten verschleppt und verhört, gefoltert, über ne Woche und dann ins nächstliegende Gefängnis verfrachtet, wo Menschen auf dem Boden schlafen mußten, ohne Matratze, weil das einfach völlig überfüllt war, da konnten wir mit Inhaftierten sprechen, da haben sich welche anvertraut und haben auch namentlich mitgeteilt, was ihnen passiert ist. Dann gab es Möglichkeit in eines der großen Gefängnisse, in Aydin hereinzukommen, und da waren auch zu unserer Verwunderung ganz offene Gespräche möglich und es wurde alles, was zu beanstanden war, offen ausgesprochen, und wir haben dann anschließend den Justizminister damit wieder konfrontiert.

Wie ist denn Ihr Eindruck von den türkischen Gefängnissen, hat sich da was verändert in den letzten Jahren?

Man muß differenzieren, man kann nicht pauschal sagen, überall wird mißhandelt und gefoltert und von daher hat sich was geändert. In Gefängnissen selbst wird nicht

mißhandelt, in den Gefängnissen selbst wird nicht gefoltert, und es sind zum Teil sehr schlimme Zustände, wie fehlende Medikamente, aber das hängt mit der Armut des gesamten Landes zusammen, das ist nicht gezielt einge..." Das letzte Wort ist nicht zu verstehen.

Radiothek, 17.4. Westdeutscher Rundfunk

Wallraff:

"Als wir spät abends von Diyarbakir in .. nach Cizre, das ist ein Zentrum, ne kleine Stadt an der syrischen Grenze, ankamen, war das, als wenn man in eine besetzte Stadt hineinkommt. Überall aufgefahrene Panzer, alle 10, 20 Meter Soldaten, jederzeit bereit loszuballern, wir haben uns auch sehr ruhig verhalten und mit nicht zu schnellen Bewegungen bewegt, das ist zur Zeit eine so bedrohlich angespannte Situation, daß man meint, da geht jeden Moment was Größeres los. Man hat den Eindruck, daß da eine gesamte Bevölkerung in Schach gehalten wird, und daß, wenn nicht eine politische Lösung gefunden wird, sich das in ein zwei Jahren in einen heißen Bürgerkrieg auswachsen kann, weil die Bevölkerung wird in einer Weise provoziert, daß sie auch kaum mehr was zu verlieren hat. Es gibt eine Sondereinheit, Özel Tim, die alle Rechte hat, die sich nicht zu rechtfertigen braucht für ihre Aktionen, und um Beschäftigungsnachweis zu bringen, weil sie die wirklichen Terroristen nicht bekommen, die operieren über Syrien oder sind in unwegsamen Bergregionen, also werden wahllos Menschen aus ihren Wohnungen geholt, manchmal ganze Ortschaften vorsorglich durchgeprügelt, um ihnen Denkkzettel zu verpassen und sie einzuschüchtern, es reicht, wenn man kurdisch spricht, oder sie werden vertrieben und kommen dann in Lager, wo wir eins erlebt haben vor Cizre, was grausam und grauenhaft ist, wie man es sich nicht vorstellen kann mit vielen kleinen Kindern und die meisten schon total apathisch, die sind abgeschrieben. Die tauchen in keiner Statistik auf, und wenn man dann den zuständigen Bürgermeister spricht, einen von einer islamischen Partei, der Wohlstandspartei, der eine so unerschrockene und hellsichtige, emotionslose Darlegung der ganzen Lage abgibt, und weiß, daß er jederzeit auch verhaftet werden kann, und die Situation analysiert, als hier die Bevölkerung provoziert wurde, weil bei einem Begräbnis die Truppen, die haben ein sehr, ein Ritual, ein Totenbestattungsritual, wie die Leiche gewaschen werden muß, und die haben einfach, die Leute, den da abgenommen und verscharrt und da ging ein Aufstand los, da gab es Proteste, friedliche ne, dann eskalierte das, sie wurden in die Menge geschossen ne, das wurde dann anschließend gerechtfertigt ne, die hätten ja mit Steinen geworfen ne, und der Bürgermeister, der ja schließlich dabei war und das ist jemand, der politisch ja eher auf der Seite der Regierung steht, der sagt, Sondertruppen haben das Ganze provoziert ne, und bei solchen Gesprächen erlebten wir dann, das dann häufig politische Kommissare kamen ne, und daß dann die Gespräche ganz schnell zu Ende waren und sie nichts mehr sagten. Daraufhin haben die einen sehr passiven Generalstreik gemacht ne, haben sich damit selbst am meisten geschadet, aber in ihrer Ohnmacht war das ihr einziges Ausdrucksmittel des Protestes, sie haben alle Läden geschlossen ne, um auch der Besatzungsmacht zu zeigen, wir versorgen Euch nicht mehr, gut die wurden über ihre Armeeeinheiten, Hubschrauber usw. genug versorgt. Die Bevölkerung hungerte freiwillig. Das wurde dann wiederum von der Gegenseite als Aufstand gesehen und mit noch mehr Polizeieinheiten beantwortet. Und da kamen wir in ein Dorf rein, wo die Özel Tims vor einigen Monaten sind sie da alle verhaftet worden, verschleppt worden und mußten ihre eigenen Exkremete zu essen. In nem anderen Fall wurden Familien gedemütigt, indem Frauen ihre Männer, die vorher mißhandelt worden waren, halbnackt durchs Dorf tragen mußten. Also, es ist ne ständige Demütigung, um diese Freiheitsbewegung niederzumachen und im Keim zu ersticken und so wird bei Kindern schon der Haß gesät, die offizielle Regierungspolitik treibt die Bevölkerung in ihre Verzweiflung, ne, solchen **Terroreinheiten** wie der PKK in die Hände. Darum haben die zur Zeit einen solchen Zulauf, daß man in Dörfern erlebt, daß von Kindern an ein Siegeszeichen gemacht wird, die PKK man hochleben läßt."

Was hat Wallraff eigentlich mitgekriegt, als er in Kurdistan die bedeutendsten Tage

seit Jahrzehnten hätte erleben können? "Die haben da so ein Totenritual und das haben die die nicht machen lassen und dann gab es ein bißchen Krawall." Nichts vom überraschend schnellen Überschwappen des Protestes auf die anderen Städte, nichts was auf die große Einheitlichkeit des Widerstands in ganz Kurdistan schließen ließe. Nichts davon, daß 1 Million Menschen in Dutzenden Aktionen an diesem Aufstand beteiligt waren. Schon gar nichts über die **weittragende Bedeutung dieses Aufstands, der die Absicht des türkischen Staatsterrors, ein Klima der Angst und Lähmung zu erzeugen, vollständig durchkreuzt und eine völlig neue psychologische Situation geschaffen hat. Nichts ist heute in Kurdistan/Türkei mehr so wie vor dem Aufstand.**

Um in diesem Wust den tragenden Gedanken zu finden, muß man schon lange suchen. Wenden wir uns aber erst einmal einigen Einzelheiten zu.

Z.B. der Situation in den Gefängnissen, wo Wallraff trotz "völlig offener Gespräche" keine Mißhandlungen feststellen konnte. (Das war die Stelle, an der unser kurdischer Freund, der die Tonbandaufnahme machte, das Wort **Türkenknecht** ins Mikro schrie.) Sedat Caner, der selber als Polizist einem Folterteam angehörte, sagte auf die Frage über den Umfang der Folterungen seit 1980: "Ich glaube, im Durchschnitt ist aus jedem Haushalt einer in diese Geschichte reingegangen. Manchmal sind alle Söhne bzw. Töchter einer Familie dorthin gekommen. Also einer pro Haushalt ist ganz sicher zur politischen Polizei gekommen." (in: Ömer Erzeren: Septemberspuren) Dieser Riesenumfang der Folterungen in der Türkei entspricht ungefähr dem, was der deutsche Faschismus in den Jahren 1933 bis 1939 leistete. Danach konnte die Folter eingeschränkt werden. In Kurdistan dagegen ist es lächerlich, über Folter begrenzt auf das Gefängnis zu reden, sie ist dort verallgemeinert über das ganze Land. Auch das Gerede über die Untersuchungshaft (incommunidadado) wird von Kurden nicht ernst genommen. Selbst in der Türkei ist der Knast auf zum Teil physische Liquidierung der Opposition angelegt, erst recht in Kurdistan. Den Entzug von Medikamenten und medizinischer Behandlung mit der Armut des Landes zu erklären, ist reiner Zynismus, wo die Türkei sich sogar weigert, aus gesundheitlichen Gründen Haftunfähige zu entlassen, damit sie draußen medizinisch versorgt werden könnten. Wie gesagt, in Kurdistan ist alles noch ne Nummer schlimmer.

Lustig wird es, wo Wallraff als ein Ziel des Ladenstreiks unterstellt, damit sollte die Versorgung der Armee lahmgelegt werden, und dann selbst nachschiebt, daß sich die Armee aus anderen Quellen versorgt. Der Ladenstreik hatte ausschließlich zum Ziel, Öffentlichkeit herzustellen, keineswegs eine materielle Schädigung der Armee. Auch die falsche Übersetzung der islamischen Wohlfahrtspartei (Rafah Partisi) als **Wohlstandspartei** gibt zu denken. An solchen Details erkennt man den Fachmann.

Der **tragende Gedanke** scheint folgender zu sein: die starke Unterdrückung des kurdischen Volkes treibt die Leute den **Terroristen** in die Arme. Die Türkei sollte klüger sein und den Terroristen mit anderen Mitteln das Wasser abgraben. Sonst schaukeln sich Gewalt und Gegengewalt gegenseitig hoch und es kommt zu einem heißen Bürgerkrieg, den wir alle nicht wollen.

An diesem Gedankengebäude fällt zunächst auf, daß Wallraff die Meldung unterschlägt, **daß die PKK sich am 1.4.90 zu einem Waffenstillstand und Gesprächen bereiterklärt hat**, "wenn auch die Türkei den Weg der Gewalt verläßt."

Ist das ein Vorschlag von Leuten, die wahllos Menschen töten, nur weil sie Krawatten tragen? Das ist in Wahrheit der einzig mögliche Weg für eine politische Lösung, die Wallraff (wie auch wir) herbeisehnt.

Wir stehen nun vor der Frage, ob Wallraff das bewußt verschwiegen hat oder ob er es nicht wußte. Wir können sie nicht beantworten.

Zweitens: warum stellt sich Wallraff nicht die Frage, weshalb die Türkei trotz der Aussichtslosigkeit der Lage den militärischen Weg geht, die Unterdrückung immer mehr steigert. Wir glauben, daß es daran liegt, daß er nicht bereit ist, sein Vorurteil zu

überwinden, daß die Türkei sich immer mehr in Richtung Demokratie bewege. Tatsache ist, daß der Nationale Sicherheitsrat über die Köpfe der formellen demokratischen Institutionen hinweg den militärischen Weg durchgesetzt hat. Wahrscheinlich ist, daß mit einer demokratischen Lösung der Kurdistanfrage die Herrschaft der Türkischen Machtelite auch in der Türkei in Frage steht. Somit auch die Sorte "Demokratie", die sogar denjenigen, die Arbeit haben, das Fleisch vom Tisch gestrichen und sie an den Rand des Hungers getrieben hat.

Drittens fällt auf, daß Wallraff, obwohl er immer wieder die wachsende Unterstützung der PKK durch die kurdische Bevölkerung beschreibt dennoch an dem Begriff **Terroristen** festhält und sich strikt weigert, die PKK als eine nationale Befreiungsorganisation zu bezeichnen. Wer das Interview gehört hat, merkt an der Tonlage: da ist Haß im Spiel, der sein Gehirn streiken läßt.

Zum Schluß möchten wir auf den Punkt kommen, den wir nicht genau begreifen: Was veranlaßt Günther Wallraff, genau die Methoden gegen die PKK zu verwenden, die er als Unterwanderer der Bild-Zeitung recht gut beschrieben hat? Nämlich Auslassungen, bewußtes Verschweigen von Tatsachen, ein Zusammenmengen von Vorurteilen, die der gängigen Stimmung entsprechen usw. Könnte es sein, daß er ähnliche Gründe hat wie die BILD, nämlich geschäftliche? Das Geschäft mit Menschenrechtspropaganda und Moral? Man müßte genaueres über diese Reise wissen, wer hat sie bezahlt, wer hat sie eingefädelt, wer hat das Gespräch mit dem türkischen Justizminister ermöglicht. Falls einer unserer Leser darüber Bescheid weiß, wären wir für Informationen dankbar.

Nach so böswilligen Vermutungen wollen wir positiv schließen, indem wir noch einmal die ausgezeichnete Sendung des Westdeutschen Rundfunk v. 17.4.90 zitieren:

Sprecher:

"Nach offizieller Version der türkischen Ordnungsmacht soll die PKK, die Kurdische Arbeiterpartei, die Bevölkerung gezwungen haben, ihre Geschäfte zu schließen. Doch in den Seitengassen von Cizre, hinter verschlossenen Türen, hört sich das anders an: 'Wir alle kämpfen für unser Land, unsere Leute in den Bergen auch, sie sind nicht wie die Sondereinheiten, die für Geld morden, unsere Leute sind Guerilla mit Leib und Seele, sie gehören zu uns. Sie lassen uns nicht leben, sie haben uns aus unseren Dörfern vertrieben, unsere Dörfer sind in Brand gesteckt worden. Wir haben alles verloren. Nieder mit dem Faschismus! Nieder mit der Türkei! Es lebe die Guerilla!'"

"Wie groß der Einfluß der PKK tatsächlich ist, läßt sich unter den gegebenen Verhältnissen nur schwer ermitteln. Fest steht lediglich, daß die Menschen in den Kreisstädten mutiger geworden sind. Sie haben keine Angst mehr, offen ihre Forderungen zu stellen."

Das ist journalistische Arbeit.

Pilotverfahren europäischer „Terrorismus“

Rolf Gössner zum Düsseldorfer Kurdenprozeß

aus: Clockwork 129 a

-Bekämpfung

Nr.17 13.6.90

Seit nun schon über sieben Monaten wird vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf gegen 17 Kurden und Kurdinnen u.a. wegen Mitgliedschaft in einer „Terroristischen Vereinigung“ verhandelt.

15 der Angeklagten befinden sich zum Teil über zwei Jahre lang unter strengen Isolationsbedingungen in Untersuchungshaft — ein 57 Punkte umfassendes Haftstatut regelt die strenge Einzelhaft und die besonderen Sicherheitsvorkehrungen. Neun der Angeklagten sind mittlerweile, gegen hohe Kautionen, aus der U-Haft entlassen worden; gegen einen Angeklagten wurde das Verfahren sogar eingestellt.

Es handelt sich um den bisher „größten Terroristen-Prozess“ in der Rechtsgeschichte der BRD — so sieht es die Bundesanwaltschaft, womit sie, was die Dimension angeht, ausnahmsweise Recht haben dürfte. Aber auch sonst setzt der Düsseldorfer Prozess in mancherlei Hinsicht neue Maßstäbe.

Es handelt sich diesmal nicht einfach um angebliche „Terroristen“, die da in die Mühlen der bundesdeutschen Polit-Justiz geraten sind, sondern auch noch um ausländische „Terrorismus“-Verdächtige: Eine unheilvolle Kombination, die für öffentliche Vorverurteilung geradezu bürgt.

Und gerade diese Kombination macht die neue Qualität des Kurden-Verfahrens überhaupt erst aus: Ihm könnte in Hinblick auf die bundesdeutsche Rolle bei der internationalen „Terrorismus“-Bekämpfung Pilotfunktion zukommen — zumal in der gegenwärtigen Phase der Schaffung eines europäischen Binnenmarktes und einer starken Europäischen Gemeinschaft der „Inneren Sicherheit“.

Zum ersten Mal in der bundesrepublikanischen Justizgeschichte fand im Umfeld dieses Verfahrens die im Juni 1989 eingeführte und heftig umstrittene Kronzeugenregelung für terroristische Straftäter Anwendung (BGBl. I S. 1059): Vor dem Landgericht Berlin wurde der Kurde C. wegen Mordes verurteilt — aber nicht zu lebenslänglich, wie es das Strafgesetzbuch für eine solche Tat zwingend vorschreibt, sondern zu lediglich fünf Jahren Freiheitsstrafe. Grund für diesen normen Kronzeugen-Rabatt, wie ihn die neue (befristete) Ausnahmeregelung möglich macht: C. hatte gegenüber der Bundesanwaltschaft (BAW) „ausgepackt“ und damit fast die meisten der Düsseldorfer Beschuldig-

ten auf die Anklagebank gebracht. Er gilt als zentraler Belastungszeuge.

Dieses Groß-Verfahren vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht, das voraussichtlich weit über zwei Jahre dauern wird, kostet nach Aussagen der beteiligten Anwälte pro Monat eine Million DM. Eigens ist hierfür auf dem Gelände einer Polizeikaserne ein Prozeßbunker für fast acht Millionen DM gebaut worden — längst bevor über die Anklage entschieden worden war.

Doch da gab es zunächst einige Schwierigkeiten bei der staatlichen Verfolgung der kurdischen Organisation durch bundesdeutsche Ermittlungsorgane: Denn gegen die PKK als solche sowie ihre Mitglieder wäre eine Anklage in der Bundesrepublik nach § 129a StGB („Terroristische Vereinigung“) nicht möglich, weil die PKK eine Auslandsvereinigung ist, die den Sitz ihrer Zentrale in Damaskus hat. Der Bundesgerichtshof hatte nämlich bereits 1982 entschieden, daß § 129a nicht auf Auslandsvereinigungen angewendet werden kann. Damals ging es allerdings um die neofaschistische „Wehrsportgruppe Hoffmann — Auslandsgruppe Libanon“, obwohl deren Mitglieder ausschließlich bundesdeutsche Staatsangehörige waren (BGHSt 30, 328 ff = NJW 1982, 530).

Die Bundesanwaltschaft (BAW) wirft den kurdischen Angeklagten nun gleichwohl die Mitgliedschaft in und die Unterstützung von „terroristischen Vereinigungen“ vor — bezieht sich dabei aber auf diverse „Teilorganisationen der PKK“ die angeblich oder tatsächlich in der BRD existieren. Die Angeklagten sollen in diesem — recht konfuse — organisatorischen Zusammenhang an der Begehung von Straftaten beteiligt gewesen sein: Die Tatvorwürfe reichen von geringfügigen Delikten, wie Urkundenfälschung bis hin zu Schwerverbrechen, wie Mordversuchen und Morden, die gegen politische „Abweichler“ verübt worden sein sollen. Selbst angebliche Straftaten, die im Ausland, im Libanon, von Ausländern begangen worden seien, werden gleich mitangeklagt, obwohl in solchen Fällen die Anwendbarkeit des bundesdeutschen Strafrechts nicht gegeben ist. Nur den wenigsten Angeklagten werden indes unmittelbare Täterschaft oder Teilnahme an konkreten Straftaten vorgeworfen.

Das Gericht hat die recht windige und konfuse Anklage mit einigen Abänderungen aufgewertet und dann zur Hauptverhandlung zugelassen: Insbesondere hat es der BAW in Bezug auf die Definition der „terroristischen

Vereinigung“ hilfreich unter die Arme gegriffen: Danach soll nun, so heißt es im Eröffnungsbeschuß, „innerhalb der PKK zur Durchsetzung des Alleinvertretungsanspruchs und zur Disziplinierung der Parteimitglieder eine mit Parteisicherheit, Kontrolle, Nachrichtendienst beschriebene eigene Organisation entwickelt worden“ sein; diese reichte vom Generalsekretär ... über das Zentralsekretariat der Gesamtpartei, das europäische Zentral- und Exekutivkomitee in Köln usw. bis hin zu speziellen Arbeitsgruppen, „deren Aufgabe die Ausführung von sog. ‚Bestrafungsaktionen‘ sei. Mit diesem umfassenden Konstrukt eines ganzen „terroristischen“ Vereinigungskomplexes ist eine neue Dimension bundesdeutscher Strafgerichtsbarkeit eingeführt, die nicht nur ausländische (Teil-) Organisationen auf dem Boden der BRD betreffen, sondern auch deren zentrale ausländische Bezugsgremien — so letztlich ihre gesamte Infrastruktur.

Das Resultat dieser Konstruktion: Ein monströser Schauprozeß gegen tatsächliche oder vermeintliche Mitglieder einer linksorientierten ausländischen Massenorganisation, die eine zentrale Rolle spielt in der kurdischen Befreiungsbewegung gegen die türkische Unterdrückung und Massenvernichtungspolitik, und die insoweit dem Kriegsvölkerrecht und den einschlägigen Genfer Abkommen unterliegen müßten.

Warum konnte es nun ausgerechnet hier in der Bundesrepublik — im Gegensatz zu anderen Ländern, wie etwa Schweden oder der Schweiz (wo es ebenfalls Kriminalisierungsversuche gab) — überhaupt zu einem solchen Mammut-Verfahren gegen die beschuldigten Kurden kommen? Die Antwort ist einfach und erschreckend zugleich: Weil die Bundesrepublik über ein gesetzliches Instrumentarium verfügt, das dies ermöglicht — nämlich den ominösen § 129a StGB, der im PKK-Verfahren die zentrale Rolle spielt und der die Mitgliedschaft in einer sog. terroristischen Vereinigung unter Strafe stellt, aber auch die Unterstützung und die Werbung für eine solche Vereinigung. Diese Norm ermöglicht den Ermittlungs- und Justizbehörden weitgehend auch ohne unmittelbare Tatnachweise zu ermitteln und anzuklagen und eröffnet ihnen ein wahres Sonderrechtssystem mit Spezialermächtigungen. Das sucht seinesgleichen in West-Europa und ist seit 1987 selbst für den internationalen Gebrauch ausgerüstet worden.

Der Terrorismus-Vorwurf im Sinne des § 129a, der gegen die Betroffenen erhoben wird, hat bekanntlich u.a. zur Folge, daß eine zentrale Sonderzuständigkeit begründet wird: In solchen Fällen sind nämlich das Bundeskriminalamt, der Generalbundesanwalt und die Oberlandesgerichte für die Ermittlungen, Anklageerhebung und Aburteilung zuständig, und nicht möglicherweise politisch unzuverlässige Amts- oder Landrichter.

Im Jahre 1987 wurde nun diese Sonderzuständigkeit — mit internationaler Zielrichtung — noch erheblich ausgedehnt und zwar auf jene Fälle, in denen ein „Zusammenhang mit der Tätigkeit einer nicht oder nicht nur im Inland bestehenden Vereinigung besteht“ (§ 120 GVG). Danach ist die Bundesanwaltschaft als oberste Anklagebehörde auch zuständig für die Verfolgung sog. terroristischer Vereinigungen, die die Sicherheit der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der NATO und aller NATO-Vertragsstaaten, zu denen auch die Türkei gehört, zu beeinträchtigen drohen. In diesem Zusammenhang ist wichtig zu erwähnen, daß die BRD und ihre Wirtschaft zu den größten Investoren in der Türkei zählen (Originalwerbung des „EG-Partners Türkei“ in „Der Spiegel“ 7/90: „Mit 167 Firmen und ihrem Anteil von 11% am ausländischen Kapital nimmt die Bundesrepublik in diesem Bereich den ersten Platz ein“).

Mit dieser gesetzlichen Neuerung konnte endlich zielgerichtet und zentral auch gegen die PKK und ihre Mitglieder in der BRD ermittelt werden. Aufgrund des international längst konstruierten „Terrorismus“-Verdachts ist den bundesdeutschen Ermittlungsbehörden — dank § 129a, der wie eine Art Sesam-öffne-Dich wirkt — ein einzigartiges Ausforschung-, Repressionsarsenal eröffnet.

Daß wir uns in einem hochkarätigen „Terroristen“-Prozeß befinden, das zeigen nicht zuletzt die üblichen Sicherheitsmaßnahmen und Ausreisebedingungen in Düsseldorf: Der Sicherheitstrakt bzw. Prozeßbunker ist schwerbewacht, gesichert mit Metallzäunen, Sperrgittern und mit Maschinenpistolen bewehrten Polizeiposten. Penible Durchsuchungen und entwürdigendes ganz körperliches Abtasten der ProzeßbesucherInnen durch Zivilpolizisten in den Kontrollschleusen sowie Ablichten der Personalausweise — eine Ausnahmejustiz wie im Belagerungszustand, ähnlich wie sie allerdings bei 129a-Verfahren kreuz und quer durch die Republik bereits seit bald zwei Jahrzehnten zum Normalbestand Politischer Justiz gehört.

Diese ganzen Sonderbedingungen werden

im vorliegenden Verfahren noch zusätzlich dadurch verschärft, daß die Angeklagten während der Verhandlungen vor Gericht — aus Sicherheitsgründen, wie es heißt — monatelang in einem eigens angefertigten Glaskasten („Kurden-Käfig“) gehalten wurden, eingerahmt von Justizwachtmeistern und getrennt von ihren VerteidigerInnen (diese Maßnahme wurde im Februar 1990 aufgehoben). Eine unzumutbare, prozeßrechtswidrige Situation, die noch durch die nach wie vor mangelhaften Übersetzungen der gerichtlich bestellten Dolmetscher zusätzlich verstärkt wurde und wird. Diese gesamten Umstände verletzen tragende verfassungsrechtliche und strafprozessuale Prinzipien, insbesondere das Recht auf freie Verteidigung und auf rechtliches Gehör.

Fazit: Der PKK-Prozeß ist in mancherlei Hinsicht eine bundesdeutsche Premiere mit völkerrechtlicher Dimension und europaweiter Bedeutung:

1 Zum ersten Mal seit der massenhaften Kommunistenverfolgung in den fünfziger und sechziger Jahren richtet sich politische Justiz wieder gegen eine Massenpartei, ihre Mitglieder und UnterstützerInnen.

2 Erstmals kam in diesem Zusammenhang die neue „Kronzeugenregelung“ zur Anwendung, die der Denunziation Tür und Tor öffnet, weil sich damit ein Beschuldigter auf Kosten von anderen erhebliche Vorteile verschaffen kann. Mit solchen Kronzeugen-Deals, wie sie bekanntlich in „Terrorismus“-Verfahren auch ohne Gesetz schon praktiziert worden waren, werden Strafverfahren in rechtsstaatswidriger Art und Weise beeinflusst und präjudiziert.

3 Erstmals seit Bestehen des 129a-Sonderrechtssystems (1976 ff) werden mit diesem Instrumentarium eine ausländische Organisation, ihre ausländischen Mitglieder und UnterstützerInnen in der BRD strafrechtlich verfolgt — eine Organisation, die zudem in einem Befreiungskampf gegen ein Unterdrückersystem steht. Damit maßt sich die BRD eine Euro-(Hilfs-)Polizistenrolle an.

4 Ohne das 129a-Sonderrechtssystem wären der Düsseldorfer PKK-Prozeß und seine Begleitumstände nicht vorstellbar. Durch gesetzliche Nachrüstung ist dieses Sy-

stem um eine internationale Komponente bereichert und auf den neuesten Stand gebracht worden. Insoweit hat das PKK-Verfahren Pilotfunktion und könnte weitere 129a-Verfahren gegen Mitglieder etwa der IRA und der PLO nach sich ziehen — woran im übrigen bereits fleißig konstruiert wird.

5 Diese Entwicklung kann auch die Internationalismus-Arbeit in der Bundesrepublik tangieren: Die Solidarität mit Befreiungsbewegungen und ihren Organisationen könnte nun leichter als „Unterstützung terroristischer Vereinigungen“ oder als Werbung für solche kriminalisiert werden. Selbst Sympathiewerbung könnte hierfür bereits ausreichen. Das bedroht die internationale Solidarität mit unterdrückten Völkern und nationale Minderheiten, eine Solidarität, die in der Bundesrepublik ohnehin schon sehr reduziert daherkommt.

6 Diese Entwicklung ist auf dem Hintergrund der bundesdeutschen und europäischen Bemühungen um Verschärfungen im Asyl- und Ausländerrecht zu sehen sowie auf dem Hintergrund der Europäisierung der „Inneren Sicherheit“ nach dem „Modell Deutschland“. Die Europäisierung des doch recht einmaligen bundesdeutschen „Antiterror-systems“ ist bereits in diversen europäischen Arbeitsgruppen (u.a. „Trevi“) und Verträgen (hauptsächlich „Schengener Abkommen“) weitgehend projektiert. Diese Entwicklung ist, so muß ergänzt werden, erst vor dem Szenario einer drohenden Vereinigung Deutschlands, also eines übermächtigen staatlichen und wirtschaftlichen Gebildes in Europa, angemessen und richtig zu verstehen.

Rolf Gössner ist Rechtsanwalt, Publizist und Dozent in Bremen. Neben diversen Buchpublikationen zu Themen der „Inneren Sicherheit“ arbeitet er an einem Projekt über „Politische Justiz am Beispiel der sog. Terrorismusverfahren“.

Literaturhinweise

Schultz, von stammheim nach düsseldorf, Kiel 1989. Informationsdienst „Kurdenprozeß aktuell“, 4000 Düsseldorf, Scheibenstr. 18.

Europol: Die Bullen greifen nach den Sternen. Europäische Gemeinschaft der Inneren Sicherheit, hrg. von „Bürger kontrollieren die Polizei, cilip, Straßenmedizin (Bezug: Straßenmedizin c/o BUU, Hohenesch 63 (Hirterhaus), 2000 Hamburg 50).



INTERNATIONAL

SOZ Nr.15 21.6.1990

Intifada oder Serhildan?

Über den Charakter des Aufstandes in Kurdistan

In vielen linken Blättern, auch in der SoZ, wurde der Aufstand in Kurdistan oft mit der palästinensischen langandauernden Intifada verglichen. Der Vergleich hinkt sicherlich. Wie es andere sehen, wollen wir hier dokumentieren. In der Zeitschrift „Kurdistan-Report“, dem Organ der Europavertretung der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK), wird in der nächsten Ausgabe ein ausführlicher Artikel über den „Volksaufstand und Guerillakampf in Kurdistan und einige Schlußfolgerungen“ erscheinen. Daraus drucken wir mit freundlicher Genehmigung der Zeitschrift im folgenden einen Teil über den „Charakter des kurdischen Serhildan (Aufstand)“ ab:

„Jede revolutionäre Bewegung zielt darauf ab, die bestehende Ordnung zu verändern und an die Macht zu gelangen. Genauso wie im Kampf um die Macht unterschiedliche Mittel und Methoden angewendet werden, genauso gestaltet sich dieser Kampf entsprechend den spezifischen Bedingungen eines jeden Landes und stellt sich unterschiedlich dar. Der allgemeine Aufstand ist eine Aktionsform des Kampfes um die Macht. In einigen Ländern waren allgemeine Aufstände die Aktionen, die die Übernahme der Macht

herbeigeführt haben.

In kolonialisierten Ländern wie Kurdistan ist der Aufstand keine grundlegende Aktionsform. Der nationale Befreiungskampf Kurdistans entwickelt sich in der Form des langandauernden Volkskriegs. Die eigentliche Kampfform im Volkskrieg ist der Guerillakampf. Der einzige Weg, die in materieller, logistischer und technischer Hinsicht starke kolonialistische Okkupationsstruktur in Kurdistan niederzureißen, also der einzige Weg, die Stärke mit der Schwäche zu besiegen, ist der Guerillakrieg.

Bei uns ist der Serhildan in der Phase des Volkskriegs eine unausweichlich in dieser Phase anzuwendende Aktionsform. Das Volk Kurdistans kann nicht in einem ständigen Zustand des Aufstands gehalten werden. Die Aufstände treten mit der Bewegung momentaner und konkreter Entwicklungen auf. Die militärisch-politische Avantgarde hält jedoch das Volk ständig in einer den Bedingungen des Aufstands entsprechenden Vorbereitung.

Schließlich setzten sich auch die in Kurdistan im März hintereinander geführten Aufstände von einem konkreten Ereignis aus in Bewegung und verbreiteten sich. Die Ermordung von 13 ARGK-Guerilleros (Volks-

befreiungsarmee Kurdistans, SoZ) am 12. März in der Nähe der Provinz Savur wurde zum Anlaß des allgemeinen Serhildan (Aufstand) des Volkes von Nusaybin. Das Volk von Nusaybin, das die als Märtyrer gefallenen Guerilleros als ein Stück ihrer Seele betrachtet, traten für sie ein und veranstalteten eine Demonstration.

Der Serhildan bei uns ist keine Reaktion, die sich spontan entwickelt hat. Denn in dem seit Jahrhunderten unter einem extremen Kolonialstatus gehaltenen und als Volk zersplitterten Kurdistan existieren keine Möglichkeiten der Spontaneität. Stammesfehden, Familienwidersprüche und Konfessionsunterschiede sind als Folge der bewußt betriebenen Politik der Kolonialisten ständig am Leben erhalten worden.

Mit dem Kampf der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans, SoZ) ist auf diese soziale Struktur in bedeutenden Bereichen eingewirkt und ein Wendepunkt herbeigeführt worden. Die PKK hat mit der 1985 gegründeten Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) und ihren verschiedenen Massenverbänden die politische Einheit des kurdischen Volkes in einem wichtigen Bereich geschaffen. Darüberhinaus hat sie in dem sich seit sechs Jahren zunehmend verbreiternden Guerillakampf diese Einheit

noch mehr gefestigt. Der begonnene Serhildan in Kurdistan ist also sowohl vorbereitet als auch angeführt von der PKK. Das Volk hat dies im Verlauf der Aufstände bewiesen. Das Volk, das den Aufrufen der Bezirks- und Provinzkomitees der PKK und der ERNK gefolgt ist, hat sich an den Aufständen in breiter Form beteiligt. Die Aufrufe wurden in allen Bereichen beachtet und befolgt. Das Volk hat während der ganzen Demonstrationen mit den Parolen „Es lebe die PKK“ und „Es lebe der Vorsitzende Apo“ (= Abdullah Öcalan, Generalsekretär der PKK, SoZ) seine Verbundenheit mit der PKK bewiesen.

Der kurdische Serhildan ist national-demokratischen Charakters. Seine Forderungen sind fortschrittlich. Im Volksaufstand wurde von der nationalen Identität Besitz ergriffen und der Abzug kolonialistischer Armee aus Kurdistan gefordert.

In der vor uns liegenden Phase werden regionale Aufstände eine häufig angewendete Taktik sein. Die kleinste Aufregung des Volkes wird in Aktionen umgewandelt werden. Es werden Aufstände gegen die Folter, Unterdrückung und den Staatsapparat entwickelt werden. Das Volk wird sich gegen Zwangs- und Massendepортationen erheben.“

Soweit ein kleiner Auszug. Das Heft, Kurdistan Report Nr. 32 kann bestellt werden bei: Sexwerbun, Postfach 10 16 83, 5000 Köln 1, Einzelpreis 3.-DM, Abo: 15.-DM

Frau Beer (GRÜNE): Herr Präsident! Verehrte (C)
— wenn auch in geringer Zahl anwesende — Kollegen und Kolleginnen! Seit Jahren berichten Organisationen wie amnesty international über Menschenrechtsverletzungen in der Türkei. Fast schon ist es zur Gewohnheit auch für den Zeitungsleser hier geworden.

Dabei gerät meistens in den Hintergrund, daß Menschenrechtsverletzungen in der Mehrzahl nicht Einzelschicksale sind, sondern Bevölkerungsminderheiten davon betroffen sind, die in Ländern mit diktatorischen Strukturen unterdrückt werden.

Kaum Beachtung finden hier Minderheiten wie das kurdische Volk, das, obwohl sich seine Geschichte nachweislich bis in die Bibel hinein zurückverfolgen läßt, nie das Recht, auf einen eigenen Staat durchsetzen konnte. Die, die einem Vernichtungskampf schon immer am härtesten widerstehen mußten, werden nun auch noch mit Mißachtung gestraft; ihre Existenz wird geleugnet.

Die 15 Millionen in der Türkei lebenden Kurden sind aller elementaren Rechte, z. B. der eigenen Kultur und Sprache, beraubt. Die türkische Regierung Özal zieht es vor, die Existenz dieses Volkes zu leugnen, zu bestreiten.

Gewalt erzeugt Gegengewalt; Terror erzeugt Gegenterror. Dies ist zu verurteilen, egal, ob er von einer Einzelperson oder von einem Staat ausgeht.

Dem Terror der Sondereinsatzkommandos, des türkischen Militärs und den sogenannten Rambos steht die kurdische Bevölkerung gegenüber, deren Mehrheit die PKK als Teil des Widerstandes gegen den täglichen Terror anerkennt und unterstützt. (D)

Das Widerstandsrecht zur Wahrung der eigenen Identität ist international anerkanntes Recht. Seit einem Jahr werden Unterdrückung und Repression gegen das kurdische Volk verschärft. Dorfbewohner wurden massakriert, zwangsumgesiedelt. Diese Vernichtungs- und Unterdrückungspolitik löste einen Massenwiderstand unter dem kurdischen Volk aus, der sich im Frühling des Jahres in ganz Kurdistan ausbreitete. Läden wurden geschlossen, Streiks und Demonstrationen überall durchgeführt, z. B. Hungerstreiks von Kutlu und Sargin. Sie waren gegen die Gesetzgebung gerichtet, die diese Notstandsmaßnahmen erst ermöglicht. Die Bundesregierung hat die Pflicht, hierzu Stellung zu nehmen, und ich möchte später auch erklären, warum.

Das, was von der Regierung Özal als terroristische Aktion einzelner Separatisten und Terroristen dargestellt wurde, ist ein Volksaufstand, den selbst die „FAZ“ „Intifada in Kurdistan“ nennt.

Beantwortet wurde diese Bewegung mit Notstandsgesetzen, massivster Einschränkung der Pressefreiheit und aller anderen grundlegenden Rechte. Es wird davon gesprochen, daß die Todesstrafe praktiziert werden soll — in einem Land, das sich demokratisch nennt. Am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, im letzten Jahr gab es bereits Tote durch militärische Übergriffe. Wir befürchten, daß auf Grund der Massierung von Sondereinheiten gerade in Kurdistan in diesen Tagen vor dem 1. Mai und damit das Recht, den Tag der Arbeit

Dann komme ich jetzt, meine Damen und Herren, zum Zusatztagesordnungspunkt 6:

Aktuelle Stunde

Haltung der Bundesregierung zu Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und Ausnahmezustand in den kurdischen Provinzen

Die Fraktion DIE GRÜNEN hat gemäß unserer Geschäftsordnung die vorgenannte Aktuelle Stunde verlangt.

Ich eröffne die Aussprache. Zunächst einmal hat die Abgeordnete Frau Beer das Wort.

16432

Deutscher Bundestag – 11. Wahlperiode – 208. Sitzung. Bonn, Freitag, den 27. April 1990

Frau Beer

- (A) zu begehen, mit massiven Übergriffen des türkischen Regimes zu rechnen ist.

Die Türkei zählt sich als NATO-Mitgliedsland, als Europaratsmitglied und EG-Anwärterin zu den demokratischen Staaten. Daß sich die angeblich demokratische Türkei immer noch darauf berufen kann, in einem demokratischen Völkerbund zu sein, ist für uns eine besondere gegenseitige Verpflichtung. Aus dieser Verantwortung heraus fordern wir die Bundesregierung auf, aktiv auf die Türkei einzuwirken, die Notstandserlasse rückgängig zu machen. Dies wird nur durch massiven Druck und nicht durch schlechende Diplomatie zu erreichen sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir fordern die sofortige Beendigung der Rüstungs-sonderhilfe für diesen NATO-Partner, die sofortige Einstellung der militärischen und polizeilichen Ausbildungen, ein Verbot türkischer Geheimdiensttätigkeiten in der BRD und wirtschaftliche Sanktionen.

Diese Schritte klingen massiv, aber sie haben ihre Begründung. Bundesdeutsche Ausbildung durch die GSG 9 für die Sondereinheiten, die im Moment die kurdische Bevölkerung terrorisieren, stellt die Verantwortung dar, die wir hier heute zu diskutieren haben. Diese Ausbildung durch militärische Sondereinheiten, die Lieferung von Leopard-Panzern, von MBB-Hubschraubern, die im Kampf gegen das kurdische Volk eingesetzt werden, sind Punkte, zu denen die Bundesregierung hier heute leider auch nicht Stellung nehmen wird, sie aber zu verantworten und sich dazu zu äußern hat.

(B)

Es geht nicht nur darum, daß irgendwelche Minderheiten als Terroristen dargestellt werden, sondern es geht auch darum, daß hier in der Bundesrepublik Menschen unter Verwendung der Argumentation eines Regimes wie dem der Türkei angeklagt werden, z. B. unter dem Verdacht der Mitgliedschaft einer angeblich terroristischen Vereinigung, der PKK, und gerade dadurch die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, die heute passieren, legitimiert und weitergeführt werden können.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Cronenberg: Das Wort hat der Abgeordnete Vogel (Ennepetal).

Vogel (Ennepetal) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die CDU/CSU-Fraktion gebe ich folgende Erklärung ab:

Die CDU/CSU sieht in dieser wieder von den GRÜNEN inszenierten Aktuellen Stunde kein geeignetes Mittel, ein zugegebenermaßen schwieriges und heikles innenpolitisches Problem der Türkei angemessen zu behandeln und ihm gerecht zu werden. Deshalb möchte ich nur einige wenige Anmerkungen machen und Ihnen gleichzeitig mitteilen, daß wir uns an dieser

Aktuellen Stunde nicht mit weiteren Redebeiträgen (C) beteiligen werden.

(Frau Teubner [GRÜNE]: NATO-Hilfe ist keine Innenpolitik! – Frau Nickels [GRÜNE]: Totschweigen!)

Auch wir kritisieren die Art und Weise, wie in der Türkei die berechtigten Anliegen des kurdischen Bevölkerungsteils behandelt werden. Wir werden das auch immer wieder gegenüber der Türkei zum Ausdruck bringen. Wir fordern die türkische Regierung zu einem sensibleren Umgang mit der Pressefreiheit auf.

Andererseits können und dürfen wir nicht übersehen, daß seit langer Zeit die innere Sicherheit in der Türkei durch organisierte radikale und separatistische kurdische Gruppen erheblich gefährdet ist und daß das für die Türkei eine große Herausforderung darstellt. Wir möchten klarstellen, daß separatistische Bestrebungen, die die territoriale Integrität der Türkei in Frage stellen, von uns in keiner Weise unterstützt werden und daß wir jeden Eindruck einer solchen Unterstützung vermeiden möchten.

Eine Bemerkung zum Schluß: Sie beklagen eine Eskalation in der südöstlichen Türkei.

(Frau Beer [GRÜNE]: An der die Bundesregierung Mitverantwortung trägt!)

Nach unserer Auffassung tragen Sie mit Ihrer Art und Weise, in der Sie dieses Thema behandeln, zu dieser Eskalation bei.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(D)

Vizepräsident Cronenberg: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Glotz.

Dr. Glotz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zwei Bemerkungen am Anfang. Die erste: Daß wir hier im kleinen Kreis versammelt sind, finde ich verständlich. Daß das Auswärtige Amt nicht vertreten ist, bringt mich zu der Anregung, weitere Staatsministerstellen zu schaffen; denn wenn jemand etwas konkret tun kann, dann ist es die Regierung. Die sollte dabei wenigstens zuhören.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Frau Teubner [GRÜNE]: Und sich dazu äußern!)

Zweite Bemerkung. Ich finde die Grundtendenz Ihrer Intervention, Frau Kollegin Beer, im Unterschied zu Herrn Vogel richtig. Ich zitiere ein paar Sätze von Günter Wallraff zur PKK:

Die PKK ist eine der entsetzlichsten Guerillatruppen, die es gibt. Sie basiert auf Individualterror und einer autoritären Führerpolitik. Als wir dort waren, haben z. B. Anhänger dieser Organisation einen Bus angehalten, diejenigen, die eine Krawatte trugen, erschossen und diejenigen, die keine trugen, am Leben gelassen. So schaukelt sich der Terror gegenseitig hoch.

Das sollte man auch deutlich machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Glotz

- (A) Ich füge hinzu: Das, worüber wir hier reden, ist kein Spezialproblem im Südosten der Türkei, sondern meiner Meinung nach ein zentrales Problem der Außenpolitik der 90er Jahre, nämlich wiederaufbrechender Nationalismus,

(Duve [SPD]: Sehr wahr!)

das Hochschaukeln von Gewalt von der einen auf die andere Seite und die Unfähigkeit der nationalstaatlichen Ideologie, mit diesem Problem fertigzuwerden.

(Stahl [Kempen] [SPD]: Sehr gut!)

Meine erste Feststellung ist: Das, was mit den kurdischen Minderheiten in der Türkei, aber zum Teil ja auch im Iran und im Irak, passiert, ist strukturell vergleichbar mit vielen anderen Konflikten, beispielsweise mit Konflikten im Kosovo oder in Siebenbürgen oder auch in den baltischen Staaten oder mit dem, was im Süden Bulgariens stattfindet.

Wenn die Nationalstaaten ihre nationale Minderheitenpolitik nicht so ausrichten, daß wirklich kulturelle und politische Autonomie gegeben wird, dann wird es Mord und Totschlag an allen Ecken und Enden Europas geben. Das ist es, was wir verhindern müssen, meine Damen und Herren.

Zweite Feststellung: Die Kurden haben nie in einem eigenen Staat zusammengelebt. Ich glaube auch nicht, daß irgend jemand erreichen kann, daß sie in Zukunft in einem eigenen Staat zusammenleben. Da wir über diese Verhältnisse im Südosten der Türkei sprechen: Im osmanischen Reich ist das Problem in einem Nationalitätenstaat früher besser geregelt gewesen als im Nationalstaat seit Atatürk und seit Anfang der 20er Jahre.

- (B) Ich füge hinzu, ganz praktisch, und da stimme ich der Kollegin Beer zu: Daß die ihre eigene Sprache nicht sprechen dürfen, daß beispielsweise in einer Schule der Lehrer, wenn er die kurdische Sprache benutzt, um sich mit kurdischen Kindern überhaupt verständigen zu können, Gefahr läuft, im Gefängnis zu landen und gefoltert zu werden, ist unerträglich, und das können wir nicht hinnehmen, auch wenn es ein NATO-Partner ist. Dagegen müssen wir uns in der Tat wenden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine dritte und letzte Feststellung lautet: Es könnte leicht sein, daß sich eine türkische Intifada bildet. Die PKK hatte viele Jahre keineswegs die Unterstützung der kurdischen Bevölkerung. Diese Unterstützung wächst jedenfalls, so bedauerlich wir das finden mögen.

Wir mißbilligen die Methoden der PKK. Gleichzeitig mißbilligen wir die Minderheitenpolitik der Türkei. Damit das nicht bloß eine moralische Feststellung bleibt, füge ich hinzu: Wer Vollmitglied der Europäischen Gemeinschaft werden will, muß seine Minderheiten anders behandeln, als die Türkei sie derzeit behandelt.

(Beifall bei der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Das muß man so deutlich sagen.

Lassen Sie mich am Schluß sagen: Europa darf nicht bloß eine Wirtschaftsgemeinschaft sein. Es muß eine Gemeinschaft von Völkern sein, in der es selbstverständlich ist, daß sprachliche, kulturelle, wirtschaftliche und politische Rechte von Völkern respektiert werden. Die Kurden werden vielleicht keinen eigenen Staat bekommen. Aber sie sind selbstverständlich ein eigenes Volk. Das gilt für die Ungarn in Siebenbürgen, das gilt für die Albaner im Kosovo, und das Prinzip gilt genauso für die Kurden, ob in der Türkei oder im Iran, im Irak oder in Armenien.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Cronenberg: Meine Damen und Herren, der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Herr Schäfer, hat mich gebeten, dem Hause mitzuteilen, daß er sich bei mir entschuldigt hat. Bedingt durch die Verlängerung der Debatte um die Vereinigung Deutschlands kann er nicht an der Sitzung teilnehmen, weil er einen anderen, unaufschiebbaren Termin hat.

(Jahn [Marburg] [SPD]: Es gibt doch noch andere in diesem Hause!)

– Herr Abgeordneter, ich habe die mir vorgetragene Entschuldigung weitergegeben.

Ich bitte nun den Abgeordneten Hirsch, das Wort zu ergreifen.

Dr. Hirsch (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Glotz – der Präsident hat das eben schon zu einem Teil gesagt –, Herr Staatsminister Schäfer – das war mein Versäumnis – hat mich gebeten, ihn bei den Fraktionen zu entschuldigen und ein Einverständnis dazu herbeizuführen. Ich habe Sie leider nicht angesprochen. Er mußte zur Einweihung der syrischen Botschaft. Ich habe hier das Manuskript der Rede, die er gehalten hätte. Ich stelle es Ihnen und jedem Mitglied des Hauses, das es haben will, gern zur Verfügung. Das Auswärtige Amt ist auf Beamtenebene vertreten. Ich bitte, das zu verstehen, da in der Tat diese Verschiebung durch die Verlängerung der Tagesordnung, nicht vorauszusehen war.

Wir begrüßen jede Unterstützung menschenrechtlichen Engagements, und ich sehe diese Debatte oder diese Aktuelle Stunde als einen Teil von Bemühungen, den Einsatz der Bundesregierung für Menschenrechte überall in der Welt zu unterstützen. Zu Goethes Zeiten hat es einmal geheißen: Wenn hinten fern in der Türkei die Völker aufeinander schlagen . . . Das war ein Synonym dafür, daß das etwas ist, was uns nichts angeht. Ich glaube, da hat sich unser Weltbild verändert. Menschenrechtsverletzungen gehen uns überall an, wo sie stattfinden, und es ist hier von verschiedener Seite ja in beredter Weise dargestellt worden, wie die Verhältnisse in der Türkei sind, einem Land, für das wir auch sonst eine nicht unwesentliche Verantwortung haben, nicht nur wegen der vielen menschlichen Verbindungen, die zur Türkei bestehen, sondern weil die Türkei in vieler Hinsicht für uns auch ein wichtiger Partner ist und weil die Art, wie wir uns der Türkei gegenüber einstellen, für die Zukunft dieses Landes von großer Bedeutung ist, das sich an einem Scheideweg zwischen einem modernen demo-

(C)

(D)

16434

Deutscher Bundestag - 11. Wahlperiode - 208. Sitzung, Bonn, Freitag, den 27. April 1990

Dr. Hirsch

(A) kratischen Staat auf der einen Seite und Tendenzen fundamentalistischer oder anderer Art auf der anderen Seite befindet.

Nun muß man aber sehen, daß bei aller berechtigten Kritik an der Art, wie die türkische Regierung Minderheiten in ihrem Land gegenübertritt, die Tätigkeit der PKK die Verhältnisse außerordentlich verschärft hat. Wenn man sich die Zahlen ansieht, muß man feststellen, daß im Laufe der letzten zwei Jahre über 1 000 Menschen bei bewaffneten Auseinandersetzungen ums Leben gekommen sind, Soldaten, unbeteiligte Zivilisten und natürlich auch Mitglieder der PKK. Über 1 000 Menschen!

Ich frage mich manchmal bei aller Kritik, die man von hier aus üben kann, wie wir uns eigentlich verhalten würden, in welche politische Situation wir in der Bundesrepublik geraten würden, wenn sich terroristische Aktivitäten in einem solchen Umfang in der Bundesrepublik abspielen würden. Darum muß man bei dem, was man tun will, darauf achten, daß man der Türkei auch Bewegungsmöglichkeit gibt. Wer am Pranger steht, kann sich nicht bewegen.

Wir haben im Deutschen Bundestag vier Aktuelle Stunden diesem Thema gewidmet, wir haben in der letzten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses über eine Stunde über dieses Thema geredet,

(Vogel [Ennepetal] [CDU/CSU]: Unterausschuß)

(B) wir haben im Unterausschuß „Menschenrechte und humanitäre Hilfe“ über dieses Thema gesprochen. Es wird in Kürze eine Plenardebatte zu vorliegenden Anträgen in diesem Hause stattfinden. Ich glaube, wir tun gut daran, dieses schwierige Thema nicht in der Art einer Aktuellen Stunde abzuhandeln, sondern darauf Wert zu legen, in einer Sachdebatte in aller Ruhe das differenzierte Bild, aber auch die Möglichkeiten und den bisherigen Einsatz der Bundesregierung gerade um das Schicksal kurdischer Flüchtlinge aus dem Irak, wo die Bundesrepublik eines der wenigen europäischen Länder ist, die sich dort finanziell massiv beteiligt hat, um das Schicksal dieser Menschen zu verbessern, darzustellen und an die Türkei in einer Weise zu appellieren, zu einer vernünftigen Menschenrechtspolitik zu kommen, die eine Chance auf Aussicht bietet. Das ist der Grund, warum wir uns so wie die CDU/CSU-Fraktion an dieser Debatte mit keinem weiteren Redner beteiligen werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Cronenberg: Das Wort hat die Abgeordnete Luuk.

Frau Luuk (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich meine, daß es aber doch angeraten ist, auf die besonders schwierige Situation der Flüchtlinge, der Kurden, die aus dem Irak in die Türkei geflohen sind, hinzuweisen, weil ihre Situation durch die Verschärfung der Lage in dem Südostteil des Landes beeinflusst wird. Auch wenn bei einem Besuch, den der Abgeordnete Hirsch und ich in der letzten Woche durchgeführt haben, die Verbindung geleugnet wurde, die zwischen den Vorfällen in diesem Teil der Türkei und den Menschen in den Lagern bestehen

(C) soll, so kann man sagen, daß die Lage dieser Menschen negativ beeinflusst wird.

Ich meine auch, daß man einen Punkt, der von allen Rednern angesprochen worden ist, der Verlust der kulturellen Identität, des Rechts, sich in der eigenen Sprache überhaupt äußern zu können, wie es auch Herr Glotz hier gesagt hat, besonders hervorheben sollte. So können z. B. die Kinder in diesen Flüchtlingslagern keinen Schulunterricht erfahren, nicht einmal dann, wenn er selbst organisiert und selbst auf den Weg gebracht wird. Er wird verboten. Das heißt, die Flüchtlingskinder, die sich seit zwei Jahren in diesen Lagern aufhalten, in denen 30 000 Flüchtlinge zusammengebracht sind, haben keine Möglichkeit, überhaupt eine Ausbildung oder eine Ansprache zu erfahren – und das deswegen, weil man sich in dieser Sprache nicht äußern darf.

Es gibt für diese Flüchtlinge nicht die Möglichkeit, sich als de facto vorhanden registrieren zu lassen. Es wäre doch aber wichtig, daß man eine Liste der Namen derer, die sich in diesen Lagern befinden, hätte, damit sie überhaupt einen gewissen Schutz haben.

Die Möglichkeit, das Lager zu verlassen, ist auch aufgehoben worden. Statt dessen müssen die Flüchtlinge eng an eng auf der Größe eines Fußballfeldes in Zelten untergebracht den ganzen Tag und die Nacht verbringen. Die Flüchtlinge sind also nicht mehr in der Lage, das Lager zu verlassen, oder wenn, dürfen sie sich nur in Diyarbakir und sehr eingeschränkt bewegen.

(D) Ich muß sagen, daß es kritikwürdig ist und hier auch angemerkt werden muß, daß die Bundesrepublik, die sich an den humanitären Hilfsleistungen für diese Flüchtlinge beteiligt hat, nicht in der Lage war, zu erreichen, daß Mitglieder des Bundestages, die extra dort hingefahren waren, hineingehen konnten. Wir konnten um diese Lager herumschleichen und haben es auch geschafft, mit Vertretern aus diesen Flüchtlingslagern zu sprechen. Aber es war uns wegen der schwierigen Sicherheitslage nicht möglich, in diese Lager hineinzugehen. Ich meine schon, daß man das hier kritisieren und anmerken muß.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aus eigener Anschauung kann ich auch sagen, daß die Präsenz des Militärs und die Präsenz von Sicherheitskräften in diesem Teil des Landes fühlbar ist. Das trägt sicher nicht dazu bei, daß es die Versöhnung einer Minderheit mit der türkischen Republik geben kann. Ich meine, daß sich diese besonders schwierige Situation im Ostteil des Landes sehr erschwerend auf das Leben der Flüchtlinge, das ohne jede Perspektive ist, auswirkt. Es ist nur darauf hinzuweisen, daß 400 Dörfer evakuiert wurden, daß sehr viele Menschen, Kurden zumal, aus diesem Teil des Landes umgesiedelt wurden, daß ein 30 km breiter Streifen diesseits und jenseits der Grenze sowohl im Irak als auch auf der türkischen Seite völlig geräumt worden ist, daß die Menschen ihre Dörfer verlassen mußten, daß sie ihr Vieh, ihre Felder nicht mehr versorgen können.

Ich denke, daß dieser Ausnahmezustand zumindest Erwähnung finden muß, daß wir uns damit auseinandersetzen müssen. Ich erwähne noch einmal, daß von

Frau Luuk

(A) diesen fürchterlichen Maßnahmen ganz besonders die Flüchtlinge in diesem Lager betroffen sind, denen es jetzt noch schlechter geht. Das kann nicht so weitergehen. Wir sind aufgerufen, uns aus humanitären, aus menschenrechtlichen Gründen darum zu kümmern. Ich denke, daß wir das auch in den Beratungen der nächsten Zeit unbedingt tun müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Cronenberg: Das Wort hat die Abgeordnete Beer.

Frau Beer (GRÜNE): Wer angesichts der aktuellen Lage in der Türkei von Einmischung in innere Angelegenheiten spricht, versucht, sich vor der eigenen Verantwortung zu drücken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Notstandsgesetze sind die Instrumente der Regierenden und Instrumente der Unterdrückenden. Das ist schon immer so gewesen. Das wird auch in der Türkei deutlich.

Ich gebe Ihnen durchaus recht, Herr Glotz. Aber Sie müssen auch dazusagen, daß die Pressefreiheit gerade deswegen auch gegenüber bürgerlichen Zeitungen eingeschränkt worden ist, weil diese Zeitungen berichtet haben, daß angebliche Mordanschläge nicht von der PKK, sondern von türkischen Militärs verübt worden sind. Das war der eigentliche Anlaß dafür.

(B) Ich möchte noch einmal sagen: Die türkische Regierung kann ihre Menschenrechtsverletzungen, die Unterdrückung oder auch gar die Vernichtung von Minderheiten so lange ungestört fortsetzen, wie die westeuropäischen Länder ihre Kritik auf einige Demar-

chen beschränken. Hier wird der Konsens der Demokraten zur Beihilfe zum Mord.

(Beifall der Abg. Frau Nickels [GRÜNE])

Schweigen wird zur Mittäterschaft.

Eine demokratische Regierung läßt der offenen Androhung türkischer Militärs, C-Waffen gegen den Aufstand oder den Unwillen des kurdischen Volkes einzusetzen, keine offizielle Verurteilung folgen. Wir haben es im Irak schon erlebt, daß die kurdische Bevölkerung vergast worden ist, übrigens unter Beihilfe deutscher Firmen zur Herstellung dieses Giftgases. Diese Verantwortung muß hier eigentlich das Thema sein. Denn was wollen Sie hinterher sagen? Diese Frage richte ich gerade auch an Herrn Hirsch.

Wer hofft, daß diese Menschenrechtsverletzungen und die Vernichtung lautlos geschehen, muß sich vorwerfen lassen, daß militärisch-strategische und wirtschaftliche Interessen über die Wahrung der Menschenrechte gestellt werden. Das war für uns der Anlaß, diese notwendige Aktuelle Stunde zu beantragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Cronenberg: Meine Damen und Herren, damit sind wir am Schluß unserer Tagesordnung.

Ich wünsche Ihnen ein erholsames Wochenende.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 9. Mai 1990, 13 Uhr ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 14.02 Uhr)

Im folgenden drucken wir die Rede, die der Vertreter der Bundesregierung, Staatsminister Schäfer, eigentlich halten wollte und von der er angeblich durch einen nicht aufschiebbaren Termin zur Einweihung der syrischen Botschaft abgehalten wurde. Böswillig wie wir nun einmal sind, vermuten wir, daß dieses Fernbleiben von der Debatte geplant war als ein Signal an die Türkei. Aber selbst der Inhalt der Rede für sich allein muß gewertet werden als Botschaft an die Türkei: Ihr könnt tun, was Ihr wollt, wir werden schweigen.

PERIKOPIE

| | | |
|----------|----|--------|
| LEISTUNG | IN | SPRICH |
|----------|----|--------|

Absender: Auswärtiges Amt Bonn, Büro StM Schäfer

Datum: 27.04.1990

Az.: _____

Betr.: Aktuelle Stunde zu Türkei am 27.04.1990

Bezug: Anruf MdB Beer im BStM Schäfer am 27.04.1990

Meine Damen und Herren,

die Kurdenfrage ist ein Problem, das sich nicht nur in der Türkei stellt. Es ist ein Problem, das tiefe historische Wurzeln hat und es wird in Zukunft nicht die einzige Minderheitenfrage sein, mit der wir uns in der näheren und weiteren Region befassen müssen.

Ich informiere gern über die neueste Entwicklung:

- Die Situation in der Südosttürkei hat sich in den letzten Monaten bedauerlicherweise verschärft.
- Die Auseinandersetzung mit separatistischen Gruppen hat in den letzten Monaten insgesamt über 130 Tote gefordert. Hierzu gehören auch Opfer in der Zivilbevölkerung, die teils auf Übergriffe der Sicherheitskräfte, teils auf Vergeltungsaktionen der kurdischen Arbeiterpartei, der PKK, zurückgehen.

Auf verstärkte Angriffe von Kommandos der PKK reagierte die türkische Regierung am 9. April mit einer Verschärfung des Ausnahmezustandes in den betroffenen vier Provinzen. Hierdurch werden im wesentlichen die Möglichkeiten der Presseberichterstattung über die Probleme der Region eingeschränkt und die Vorschriften über die interne Exillierung unliebsamer Personen aus dem Krisengebiet verschärft.

Rechtsmittel gegen diese Maßnahmen sind nicht gegeben. Besonders die Beschränkung der Pressefreiheit ist in der Praxis bereits deutlich fühlbar geworden.

Der Konflikt selbst in dieser Region ist kein neues Phänomen. Allein in den letzten zweieinhalb Jahren sind 236 türkische Soldaten oder Polizisten den PKK-Anschlägen zum Opfer gefallen und 427 Terroristen getötet worden.

Auch die unbeteiligte Zivilbevölkerung gerät zunehmend zwischen die Fronten. Im gleichen Zeitraum waren hier 417 Tote zu beklagen.

Etwa zwei Drittel der insgesamt 15 Millionen Kurden leben heute in der Türkei. Die Lebensbedingungen der kurdischen Türken werden mitbestimmt von dem wirtschaftlichen und sozialen West-Ost-Gefälle in der Türkei. Die türkische Regierung unternimmt allerdings erhebliche Anstrengungen, dies zu ändern.

Alle türkischen Regierungen seit Gründung der Republik, gleichgültig von welcher Partei sie geführt wurden, sehen andererseits im kurdischen Nationalismus und Separatismus eine Gefahr für die territoriale Integrität der Türkei. Akte des politischen Terrorismus bestärken die türkische Regierung in dieser Sicht.

Zwischen den im türkischen Parlament vertretenen Parteien gibt es in der Kurdenfrage ebenfalls einen weitgehenden Konsens. Es erscheint mir notwendig, daß deshalb auch die Kontakte zwischen den Fraktionen des Deutschen Bundestages und den Ihnen nahestehenden Parteien verstärkt werden.

Selbstverständlich treten wir für die Rechte der Kurden im Rahmen der von uns immer wieder engagiert begleiteten Weiterentwicklung der politischen und sozialen Verhältnisse in der Türkei ein. Andererseits verstehen wir türkische Sorgen vor Bestrebungen, die sich gegen die Integrität des türkischen Staates richten.

Die Bundesregierung hat ihre Auffassung zum Kurdenproblem unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten immer wieder deutlich zum Ausdruck gebracht. Seit 1983 hat die Türkei eine demokratisch gewählte Regierung. Die Bedeutung der Militärjustiz ist in den letzten Jahren zurückgedrängt worden. 1987 wurde mit Referendumsentscheid das politische Betätigungsverbot für frühere Politiker aufgehoben. Die Todesstrafe wird, wiewohl sie noch besteht, seit 1984 nicht mehr vollstreckt. Wir begrüßen die von der Türkei selbst vollzogene weitere Einbeziehung in das internationale Menschenrechtsvertragssystem. Als jüngstes Beispiel hierfür möchte ich nur die Anerkennung der Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte nach Artikel 46 der Europäischen Menschenrechtskonvention erwähnen, die die Türkei im Januar dieses Jahres vollzogen hat.

Daß es gerade im humanitären Bereich trotzdem noch bedeutsame Defizite vor allem im Straf- und Strafverfahrensrecht gibt, ist hier mehrfach diskutiert worden.

Wir haben in unseren Gesprächen mit der türkischen Regierung immer wieder darauf gedrängt, daß die Menschenrechtssituation in der Türkei weiter verbessert werden muß. Wir verfolgen auch, wie Kultur, Sprache, Religion und Traditionen der Minderheiten in der Türkei gewahrt werden. Auch künftig werden wir gegenüber unseren türkischen Partnern den Standpunkt vertreten, daß ihre von uns voll anerkannte Zugehörigkeit zum westlichen Staatensystem weitere Fortschritte im humanitären Bereich bedingt. Im engeren Zusammenhang mit dem Antrag der Türkei auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften hat dies die Europäische Kommission in ihrer Stellungnahme zu diesem Antrag ebenfalls getan.

Ziel der Politik der Bundesregierung kann es aber nicht sein, die Türkei zu

weiter voranzuschreiten. Dabei soll es auf unserer Seite bei dem offenen und kritischen Meinungsaustausch bleiben, der vor kontroversen Themen nicht halt macht, wie dies unter Freunden üblich und angebracht ist.

isolieren und damit letztlich aus Europa herauszudrängen. Unsere Aufgabe ist es vielmehr, positive Entwicklungen zu unterstützen und die türkische Regierung durch konstruktive Kritik zu ermutigen, auf dem Weg der Weiterentwicklung ihrer demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung

2000'e Dogru, 4.3.90 /Tiday

Vorschläge zur Lösung des Kurdischen Problems

(Tunca Arslan, der verantwortliche Redakteur der Zeitschrift, wurde wegen dieser Vorschläge verhaftet.

Man beachte in diesem Zusammenhang auch das Öcalan-Interview in der Hurriyet vom 1.4.90, das eine Annäherung der PKK an diesen Vorschlag bedeutete. Das Interview ist auszugsweise abgedruckt in KA 13.)

1. Das kurdische Volk besitzt uneingeschränkt und bedingungslos das Recht auf Selbstbestimmung; wenn es möchte, so kann es einen getrennten Staat errichten. Es liegt im Interesse der Werktätigen, durch eine demokratische Volksrevolution auf der Grundlage einer vollen Gleichberechtigung und Freiheit eine freiwillige Einheit zu verwirklichen. Das Recht auf die Trennung ist immer eine unverzichtbare Bedingung einer freiwilligen Einheit.

2. Gemeinsames oder getrenntes Leben ist mit der Willensfreiheit der Völker verbunden. Damit diese Willensfreiheit artikuliert werden kann, sollte in den kurdischen Provinzen ein Referendum durchgeführt werden. Vor diesem Referendum sollten auch diejenigen, die für die Trennung eintreten, die Möglichkeit einer freien Propaganda erhalten.

3. Unter den heutigen historischen Bedingungen lautet die im Interesse der Werktätigen beider Völker liegende Lösung: Eine föderale, demokratische Republik mit zwei gleichberechtigten Bundesstaaten. In dieser Föderation wird die Macht durch die Volksversammlungen ausgeübt, die in Dörfern, in Stadtteilen, in Städten und Provinzen, auf bundesstaatlicher und bundesweiter Ebene durch demokratische Wahlen ermittelt werden. Die Führungsorgane in den Städten und Provinzen sowie die Landesregierungen und die Bundesregierung sind die Exekutivorgane der Volksversammlungen und diesen gegenüber rechenschaftspflichtig.

4. Die Bundesvolksversammlung wird durch bundesweite Wahlen ermittelt, wobei auf eine bestimmte Anzahl von Bürgern ein Abgeordnetensitz festgelegt ist.

Die Völkerversammlung setzt sich aus anteilig gleich vielen Mitgliedern aus jedem Bundesstaat zusammen.

Die Gesetze werden bei einem Mehrheitsvotum in beiden Versammlungen verabschiedet.

Ein Gesetz, das in einem der beiden Versammlungen abgelehnt wird, tritt nicht in

Kraft.

Das Arbeitsrecht, das Strafrecht, das Zivilrecht sowie die Prozeßordnungen haben für das gesamte Bundesgebiet Gültigkeit und werden von Bundesorganen verabschiedet.

5. In beiden Bundesstaaten wird in den Städten und Provinzen, wo die nationalen Minderheiten die Mehrheit der Einwohner darstellen, eine regionale Autonomie praktiziert, falls dies von der betreffenden Bevölkerung gewünscht wird.

6. Die Bundesverfassung ist die gemeinsame Verfassung beider Völker. Sie tritt nach einem Referendum und der Zustimmung der Mehrheiten beider Völker in Kraft. Jeder Bundesstaat hat daneben seine eigene Landesverfassung. Die Bundesverfassung erfaßt, indem sie von den Bundesstaaten übernommen wird, zunehmend weitere Elemente.

7. Die Flagge und die Hymne der föderalen Republik ist die gemeinsame Flagge und Hymne der Türken und Kurden. Jeder Bundesstaat besitzt außerdem eine eigene Flagge und Hymne. Der Name der Föderation darf sich nicht auf ein einzelnes Volk beziehen.

8. Die Landesverteidigung, Kriegs- und Friedensfragen, Vertretung in internationalen Beziehungen sowie Abschluß von international gültigen Verträgen obliegen dem Befugnisbereich der Bundesorgane.

9. Jeder Bundesstaat kann mit ausländischen Staaten direkte wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen aufnehmen und eigene Auslandsvertretungen einrichten.

10. Auf jeder Führungsebene liegt die Macht gänzlich in den Händen der Volksversammlungen und der diesen gegenüber rechenschaftspflichtigen regionalen Führungsorgane. Organe außerhalb dieses Führungssystems stellen zugleich die nationale Gleichberechtigung und Freiheit der Völker sicher. Die regionalen Sicherheitsorganisationen unterliegen dem Befehl der regionalen Führungsorgane, die ihrerseits den regionalen Versammlungen gegenüber rechenschaftspflichtig sind. Die Sicherheitsorganisationen in den Dörfern werden von den Jugendlichen der Dörfer gebildet und unterliegen dem Befehl der Dorfversammlungen.

11. Das Großgrundbesitzertum, die Stammesführerschaft und jegliche Formen von mittelalterlichen Beziehungen, die nicht nur der nationalen und gesellschaftlichen Entwicklung, sondern auch einem brüderlichen Zusammenleben im Wege stehen, werden durch eine Bodenreform beseitigt, die sich auf die Mobilisierung der Bauern stützt und von den Bauernkomitees geleitet wird.

Die föderale Republik erhöht den Investitionsanteil der wirtschaftlich zurückgeblie-

benen Regionen, um die durch den marktwirtschaftlichen Mechanismus verschärfte Ungleichheit zwischen den Regionen zu beseitigen. Damit wird die ökonomische Grundlage für die Einheit verstärkt und fortentwickelt.

12. Die Rechte und Freiheiten eines jeden Volkes, jeder nationalen und religiösen Minderheit die eigene Sprache und Kultur zu pflegen, sich politisch zu betätigen und zu organisieren, stehen unter Schutz.

13. Die offiziellen Sprachen sind türkisch und kurdisch. In jedem Bundesstaat ist die Hauptsprache jeweils die eigene Sprache des Bundesstaats. Die Beschlüsse der Bundesorgane werden zweisprachig abgefaßt. Von der Grundschule bis zur Universität werden in allen Bildungsinstitutionen und kulturellen Einrichtungen zweisprachige Kommunikationsmöglichkeiten in Bildung, Forschung, Presse, Verlag, Rundfunk, Fernsehen u.a. verwirklicht.

14. Durch die Beendigung der bis heute praktizierten Unterdrückung wird die demokratische Kultur des kurdischen Volkes freie Entfaltungsmöglichkeiten erlangen. Die Machtorgane werden auf eine freie Entwicklung des demokratischen Kulturaustausches mit den in anderen Ländern lebenden Türken und Kurden sowie auf die Entwicklung einer gemeinsamen internationalen Kultur mit anderen Völkern der Erde in einer vielfarbigen und pluralistischen Atmosphäre hinarbeiten.

15. Alle Machtorgane setzen sich für die Verbreitung einer internationalistischen Werktätigen-Kultur ein, die innerhalb des Volkes friedlich, menschenachtend und gewaltverabscheuend ist; sie setzen sich auch für die Beseitigung der gesamten Grundlage der alten Kultur ein, die im Gesellschaftsleben und zwischen den Völkern die Probleme mit Hilfe von Gewalt löst und die Gewalt heiligspricht.

Gegen die fanatische Kultur, die die Geschichte dieses Stückes Erde, auf dem wir leben, mit der Schlacht von Malazgirt (1071) beginnen läßt, und gegen jede Art Nationalismus wird eine demokratische, humane, universale und internationalistische Kultur entwickelt, die unsere durch eine Vielzahl von Völkern in der Geschichte bereicherte Kulturquellen sucht, schützt und von diesen Quellen gespeist wird. Die Änderung von Ortsnamen, die den universalen Kulturreichtum unseres Landes widerspiegeln, wird beendet, jeder Ort erhält seinen bekannten und eingebürgerten Namen.

Adressen für Protestschreiben:

Ministerpräsident Yildirim Akbulut
Bakanliklar - Ankara / Türkei

Justizminister Oltan Sungurlu
Bakanliklar - Ankara / Türkei

Devlet Güvenlik Mahkemesi
Istanbul / Türkei
(für Besikci und Arslan)

Adressen für Solidaritätsschreiben:

Ismail Besikci
Sagmalcilar cezaevi, C Blok 4. Kogus
Istanbul / Türkei
(Ismail Besikci wurde am 12. März 90 erneut wegen "separatistischer und prokurdischer Propaganda" verhaftet. Anlaß: sein neuestes Buch "Internationale Kolonie Kurdistan",

Müslüm Yildirim
Belediye Baskani, Nusaybin-Mardin / Türkei
(Müslüm Yildirim war bis zu seiner kürzlichen Amtsenthebung Bürgermeister von Nusaybin. Ob er inzwischen schon in Haft ist, ist unbekannt.

Yalcin Küçük
Ortadogu Sitesi 3 Cad. nr. 25
Karakusumlar Köyü-Ankara / Türkei
(Yalcin Küçük, ein bekannter Wissenschaftler und Schriftsteller, wurde vor kurzem vom Staatssicherheitsgericht in Malatya wegen "separatistischer Propaganda" zu 4 Jahren und 2 Monaten Haft verurteilt. Er hatte für die Kurden das Recht verlangt, ihre Muttersprache sprechen zu dürfen. Vier weitere Anklagen aus ähnlichen Gründen stehen noch zur Verhandlung an.

Tunca Arslan c/o 2000'e Dogru,
Basmausahip Sok. Nr. 16
Talas Han Kat. 4 Cagaloglu / Istanbul
(Arslan ist Verantwortlicher für 2000'e Dogru und wurde Mitte März verhaftet wegen des obigen Artikels.)

Bericht einer Reise von GRÜNEN in die Türkei vom 31.3. bis 10.4.1990

Von Lotte Incesu, Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Fraktion DIE GRÜNEN

Gespräch mit Mehmet Ali Eren:

... Ich sprach Mehmet Ali Eren an auf die geplante Gründung einer neuen Partei/Bewegung, die von den ausgeschlossenen bzw. ausgetretenen

kurdischen Abgeordneten der SHP und anderen Fraktionen ins Leben gerufen werden soll.

Der Stand sei der, daß es zur Zeit 18 fraktionslose kurdische Abgeordnete im türkischen Parlament gebe. Für den Fraktionsstatus seien 20 Abgeordnete erforderlich. M.A.Eren ist zuversichtlich, daß sich die Zahl noch auf 20 erhöhen wird.

Ziel der neuen Partei soll es sein, in der Türkei eine demokratische 'kurdische Lösung zu erreichen, die Menschenrechte zu verwirklichen und den demokratischen Kampf zu führen. Der in der kürzlich verbotenen Ausgabe von 2000'e Dogru erschienene Vorschlag für eine demokratische kurdische Lösung (in diesem Heft) gehe auf seine Vorstellungen zurück. ...

Kurz nach diesem Gespräch beschloß am 3.4.90 die parteiübergreifende Nationale Front, die sich gegen die kurdische Bewegung gebildet hat, die Aufhebung der Immunität folgender kurdischer Abgeordneter: Mehmet Ali Eren, Tefvik Kocak, Ibrahim Aksoy, Adnan Ekmen, Turgut Atalay, Salih Sümer. ...

Der Beschluß zur Aufhebung der Immunität der genannten kurdischen Abgeordneten muß zwar noch vom Parlament bekräftigt werden, aber nachdem sich die Parteien abgesprochen haben, dürfte dies nur noch eine Frage von Tagen sein.

Praktisch bedeutet dies, daß die betreffenden Abgeordneten wegen ihrer öffentlichen Äußerungen zur Kurdenfrage mit Verhaftungen und Strafverfahren zu rechnen haben.

Es sind jetzt dringend aus Europa Solidaritätsbekundungen notwendig.

Bericht von einer Veranstaltung mit Journalisten vom Menschenrechtsverein Istanbul:

Cengiz U. erzählte: ... Früher habe es viele verschiedene Vorwürfe gegenüber der kurdischen Bevölkerung gegeben. Jetzt konzentriere sich alles nur noch auf den einen Vorwurf: Unterstützung der PKK. Das ganze Volk werde als PKK-Potential angesehen.

Auch Journalisten seien von den Maßnahmen des türkischen Staates betroffen. So hätten sich in Cizre 2 Journalisten auf der Terrasse eines großen Gebäudes befunden. Da habe eine Sondereinheit auf sie das Feuer eröffnet. Die Journalisten hätten sich zu Boden geworfen, einer habe sich dabei verletzt. Als die Sondereinheit sich dann genähert habe, habe sie den Journalisten gesagt: "Wir sind hierher gekommen, um zu schießen, wie schade, daß ihr Journalisten seid."

Ali B. berichtete, daß jetzt bei allen Demonstrationen im Osten anders als früher große Massen zu finden seien. Man müsse dort gelebt haben, um die Situation zu begreifen. Das Volk habe jetzt eine positive Perspektive. ...

Ragip D. erklärte die jetzige Entwicklung anhand von 3 Bildern:

1. Für einen Teil stelle sich die neue Situation im Osten als positiv, für einen anderen als negativ dar. Die Meinungsunterschiede seien extrem. Die Beurteilung hänge von der Perspektive ab.

Als er am 1. Mai (1989 ?) in den Osten gegangen sei, habe er die Menschen als schwach, arm und ängstlich erlebt. Als sie jetzt jedoch da waren, hätten sie festgestellt, daß die einfachen Bauern ein Selbstbewußtsein entwickelt hätten wie das eines städtischen Arbeiters, der Mitglied einer linken Gewerkschaft sei.

Er habe in Cizre mit Händlern zusammengestanden und gesprochen. Normalerweise trete die Sondereinheit immer sehr frech auf. Dieses Mal aber hätten sie sie relativ höflich aufgefordert: "bitte gehen Sie, meine Herren." Dies zeige, daß das gestiegene Selbstbewußtsein der Bauern Wirkung gezeigt habe.

Ein 2. Bild:

Er habe gegenüber den Bauern nicht den Namen seiner Presseagentur erwähnt, damit er, da er zur ausländischen Presse gehöre, keine Schwierigkeiten mit den Sicherheitskräften bekomme. ... Als er einem jugendlichen Kurden seinen Namen genannt und erzählt habe, daß er (auch) für die BBC Sendungen mache, habe dieser Jugendliche eine Kassette mit einer BBC-Sendung von ihm aus der Tasche gezogen. Die jungen Leute verfolgten die Nachrichten sehr sorgfältig.

...

Hintergrundgespräch mit Journalisten, 9.4.90:

... In Kurdistan herrsche derzeit eine Unterdrückung, wie sie in der Geschichte noch nicht vorgekommen sei. Alle Arten von Druck würden auf das kurdische Volk ausgeübt. Den in von den Türken besetzten Teil Kurdistans lebenden 15 Millionen Kurden habe die türkische Regierung den Kampf angesagt.

Gängige Meinung in der Türkei und Europa sei es, daß der Militärputsch vom 12.9.80 im Lande Ruhe und Ordnung wiederhergestellt und dazu beigetragen habe, für die Durch-

setzung der IWF-Beschlüsse in Bezug auf die Türkei zu sorgen.

Die Folgen des Militärputsches sehe man jetzt deutlich. In den Memoiren der Generäle, die jetzt gerade herauskämen, könne man nachlesen, daß der wahre Grund für den Putsch gewesen sei, die kurdische Freiheitsbewegung zu stoppen. Es kristallisiere sich immer mehr heraus, daß in der Türkei inzwischen die Linken in Frieden gelassen und sich stattdessen auf die Bekämpfung der Kurden konzentriert werde. In der Türkei gäbe es inzwischen 70 linke Presseorgane. Diese hätten keine Probleme, solange sie nichts über Kurden schrieben.

1989 seien allein 37 Presseorgane wegen Veröffentlichungen über die Kurden konfisziert worden. 1990 habe es in der Türkei insgesamt 10 Pressebeschlagnahmungen gegeben, davon seien 9 wegen kurdischer Themen gewesen.

1988/89 seien 52 kurdische Dorfbewohner ohne Grund und ohne Gerichtsverfahren von staatlichen Stellen getötet worden. Im gleichen Zeitraum seien 275 Dörfer und 315 Weiler im türkisch besetzten Kurdistan evakuiert und insgesamt 150 000 Menschen vertrieben worden. Die hinterlassenen Häuser würden vom Staat beschlagnahmt, teilweise auch zerstört. Eine Entschädigung werde nicht geleistet.

In "Türkisch"-Kurdistan gebe es 664 Wachstationen. 1989 seien zusätzlich 177 neue gebaut worden. Nach Aussage des Gouverneurs der Ausnahmeprovinzen am 7.4.90 sei geplant, im Jahre 1990 weitere 200 Wachstationen zu errichten.

In "Türkisch"-Kurdistan gebe es 54 Krankenhäuser, denen 68 Gefängnisse gegenüberstünden. 1990 sollen 10 weitere Gefängnisse gebaut werden und zwar alles Gefängnisse des Typs E (für politische Gefangene).

Es gäbe in Kurdistan 300 000 Sicherheitskräfte, wozu Gendarmerie, normale Armee, Polizei und Sondereinheiten zählten. In dieser Zahl seien die Dorfwächter nicht enthalten (20 000). Das Pro-Kopf-Einkommen in T.Kurdistan liege bei 200-240 Dollar, noch unter Bangladesch. In den türkischen Industriestädten läge es bei 2000 Dollar pro Kopf.

Am 22.6.87 sei auf einer NATO-Sitzung in Brüssel die Frage diskutiert worden, ob ein Volksaufstand in Kurdistan mit Hilfe der NATO niedergeschlagen werden sollte. Alle NATO-Staaten bis auf Griechenland hätten dafür votiert. Der Beschluß sei bis heute in Kraft. Die NATO unterhalte in T.Kurdistan 4 Flughäfen und habe bei Malatya 60 nuklearbestückte Sprengköpfe untergebracht.

Jetzt, 1990, gäbe es starke Anzeichen für einen Aufstand in T.Kurdistan. Von seiten der USA und der NATO-Staaten gäbe es hierauf heftige Reaktionen. Die USA sähen die Entwicklung als "ernstes Problem". Bisher habe der türkische Staatspräsident gesagt, daß man den Ernst der Lage nicht übertreiben solle, aber, nachdem die USA die Entwicklung in Kurdistan als Problem ansehe, habe sich der türkische Staat dieser Auffassung angeschlossen und sei dabei, seine Maßnahmen zu treffen.

Die türkischen Generäle hätten sich über dieses Thema am 22.3.90 mit dem US-Botschafter Abramovitz, in Izmir unterhalten. Dies sei 2 Tage nach dem Aufstand in Cizre gewesen.

Die USA behandelten die kurdische Frage als reine Menschenrechtsangelegenheit, eine kurdische Unabhängigkeit käme für sie absolut nicht in Frage. Denn ein unabhängiges Kurdistan würde ihren Interessen zuwiderlaufen. Das Potential Kurdistans gehöre heute zum westlichen Einflußbereich und sei wichtig wegen des dort befindlichen Erdöls, der Kontrolle des Golfs und der Größe und Bevölkerung des Landes.

Auch das Argument, nach der Perestroika in der Sowjetunion sei dieses Gebiet militärstrategisch nicht mehr so wichtig, sei nicht haltbar. Heute seien die Staaten des Nahen Ostens im Besitz eines Waffenpotentials, das 30% des Waffenpotentials in Europa erreiche, darunter auch Nuklearwaffen. Sämtliche Großmächte hätten ein großes Interesse an der Erhaltung des Status quo im Nahen und Mittleren Osten und könnten daher ein unabhängiges Kurdistan nicht gebrauchen. Denn 1. hinge sowieso die Stabilität im Nahen Osten am seidenen Faden, und es gäbe dort verstärkte lokale militärische Auseinandersetzungen.

2. würde eine Instabilität in diesem Gebiet die Rohstoffversorgung des Westens in Frage stellen. Deshalb seien die westlichen Staaten unbedingt an Stabilität interessiert und neuerdings habe Gorbatschow sich dem angeschlossen.

Die Großmächte und europäischen Staaten seien gezwungen, entweder zu versuchen, die kurdische Unabhängigkeitsbewegung unter die eigene Kontrolle zu bekommen oder sie zu vernichten. Deshalb lieferte die BRD Chemiewaffen an den Irak, England chemische und Nuklearwaffen an den Iran und die USA militärische Hilfe an Syrien.

Allein die BRD habe 1987 an der Produktion chemischer Waffen in Libyen und Irak 4 Mill. Dollar verdient.

Die Sondereinheit, die in Kurdistan operie-

re, werde nicht nur mit Hilfe und z.T. in den Kasernen der GSG 9 ausgebildet, sondern auch mit Hubschraubern von MBB zu ihren Einsätzen geflogen und mit deutschen Waffen und Material (u.a. aus dem Fonds zur Bekämpfung des Rauschgifthandels) ausgerüstet.

Die weitere Entwicklung wurde folgendermaßen eingeschätzt: Die Regierung werde den Druck auf die Kurden verstärken und unbarmherzig das Volk töten. In 7-10 Tagen seien Beschlüsse im Hinblick auf die Verhängung des Kriegsrechtes zu erwarten (Anm.: am nächsten Tag waren sie da). ...

Ausländische Fernseherteams würden bei ihrer Arbeit in Kurdistan von türkischen Stellen konkret behindert. Für Dreharbeiten bräuchten sie die Genehmigung des Außenministeriums, welches die Sache an das türkische Innenministerium abgebe, dieses wiederum leite den Antrag an den zuständigen Gouverneur der Ausnahmegebiete weiter. Bis die Genehmigung schließlich erteilt sei, sei die Aktualität vorbei. Nur die ARD habe ein Studio in T.Kurdistan. Der Rest der Welt sei ausgeschlossen.

Einmal, als die ARD die Sicherheitskräfte bei der Arbeit beobachten und mit den Dorfbewohnern sprechen wollte, sei die Drehgenehmigung abgelehnt worden. Die Ablehnung wurde mit der "Besonderheit der dort von den Sicherheitskräfte vorgenommenen Aufgabe" begründet.

Nach dem Weltspiegel vom 6.3.90 habe sich das türkische Außenministerium beschwert. Bei dieser Gelegenheit habe sich dann herausgestellt, daß das bundesdeutsche Auswärtige Amt über die Zustände im kurdischen Gebiet überhaupt nicht Bescheid wußte.

... Bei Recherchen im kurdischen Gebiet würden ständig Zivilbeamte den Journalisten auf den Fersen sein. Dies sei ein wichtiger Grund, weshalb sich die Menschen dort nicht trauen würden, ihnen Informationen zu geben. Sie müßten sonst mit Repressalien rechnen.

2000è Dogru, 27.5.90/ KK Disseldorf

Staatsterror in Kurdistan

(Zusammenfassung)

Am 21.Mai 1990 wurde der 33jährige Vater von 4 Kindern, Besir Algan von Soldaten der türkischen Okkupationsarmee auf dem Weg zu seinem Feld ermordet.

Am 23.Mai brachte der Parlamentsabgeordnete aus Kars, Mahmut Alinak den Fall in der Großen Türkischen Nationalversammlung zur Sprache. "Im Dorf Budakli des zu Mardin gehörenden Bezirks Midyat ist ein Bauer auf

dem Weg zu seinem Feld durch das von einer Kommandoeinheit eröffnete Streufeuer getötet worden. später wurde von den Soldaten auch auf andere Bauern das Feuer eröffnet, die an den Ort des Geschehens kamen."

Ca. 200 Bauern des Dorfes machten daraufhin einen Protestmarsch nach Midyat. Der Bürgermeister Isa Ekinci überredete sie ins Dorf zurückzugehen. Die Bauern führten auch mit drei SHP-Abgeordneten Gespräche, einer dieser Abgeordneten, Etem Cankurtaran, erklärte nach einem Gespräch mit dem Gouverneur von Mardin, Bolat Bolatoglu, folgendes: "Die Haltung des Gouverneurs zu diesem Vorfall ist ein Anzeichen für die Anerkennung der Schuld der Sicherheitskräfte. Der Mann ist nicht einmal aufgefordert worden, stehenzubleiben. Und selbst wenn er zum Stehenbleiben aufgefordert worden wäre, wie kann man einen Menschen vor seinem Haus auffordern, stehenzubleiben. Der Gouverneur hat den vier Kindern Algans Unterstützung versprochen. Welche Familie oder Kinder eines Terroristen haben schon Unterstützung bekommen? Was der Regionalgouverneur tun muß, ist sofort die Verantwortlichen zu finden und zu bestrafen."

Auffallend ist, daß es in diesem Dorf keinen einzigen Dorfschützer gibt und der Verdacht liegt nahe, daß dies ein Grund für die Ermordung Besir Algans war, wie auch der Abgeordnete Cumhur Keskin zum Ausdruck brachte: "In diesem Dorf gibt es keinen einzigen Dorfschützer. Es könnte aus diesem Grund als Zielscheibe gewählt worden sein. Ein hochrangiger Offizier hat nach diesen Ereignissen zu den Augenzeugen gewendet gesagt: "Wenn ihr nicht damit einverstanden seid, Dorfschützer zu werden, dann werdet ihr so enden."

Besir Algan ist ermordet worden. Es war beabsichtigt, hier das gleiche zu machen wie im Dorf Yoncali in Hakkari. Weil die Frauen darauf beharrten, die Leichen zu bekommen, ist das verhindert worden."

Gleichschaltung der türkischen Presse Desinformationskampagne gegen die PKK

Die Beschlüsse vom 9. April haben Wirkung gezeigt, die türkische Presse berichtet nahezu nichts mehr zu Kurdistan. Aus Protest hat in Kurdistan ein Boykott der türkischen Zeitungen stattgefunden. Die verkaufte Auflage ging drastisch zurück. Hier eine Statistik aus Dogru 2000. "Nisan" bedeutet April:

| DIYARBAKIR'DA GAZETE SATIŞLARI | | | | | | | | |
|--------------------------------|----------------------------------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|
| | 17 Nisan (Protestdan önce) | 20 Nisan | 21 Nisan | 22 Nisan | 23 Nisan | 24 Nisan | 25 Nisan | 26 Nisan |
| Cumhuriyet | 1450 | 1180 | 1141 | 941 | 774 | 741 | 662 | 486 |
| Milliyet | 3590 | 2564 | 2462 | 2672 | 2916 | 2311 | 1876 | 1584 |
| Tercüman | 750 | 420 | 425 | 362 | 476 | 287 | 339 | 199 |
| Günaydın | 3172 | 2727 | 2747 | 2871 | 1398 | 2295 | 2414 | 1814 |
| Sabah | 3574 | 3706 | 3062 | 3367 | 4341 | 3241 | 2306 | 3687 |
| Güneş | 920 | 777 | 1378 | 486 | 648 | 397 | 589 | 286 |
| Hürriyet | 3200 | 2985 | 800 | 1000 | 2250 | 2300 | 2300 | 2000 |

20 • İKİBİN'E DOĞRU • 6 MAYIS 1990

Die Türkei feilt weiter an der Gleichschaltung der Presse. Nachdem nun die Äußerung abweichender Meinungen durch Gesetz praktisch verboten ist, installiert die Regierung einen amtlichen Nachrichtendienst. Ismail Besikcis Einschätzung, die türkische Presse sei sowieso nur ein Büro des Nationalen Nachrichtendienstes, wird nun auch technisch vervollkommen.

Die untenstehende Meldung stammt aus der Zeitung NEW SPOT v. 17.5.1990, ein wöchentliches Propagandablatt des türkischen Informationsamtes in deutscher Sprache.

Staatsminister Yazar: "Das Presse- und Informationsamt wird die anatolische Presse noch schneller versorgen"

KAYSERI (A.A)- Staatsminister und Regierungssprecher Mehmet Yazar teilte mit, dass ab Juni durch Anwendung eines Projektes der Generaldirektion für Presse und Information sofortiger Informationszufluss in allen 71 Provinzen gewährleistet werden könne.

Über das Gouvernement von Kayseri erklärte Yazar, an der Lösung der Probleme der anatolischen Presse und an der Entwicklung und Stärkung der Presse arbeite die Generaldirektion für Presse und Information ständig. Das erwähnte Projekt werde ab Juni in 7 Pilotprovinzen angewendet, womit das Pro-

blem der Informationsbeschaffung für die anatolische Presse gelöst werde.

"Dieses EDV-Projekt wird in von der Generaldirektion für Presse und Information bestimmten Pilotprovinzen angewendet. Die aus dem In- und Ausland an die Zentrale in Ankara laufenden Informationen werden dann sofort durch das Computernetz aus den zu gründenden Zentren dieser Provinzen an die örtliche Presse weitergeleitet. Wenn die Anwendung in diesen Pilotgebieten erfolgreich verläuft, wird dieses Projekt einige Monate später für alle Provinzen gelten."

Entsprechend wird es immer schwerer, genaue Informationen aus Kurdistan zu erhalten. Alles, was man in der türkischen Presse heute über Kriegshandlungen in Kurdistan liest, muß man als direkte Äußerungen der Armee oder des Kolonialgouverneurs lesen. Die Darstellungen der PKK oder anderer kurdischer Repräsentanten sollte man immer abwarten, ehe man ein vorsichtiges Urteil fällt. Nachrichten der PKK/ERNK erscheinen uns in der Regel als glaubwürdiger als die der Regierung.

Als Beispiel, was in der Türkei gerade noch erlaubt ist an kritischer Berichterstattung, in die immer auch Armeemeldungen einfließen, hier ein Kommentar aus der Cumhuriyet.

Cumhuriyet, 13.6.90/Koen Kommentar von İlhan Selcuk

Lösung im Südosten

"Die PKK verübte einen nächtlichen Überfall auf das Dorf Cevrimli in Sırnak

26 Tote, darunter zwölf Kinder und sieben Frauen. Der SHP-Vorsitzende İnönü bezeichnete das blutige Ereignis als Verbrechen gegen die Menschlichkeit, und Demirel fragt, wieviel Menschen denn noch sterben müßten.

Nach den Zahlen, die Ugur Mumcu gestern in seinem Artikel nannte, sind seit dem Überfall auf Eruh im Jahre 1984 bei den Auseinandersetzungen im Südosten 1.837 Menschen ums Leben gekommen... Wieviele Menschen werden denn noch sterben?

Der Ministerpräsident und die Minister leben unter dem Schutz von Sicherheitsbeamten. Begibt sich eine hochgestellte Persönlichkeit in den Südosten, werden besondere Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Sollte später die Bevölkerung eines Dorfes, ihre Kinder, Großväter und Enkelkinder, seine Frauen und Mädchen vollständig ausgelöscht werden, heißt es im Fernsehen, sie seien nicht umsonst gestorben. Innerhalb weniger Minuten ist dies schon wieder vergessen, und im Südosten, in der Ferne, irgendwo in einem vergessenen Dorf leben die Menschen weiter in Todesangst.

Wieviele Menschen werden noch sterben?

Zweifellos beschäftigen sich wichtige Leute, Beamte, Offizielle, Zivilisten, Uniformierte und Experten mit der Problematik des Südostens. Nach eingehender Prüfung kommen sie zu dem Schluß, daß das Problem sehr komplexer Natur ist.

- "Die wirtschaftlichen, sozialen, politischen, ethnischen und moralischen Aspekte müssen beachtet werden."

- "Natürlich"

- "Im Westen gibt es genügend ähnlich gelagerte Probleme. Auch dort lassen sie sich nicht so einfach lösen."

- "Natürlich."

- "In den ersten Jahren nach Gründung der Republik gab es verschiedene Aufstände. Es ist ein sehr altes Problem, dessen Wurzeln weit zurück reichen."

- "Natürlich."

Viele Worte.

Wenn es jedoch darum geht, Lösungsansätze zu entwickeln, dann ist sich die Prominenz plötzlich einig: Zum gegenwärtigen Zeitpunkt könne jeder Schritt zur Lösung des Problems als Zugeständnis an die Terroristen ausgelegt werden.

Die meisten Mitglieder der ANAP-Regierung haben es vielleicht noch nicht bemerkt, aber die Welt dreht sich. Jeden Morgen erblicken wir eine veränderte Natur. Als ob Traum und Wirklichkeit sich vermischten... Und was passiert nicht alles in Bulgarien, da unsere Volksgenossen noch vor kurzem in unmenschlicher Weise unterdrückte.

Ein kurzer Blick auf die gestrigen Zeitungsüberschriften reicht aus, um diese Frage zu beantworten:

Hürriyet: "Türken Realität in Bulgarien"

Tercüman: "Sieg unserer Volksgenossen"

Cumhuriyet: "Zwölf Sitze für Volksgenossen"

Sabah: "Türken zufrieden"

Auch die Kurzfassung dieser Nachricht direkt unter der Überschrift ist interessant: "Die von Türken gegründete 'Bewegung für Recht und Freiheit' erhielt den ersten Hochrechnungen zufolge sechs Prozent der Stimmen und brachte es auf zwölf Sitze."

Gestern noch wurden die Türken von der Schiwkow-Regierung in Bulgarien unterdrückt. Hunderttausende unserer Volksgenossen gingen auf die Straße, um ihre Namen behalten zu können. Ihre Vertreibung verstopfte unsere Grenze. Die in Bulgarien lebenden Türken wurden dort als gefährlich angesehen und wie Feinde behandelt. Aber plötzlich fanden in Osteuropa und auf dem Balkan derartige Veränderungen statt, daß alle kommunistischen Länder demokratische Prinzipien übernahmen. Keine Scheindemokratie nach Art der Philippinen, wie sie auch die Türkei kennt, sondern in Bulgarien haben die Türken bei den Wahlen zwölf Sitze erhalten. In Griechenland zwei.

Die Welt ändert sich, und es wird immer deutlicher, daß man auf dieser sich wandelnden Welt mit Waffengewalt, Brutalität, Massakern, Verbrechen gegen die

Menschlichkeit und Terror nichts erreichen kann. Die Türkei sollte diese Tatsache endlich einsehen. Der tödlichste Schlag, den man der PKK versetzen kann, ist die Einführung einer funktionierenden Demokratie, die auch den Südosten umfaßt.

Ein modernes Staatswesen kann nicht seiner eigenen Bevölkerung oder auch nur einem Teil der Bevölkerung mißtrauen. Ankara muß endlich den überholten Argwohn und die überkommene Politik überwinden.

An dem Tag, an dem wir entdecken, daß die wirksamste Waffe, den Terror zu beseitigen, nicht die Kalaschnikow oder ähnliches ist, wird sich die Problematik des Südostens lösen."

Wie gesagt, das ist der Spielraum, der der Kritik gewährt wird. Kritik am Staatsterror in Kurdistan ist verboten, darf nicht einmal benannt werden. Journalisten, die die Tatsachen in Kurdistan untersuchen könnten, werden ferngehalten. Erlaubt ist das vorsichtige Träumen von demokratischen Verhältnissen. Die Wirkung dieser Art von Kritik ist das Auffangen von Protest; er wird wirkungslos, weil die tatsächlichen Verhältnisse, die geändert werden müssen, nicht benannt werden dürfen.

Man muß sich auch über die Funktion der Behauptungen der Türkei über Massaker klarwerden, die angeblich von der PKK durchgeführt wurden. (Dazu noch unten) Die Türkei ist sich klar darüber, daß nicht alles geglaubt wird, was von ihren Regierungssprechern kommt. Die Desinformationskampagne bezweckt, daß **irgendwas an der PKK hängenbleibt, und daß sich die Öffentlichkeit sowohl in der Westtürkei als auch international nicht entscheiden kann, wem sie ihre Unterstützung gewähren soll.** In Kurdistan werden solche Behauptungen über Massaker von der PKK sowieso nicht mehr geglaubt.

Die PKK hat zu den Behauptungen über das Massaker in Cevrimli zwei Presseerklärungen herausgegeben, die wir im folgenden vollständig abdrucken.

"Kurdistan Komitee in der BRD e.V.

**Presseerklärung
Ein neues Massaker des türkischen
Staates in Kurdistan!**

13. Juni 1990

Im folgenden dokumentieren wir eine Presseerklärung der Europavertretung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die uns heute erreichte:

In der Nacht vom 9. auf den 10. Juni diesen Jahres hat eine Guerillaeinheit der Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) eine Aktion gegen eine Bande durchgeführt, die sich auf der Gere (Cevrimli)-Weide* des Dorfes Basa (Güclükonak) in Sirnak aufhielt.

Das Ziel der Aktion war eine Bande (Dorfschützergruppe) des Baho Aga (Bahattin Aktug), der für seine Verbrechen berühmt ist. Unter Anleitung der Armeeführung hat Bahattin Aktug und seine Bande in der Phase von 1984 bis 1990 15 Guerillakämpfer und mindestens noch einmal so viele Zivilisten ermordet. Zu den Verbrechen dieser Bande gehört der Raub von Tieren, die Entführung und Vergewaltigung von Frauen, die Brandrodung von Feldern und die Ermordung und Verstümmelung von armen Bauern. Die bestialischen Verbrechen dieser Bande sind so zahlreich und umfangreich, daß sie schon zum Thema der fortschrittlichen Presse wurden und in den Berichten des Menschenrechtsvereins der Türkei und von amnesty International dokumentiert wurden (siehe Bericht vom März 1990).

Das letzte Verbrechen dieser Bande bestand darin, einer fünfköpfigen Guerillagruppe in dem Dorf Gere eine Falle zu stellen und sie zu ermorden. Die Gruppe befand sich dort, um eine Blutfehde in diesem Dorf zu schlichten.

Der Guerillaangriff dauerte nur kurze Zeit. Nach der Aktion griffen Soldaten, Spezialeinheiten und Dorfschützer an, die sich in dem, in der Nähe liegenden

* Gere ist der kurdische Name. Alle Namen und Bezeichnungen wurden türkisiert.

Dorf Basa aufhalten. Obwohl die geplante Guerillaaktion schon beendet war, dauerten die Schußsalven und Raketenbeschüsse von 23.00 Uhr bis 3.00 Uhr an. Am darauffolgenden Tag behaupteten die Vertreter des türkischen Staates und die staatlichen Medien, bei "einem PKK-Angriff wären 26 Menschen ums Leben gekommen, wovon die meisten Frauen und Kinder gewesen seien." Obwohl zwei Tage seit dem Ereignis vergangen sind, dürfen keine Pressevertreter in das Gebiet.

Wenn es ein Massaker gegeben hat, dann wurde dieses auf jeden Fall von der türkischen Armee und von den ihr unterstehenden Banden durchgeführt. Denn die PKK macht niemals Kinder, Frauen und Häuser, in denen sie sich aufhalten, zum Ziel ihrer Angriffe. Eine nationale Befreiungsbewegung kann unschuldige Menschen ihres eigenen Volkes nicht zum Angriffsziel haben. Dies können wir mit den Eingeständnissen der zuständigen türkischen Stellen belegen. Der Gouverneur für die Gebiete im Ausnahmezustand, Hayri Kozakcioglu hat in einer Erklärung am 8. Juni 1990 zugegeben, daß es in den letzten fünf Monaten 1500 Aktionen gegeben hat. Bei diesen Aktionen gibt es nicht ein Kind und nicht eine Frau oder einen unschuldigen Menschen, der von der Guerilla getötet worden wäre. Im Gegensatz dazu führen die türkische Armee und die Banden massenweise Massaker an unschuldigen kurdischen Menschen durch. Im November 1989 haben Spezialeinheiten und Banden in dem Dorf Setel (Ikiyaka) in Yüsekova ein Massaker angerichtet und die PKK dafür verantwortlich gemacht. Im April 1990 wurde in dem Dorf Hilal bei Uludere ein Haus von den Spezialeinheiten und von den Banden (Malla Bayreler) bombardiert. Berivan (1 Jahr alt) und Behecan Kara (9 Jahre alt), die sich in dem Haus befanden, kamen dabei ums Leben, der Vater Abdullah, die Söhne Sait und Mehmet und der Onkel Mehmet Kara wurden schwerverletzt. Am 21. Mai wurde im Dorf Kevzenge (Dolunay) bei Midiyat der Bauer Besir Algan von den Spezialeinheiten erschossen. Wiederum im Monat Mai wurden in demselben Dorf ein dreizehnjähriges Mädchen und in dem Dorf Derik bei Midyat ein Bauer namens Ahmet erschossen und ihre Leichen in den Fluß geworfen. Am 25. Mai wurde der 60jährige Bauer Mihe Haydo Ali (Mohammed Kana) ermordet. In der letzten Maiwoche wurde ein anderer Bauer in dem Dorf Mijin bei Uludere von der Bande des Malla Bayre erschossen. In dem Dorf Yukari Dikmen schossen Spezialeinheiten auf den 40jährigen Faris Demir, der dadurch querschnittsgelähmt wurde.

Der türkische Staat hat diese unschuldigen Menschen, die er ermordet hat, entweder als Terroristen bezeichnet oder die PKK dafür verantwortlich gemacht. Wir möchten dieser Grausamkeit der türkischen Armee einige weitere Beispiele hinzufügen:

Die Leichen von drei Guerillakämpfern (Halit Balta, Ali Algal und Kendal), die bei einem Gefecht in dem Dorf Heleve in Kurtalan (Siirt) ums Leben kamen, wurden zerstückelt und in Plastiktüten verscharrt. Ein Guerillakämpfer, der bei einem Gefecht in Idil (Sirnak) schwerverletzt in die Hände des Staates fiel, wurde bestialisch ermordet, indem man ihm zwei Nägel in den Kopf schlug. Einem anderen Guerillakämpfer, der am 4. Juni in Alekan (Sirmali) in Catak (Van) schwerverletzt gefaßt wurde, wurden die Beine und Hände abgetrennt. Diese Beispiele machen nur 1% des systematischen Staatsterrors der Armee, der Spezialeinheiten und der Banden aus.

Weshalb führt der türkische Staat Massaker durch?

Die Vertreter des türkischen Staates haben schon zigmal erklärt, daß sie das kurdische Volk als Feind betrachten. Die türkischen Generäle haben das Volk von Kurdistan mit Massakern bedroht. Der Generalstabschef Necdet Torumtay hat jeden, der die PKK unterstützt, zum Feind erklärt. Er selbst, der Staatspräsident T.Özal und der Ministerpräsident Yildirim Akbulut haben erklärt, daß sie gegen die Terroristen (das Volk) Gewalt anwenden werden. Zu diesem Zweck wurde zuletzt am 9. April die Verfügung mit Gesetzeskraft Nr. 413 herausgegeben.

Der türkische Staat wendet als Ausdruck seiner Hilflosigkeit Gewalt an, macht die PKK dafür verantwortlich und versucht damit, seinen Terror zu legitimieren und seiner Isolation auf internationaler Ebene vorzubeugen.

Mit dem Massaker vom 9. Juni in dem Dorf Gere (Cevrimli) durch die Spezialeinheiten und die Banden versucht der türkische Staat folgende Ziele zu erreichen:

- Die politische und militärische Offensive der PKK, die sie im Frühjahr 1990 begonnen hat und die ganz Kurdistan erfaßt, soll in den Schatten gestellt werden.

- Man versucht den Volksaufstand aufzuhalten, der sich im März dieses Jahres in den Städten von Kurdistan entwickelte und in Form von Massenwiderständen und massivem zivilen Ungehorsam gegen die Verfügung Nr. 413 fortgesetzt wird.

- Mit dem Frühjahr 1990 ist die kurdische Frage und die Genozidpolitik des türkischen Staates eines der wichtigsten Themen auf internationaler Ebene. Am 16.5.1990 hat das Europäische Parlament einen Entschließungsantrag verabschiedet, in dem die chauvinistische Politik und die Menschenrechtsverletzungen in Kurdistan seitens des türkischen Staates verurteilt werden. Eine bundesdeutsche Delegation, die in der Zeit vom 5. bis 10. Mai Kurdistan bereiste (sie bestand aus drei Abgeordneten, zwei Journalisten und einer Menschenrechtsvertreterin) hat zu einem wirtschaftlichen, militärischen und touristischen Boykott gegen den türkischen Staat aufgerufen. Auf der KSZE-Konferenz in Kopenhagen, die im Juni stattfindet, kommt die kurdische Frage unter verschiedenen Aspekten zur Sprache und der türkische Staat wird zur Verantwortung gezogen. Der türkische Staat versucht seine Isolation zu verhindern, indem er die PKK für seine Massaker verantwortlich macht. Wir rufen die gesamte Presse und Vertreter der Menschenrechtsorganisation auf, den Lügen des türkischen Staates nicht zu glauben, das Ereignis zu untersuchen und sich gegen die Massaker gegen das Volk von Kurdistan zu stellen."

Die zweite Presseerklärung folgte zwei Tage später:

15. Juni 1990

**"Presseerklärung
Massaker der türkischen Kolonialisten in
Gere (Cevrimli) aufgeklärt**

In der Nacht des 9. Juni erlebte man in dem Dorf Gere in Sirnak erneut ein Massaker. Nach dem Massaker hat der Kolonialgouverneur des türkischen Staates und das Innenministerium, wie schon früher, die Verantwortung für das Massaker der PKK zugeschoben und erklärt, daß 26 Menschen, darunter Frauen und Kinder, getötet worden wären.

Daraufhin hatte die Europavertretung unserer Partei gestützt auf Informationen, die sie von der einheimischen Bevölkerung erhalten hatte und die unsicher waren, erklärt, daß ARGK-Einheiten die Dorfschützerbanden in diesem Dorf angegriffen haben könnten, und daß allerdings danach Einheiten der türkischen Armee das Dorf unter Raketenbeschuß genommen hätten.

Das Gebiet ist vollständig eingekesselt und die Einreise der Presse ist strikt verboten. Deswegen konnte unsere Vertretung erst heute über den eigentlichen Verlauf des Vorfalles Informationen erhalten. Gemäß der Erklärung der ARGK (Volkbefreiungsarmee Kurdistans)-Kommandantur für das Gebiet Sirnak hat sich das Ereignis wie folgt entwickelt:

Am 9. Juni fand kein Angriff von ARGK-Einheiten auf das Dorf Gere statt. Der Angriff wurde von Konterguerilla-Einheiten verwirklicht. Vor und nach dem Angriff sind die beiden Kompanien der türkischen Armee, die sich in der Nähe des Dorfes aufhalten, nicht in Bewegung gesetzt worden. Außerdem wurden die Fallen, die die türkische Armee jede Nacht in diesem Gebiet aufstellt, in der Nacht des 9. Juni nicht gestellt. So konnte die Einheit der türkischen Armee, die das Massaker verwirklicht hat, problemlos in das Dorf gelangen und sich wieder absetzen.

Während des Angriffs wurden Raketen und schwere Waffen eingesetzt und bestimmte Häuser angezielt und diese ausgebrannt. Der türkische Staat und der Banden-

chef Bahattin Aktug hatten in diesem Dorf gewaltsam 40 Waffen verteilt. Diejenigen, deren Häuser zerstört wurden, hatten die Annahme von Waffen verweigert. Obwohl 6 Tage nach dem Massaker vergangen sind, ist das Gebiet vollkommen von der Außenwelt isoliert. In das Gebiet wurden zahlreiche Einheiten des Heeres und der Luftwaffe verlegt. Der Kolonialgouverneur Hayri Kzakcioglu erklärt auf die Bitten der Presse, in die Region zu dürfen, "wir machen eine Neustrukturierung, erst danach können Sie ins Gebiet." Man versucht, die Spuren des Massakers zu verwischen.

Als Antwort auf dieses Massaker sind die ARGK-Einheiten in die Offensive gegen die Operationseinheiten des türkischen Staates getreten. In der Region finden intensive Gefechte statt, es herrscht der Zustand des Krieges. Nach den Informationen, die uns bis jetzt erreicht haben, sollen bis zu 80 Soldaten verletzt oder getötet worden sein. Der türkische Staat hat erst 8 Verluste gemeldet.

Der türkische Staat beharrt darauf, die kurdische Frage mit Massakern und Staatsterror zu lösen und greift unter Mißachtung des internationalen Kriegsvölkerrechts wehrlose Zivilisten, Frauen und Kinder an. Das Nicht-Verhalten Europas in dieser Frage bestärkt die türkische Armee in ihrer Grausamkeit in Kurdistan. Wir fordern, daß sofort **Delegationen** aus Politikern, Journalisten und Vertretern von Menschenrechtsorganisationen zur Untersuchung des Massakers in dem Dorf Gere (Cevrimli) am 9. Juni in das Gebiet reisen.

Europavertretung der PKK"

Die zwei verschiedenen Versionen, die hier angeboten werden, sollten nicht gegen die PKK sprechen, sondern eher für sie. Denn sie befindet sich gegenüber der türkischen Propagandamaschine eindeutig im Hintertreffen. Westliche Zeitungsredaktionen werden von der Türkei über die Nachrichtendienste beliefert, eine Überprüfung ihrer Behauptungen ist aber unter den gegenwärtigen Bedingungen äußerst schwierig, müßte aber sehr schnell geschehen, damit eine Veröffentlichung in Europa **zusammen** mit den Gegendarstellungen erscheinen würden. Journalisten sollten also auf jeden Fall erst eine Gegendarstellung der PKK abwarten. Hilfreich dafür ist in jedem Fall **ein Anruf beim Kurdistan-Komitee in Köln: Tel. 0221/ 12 52 64.**

Im übrigen ist jede Gleichsetzung der PKK mit der Politik des türkischen Staates verfehlt, das hat sich spätestens mit den Ereignissen um den kurdischen Volksaufstand für jeden dokumentiert: die Türkei reagierte darauf mit Ausschaltung der Presse und Verstärkung des Staatsterrors, die PKK mit einem Waffenstillstandsangebot, um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden und mit dem Aufruf an die Öffentlichkeit, Delegationen nach Kurdistan zu schicken.

Das muß sich nur noch ein wenig mehr herumsprechen, damit die türkische Desinformationskampagne, die **uns zu Zweiflern machen soll**, ihre Wirkung verliert.

Cumburiyet v. 6. Mai 1990

- Österreich ist von Waffenverkauf abgerückt - Enver Deger

- ANKARA - Österreich, daß den Zuschlag für einige Kriegsgewehr-Aufträge erhalten hatte, hat den Firmen den Verkauf von Kriegsgewehren an die Türkei verboten. Es wurde mitgeteilt, daß dieses Verbot der Regierung von Österreich, damit begründet wurde, daß "die Türkei die Waffen dieser Kriegsgewehre in Südostanatolien gegen die Kurden einsetzen könne". Während dieses Ereignis aus dem Umfeld des Außenministeriums bestätigt wurde, hieß es, daß ihnen noch keine offizielle Mitteilung gemacht wurde. Dieselben Kreise, die sagen, daß Österreich der Sache eine politische Dimension gegeben hat in dem sie die "Kurdische Frage" vorgezogen haben, erklärten: "Die Türkei hält Trümpfe in der Hand, die sie gegen Österreich ausnutzen kann."

Wie zu erfahren war hatte das Nationale Verteidigungsministerium, die Generalkommandatur der Gendarmerie und das Generalpräsidium der Polizei in den letzten Monaten des Jahres 1989 für den Ankauf von einigen Kriegsgewehren eine Ausschreibung gemacht. An der Ausschreibung für Kalaschnikow-Munitionen und 5.56 mm Gewehrpatronen für das Generalpräsidium der Polizei und die Generalkommandatur der Gendarmerie und für 40 mm Bombenabwurfgeräte (Zielgeräte d.Ü.) für das Nationale Verteidigungsministerium, das Generalpräsidium der Polizei und die Generalkommandatur der Gendarmerie hatten sich Firmen aus Österreich, den USA, der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich beteiligt. Im Rahmen der Ausschreibung war geplant gewesen 2800 Stück Bombenabwurfgeräte, 450 000 Kalaschnikow-Munition und 400 000 Stück 5.56 mm Gewehrpatronen zu kaufen.

Die Ausschreibung, die im April endete, hatten die Firmen aus Österreich gewonnen. Der Auftrag für die Kalaschnikow-Munitionen und die 40 mm Bombenabwurfgeräte ging an die Firma Hirtenberger aus Österreich, der Auftrag für die 5.56 mm Gewehrpatronen wiederum an die Firma Arges aus Österreich. Obwohl der Zuschlag an ihre eigenen Firmen gegangen war, hat die Regierung von Österreich in einem "Überraschenden" Beschluß den Verkauf von Kriegsgewehren an die Türkei verboten. Die Sache wurde auch dem Innenminister von Österreich mitgeteilt, der vor einigen Monaten die Türkei besuchte. Der Innenminister von Österreich hatte mitgeteilt, daß er sich mit dem Außenministerium von Österreich in Verbindung treten werde und sich um eine Lösung bemühen werde. Zwischenzeitlich versuchte der Vorsitzende der Menschenrechtskommission von Österreich Dr. Holzinger die Regierung von Österreich zu beeinflussen, in dem er erklärte, daß die Kriegsgewehre, die verkauft werden sollen, in Südostanatolien gegen die Kurden eingesetzt werden könnten. Infolge dieser Entwicklungen wurde den Vertretern der Firmen aus Österreich mündlich mitgeteilt, daß "wegen der Möglichkeit, daß die Kriegsgewehre die verkauft werden sollten, in Südostanatolien gegen die Kurden eingesetzt werden, der Verkauf von Waffen an die Türkei gestoppt wird" und von ihnen gefordert, daß sie von den Verträgen zurücktreten sollen.

DIE ZEIT

Nr. 17-20. April 1990

Seite 41

Vor fünfundsiebzig Jahren begann eines

Vor den Augen des Waffen- bruders

**Das Massaker an den Armeniern
im Ersten Weltkrieg und
die deutsche Mitverantwortung**

Von Lawrence S. Leshnik



„Heiliger Krieg“ — Armenische Deportierte 1915 auf dem Todesmarsch

In diesem Monat vor fünfundsiebzig Jahren begann ein Prozeß, der erst mit der Ausmerzung der Hälfte der christlich-armenischen Bevölkerung Kleinasiens endete. Unter dem Deckmantel des Weltkrieges hatten die Ottomanen mit einer ihrer unbequemsten christlichen Minderheiten endgültig abgerechnet. Auf Buchtiteln von Neuerscheinungen zu diesem Thema liest man vom „ersten Genozid des Jahrhunderts“, vom „vergessenen“ oder „verschwiegenen“ Völkermord. Solche Formulierungen rufen dazu auf, das Geschehen anzuerkennen. Anerkennung heißt, die Wahrheit bekannt machen. Ohne die Wahrheit können die heilenden Schritte nicht beginnen, um das kollektive Trauma des armenischen Volkes zu überwinden.

Der Verlauf des deutsch-jüdischen Gespräches in der Zeit nach 1945, das vor fünf Jahren in der Rede Bundespräsident von Weizsäckers gipfelte, steht den Armeniern stets als Modell vor Augen. Sein mutiges, unzweideutiges Bekenntnis zur Wahrheit lieferte einen unschätzbaren dauernden

Beitrag zum Aussöhnungsprozeß: die Anerkennung der menschlichen Würde aller Opfer des Nazi-Wahns. Das gleiche fordern die Armenier für ihre Verfolgten der Jahre 1915-1921. Aber nicht einmal erste Ansätze für ein Gespräch mit den Türken sind in Sicht. Seit drei Generationen behaupten sie unverändert, es sei alles ganz anders gewesen und die heutige Regierung trage keine Verantwortung für das Tun der Ottomanen.

1 Massaker im großen Umfang erlitten die Armenier des Ottomanischen Reiches bereits um die Jahrhundertwende. In den Jahren 1894 und 1897 wurden insgesamt 200 000 Armenier vom rasenden Pöbel getötet, im Jahre 1909 etwa weitere 30 000. Keiner der mit den Verhältnissen des Ottomanischen Reiches Vertrauten kann daran zweifeln, daß solche Ausschreitungen mit Zustimmung der Zentralregierung stattfanden. Ein einflußreicher Journalist aus dem Kreis Friedrich Naumanns, Paul Rohrbach, befand sich 1909 zufälligerweise in der syrischen Stadt Adana, als

dort die Abschachtung der Armenier begann. In sein Tagebuch schrieb er: „Die Türken möchten die Armenier ausrotten, weil sie glauben, wenn es keine Armenier mehr gibt, wird es keine Einmischung wahrer oder falscher Armenierfreunde . . . geben.“

Einige Jahre später, nach Beginn des Weltkrieges, begann die systematische Verfolgung der Armenier. Unter dem Vorwand, sie aus Sicherheitsgründen aus den Kriegsgebieten zu entfernen, wurden sie zwischen April und November 1915 brutal aus ihrer Heimat vertrieben. Angeblich sollten sie in Mesopotamien neu angesiedelt werden. In der Wirklichkeit war dafür gesorgt, daß die große Mehrzahl auf dem Weg ums Leben kam und nur ein jämmerlicher Bruchteil die brutalen Strapazen des Weges überlebte.

Schon vor dem Deportationsbefehl waren alle in der Armee dienenden Armenier entwaffnet worden. In den Dörfern mußten die Männer ebenfalls ihre Waffen abliefern. Fast überall war der Ablauf der gleiche. Ein öffentlicher Ausrufer

Politisches Buch: Seiten 43, 45
 Tribüne: Seite 44
 Vor vierzig Jahren: Seite 44
 Themen der Zeit: Seite 52

ZEITLÄUFTE

der schlimmsten Menschheitsverbrechen des Jahrhunderts



Aufnahme: Armin T. Wegner; Karikatur: aus „Evening World“; Archiv: Informations- und Dokumentationszentrum Armenien

In den Süden. Kinder und Habseligkeiten mußten Hunderte von Kilometern zu Fuß getragen werden.

verlas eine Proklamation, wonach sich alle armenischen Männer zum Abmarsch an einem gegebenen Ort einzufinden hatten. Oft blieb den Männern nur eine Frist von 48 Stunden. Mitnehmen durften sie nur ein wenig Handgepäck. Bauern ohne Pflug und Ochse, Tischler ohne Beil und Säge, Ärzte ohne Medikamente, alle ohne eine einzige Verteidigungswaffe.

Im Morgengrauen wurden sie von Gendarmen abgeführt. Nach einigen Stunden erreichte die Kolonne eine Stelle, die keine Flucht erlaubte. Dann kam der Überfall durch kurdische Räuber und organisierte Banden, zusammengesetzt aus gemeinen Verbrechern, die eigens zu diesem Zweck aus den Gefängnissen entlassen worden waren. Oft nahmen die begleitenden Gendarmen an den Überfällen teil. Sie erschossen, zerhackten oder prügeln die wehrlosen Armenier zu Tode, bevor sie sie ausraubten. Wenige überlebten diese Angriffe. In der Kemachschlucht, nahe der Stadt Erzurum, wo der Euphrat tief in die Berglandschaft schneidet, wurden die Männer in Fünfergruppen zusammen-

gebunden und hinuntergestoßen. Im Frühling trugen die Hochwasser die Leichen in die Ebene, wo sie die Beute der elenden, immer hungrigen Dorfköter wurden.

Nach den Männern wurden Frauen, Kinder, Kranke und Greise abtransportiert. Auch diese Kolonnen wurden überfallen und ausgeraubt, die Frauen vergewaltigt oder verschleppt. Nur selten wurde ihnen die Gnade eines schnellen Todes gegönnt. Die Schwächeren, schwangere und kranke Frauen, Greise und Kinder, die nicht mehr Schritt halten konnten, blieben am Wegesrand zurück. Verzweifelte Mütter ertränkten ihre Babys und nicht selten auch sich selbst. Herumirrende, zerlumpte, dreckige, kranke, zu Tode erschöpfte Menschenkolonnen beherrschten die Landschaft Ostanatoliens und Syriens in jenem Frühling und Sommer. Wochenlang zogen sie in glühender Hitze über die staubigen Wege, der mesopotamischen Wüste zu. Hie und da führte man sie absichtlich im Kreis herum. Immer wieder kamen die Überfälle, bis nichts mehr zu holen war.

Türken und Europäer, die sich den Kolonnen mit Wasser, Nahrung oder Kleidern für die Deportierten näherten, verjagte man. Die Kolonnen wurden kleiner und kleiner, als Sonne, Hunger, Durst und Fleckfieber ihre Opfer forderten. Die Überlebenden der brutalen Strapazen waren noch nicht am Ende ihres Leidensweges angekommen. In den Lagern der Wüste mangelte es an Nahrung, Trinkwasser, Medikamenten und Unterkunft. Selbst wenn diese Menschenschatten noch Kraft besessen hätten, das neue Land zu bearbeiten, wären die Geräte dazu nicht vorhanden gewesen.

Die Behandlung der Armenier in den großen Städten verlief, wegen der Anwesenheit von Ausländern, nicht ganz so brutal. Am 24. April 1915 wurden 270 armenische Schriftsteller, Ärzte, Anwälte, Akademiker, Geschäftsleute und kirchliche Würdenträger in einer Nacht-und-Nebel-Aktion in Konstantinopel verhaftet. In kleinen Gruppen schaffte man sie ins Landesinnere, wo viele für immer verschwanden. Schlagartig verlor die arme-

nische Gemeinde ihre Führung. In Trapezunt, einer Stadt am Schwarzen Meer, deportierte man nur einen Teil der Armenier. Den Rest ertränkte man, zusammen mit einigen Griechen. Sie wurden in Boote verladen und aufs Meer geschleppt. Dort wurden die Boote einfach versenkt.

Landbesitz, Tiere, Häuser, Läden und alle hinterlassenen Güter der Deportierten gingen in den Besitz der muselmanischen Nachbarn und Beamten über oder kamen neuen Flüchtlingen aus den Balkangebietern zugute.

2. Erst im vorigen Jahr erklärte sich die türkische Regierung bereit, Forschern ihr Archiv aus dieser Zeit zugänglich zu machen, ein begrüßenswerter Schritt, der auf eine Bereitschaft für offene Diskussionen hoffen läßt. Dennoch ist nichts grundsätzlich Neues von diesem Archiv zu erwarten. Neue, lückenfüllende Einzelheiten ja. Aber das Gesamtbild, das durch Material in englischen, deutschen, amerikanischen, österreichischen und anderen offiziellen Archiven sowie durch Augenzeugenberichte von Missionaren, überlebenden Armeniern, zeitgenössische Reportagen und durch Memoiren ausländischer Diplomaten und Militärs geformt wurde, wird dadurch nicht geändert.

Wahrscheinlich gab man die Anordnungen, die den Genozid betrafen, weitgehend mündlich. In einem Fall weigerte sich ein Bezirksbeamter, die Deportationen ohne schriftliche Anweisung auszuführen. Statt des verlangten Schriftstückes erhielt er seinen Abschied — er wurde durch einen weniger offiziellen Beamten abgelöst.

1916, als der Geruch der Vernichtung noch in die Nasen der in der Türkei lebenden Europäer drang, erschienen zwei ausführliche Berichte. Das eine Buch war eine Veröffentlichung der britischen Regierung mit dem Titel „The Treatment of the Armenians in the Ottoman Empire 1915-16“. Das andere Werk, ein „Bericht über die Lage des armenischen Volkes in der Türkei“, hatte der deutsche Armenierfreund Johannes Lepsius zusammengestellt. Beide Bücher lassen auf eine kaltblütige Planung schließen, die zur völligen Ausrottung der Armenier führen sollte.

Der amerikanische Botschafter Henry Morgenthau und der in der Türkei dienende österreich-ungarische General Pomiankowski behaupten beide das gleiche in ihren Memoiren. Hier nur zwei Zitate aus deutschen Konsularberichten: Dem Konsul in Aleppo habe ein türkischer Beamter erklärt: „*Nous voulons une Arménie sans Arméniens.*“ Und in Erzurum bestätigte „eine maßgebliche Persönlichkeit“ dem Konsul: „Die Armenier müssen ganz ausgerottet werden, so daß es nach dem Krieg keine Armenier in der Türkei mehr gibt.“ Auch der Russe Andrej Mandelstam schreibt von der „systematischen Vernichtung der Armenier auf Befehl der Regierung“.

3. Welchen Grund hatten die Ottomanen, ihre armenische Minderheit mit in moderner Zeit beispielloser Unmenschlichkeit zu behandeln? Weil sie im Wege stand. Durch ihren entschlossenen Nationalismus blockierten sie, politisch wie auch geographisch, den Weg, den die Türken zur Verwirklichung ihrer eigenen nationalistischen Ziele gehen wollten.

Die regierenden Jungtürken in der Vorkriegszeit wollten das alte, korrupte, bankrotte, von Ausländern erpreßbare Reich umstrukturieren. Wahrscheinlich hätte es genügt, wenn sich die Armenier hätten türkifizieren lassen, wie es schon früher an-

dere Völker getan hatten und heute in der Türkei noch mit den Kurden versucht wird. Sprache, Religion und jahrtausendealte Traditionen hätten die Armenier aufgeben müssen. Dann wäre die physische Vernichtung nicht erforderlich gewesen.

Die Ideologie der Jungtürken lehnte den Rassismus, also Verfolgung aus biologischen Gründen, ausdrücklich ab. Sprache und Kultur machen den Türken, nicht die Rasse. Dieses Denken zeigte sich gelegentlich während der Deportationen. Manchmal holten die Peiniger gefällige junge Frauen und Kinder aus den Kolonnen, um sie bei sich zu Hause als Muselmanen weiterleben zu lassen. In einigen wenigen Fällen stand den Armeniern der formelle Übertritt zum Islam offen. Im ganzen jedoch waren sie nicht assimilierbar.

Im Jahre 1913, vor einer Versammlung einer politischen Organisation, dem Komitee für Einheit und Fortschritt (KEF), erklärte der prominenteste Jungtürke, Enver Pascha, die Minderheiten seien nunmehr eine „*quantité négligeable*“. Diese Erklärung legten kurdische und tscherkessi-

Das Triumvirat der Vernichtung



Talat Pascha

sche Banditen, die ohnehin mehr oder weniger ungestraft armenische Dörfer überfielen, als Freibrief aus.

Nach Kriegsbeginn war Deutschland die einzige Auslandsmacht, die einen bedeutenden Einfluß auf die Hohe Pforte ausübte. Rußland, England und Frankreich, die nominellen Beschützer der christlichen Minderheiten, konnten der neuen Minderheitspolitik nur noch machtlos zusehen. Die Initiative zur Vernichtung und ihre Ausführung gingen von der KEF aus. Diese Organisation war die eigentliche Macht im Reich. Aus dem Hintergrund traf die „vielköpfige Hydra, die keiner zu vernichten vermochte“, so ein deutscher Diplomat, alle wichtigen Entscheidungen. Die Befehlskette für die Vernichtung begann bei der KEF-Exekutive in der Hauptstadt, lief zu den KEF-Ortsverbänden und von dort an die Regierungsbeamten am Ort.

Als die Vernichtung ihren Höhepunkt erreicht hatte, erklärten die Ententemächte ihre Absicht, die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen. 1919 begann ein halbherziger Prozeß. Eine Reihe führender KEF-Mitglieder wurde zu Gefängnisstrafen verurteilt. Über das Führungstriumvirat — Enver, Talat und Djemal — verhängte man die Todesstrafe, in deren Abwesenheit, denn sie waren mit deutscher Hilfe schon längst außer Reichweite.

Am Ende sorgten die verzwickten politischen Verhältnisse der Nachkriegszeit dafür, daß auch die anderen Verurteilten fast völlig unbestraft davonkamen. Talat Pascha, der allgemein als Urheber der Vernichtung galt und sich vor Botschafter Morgenthau brüstete, er habe zur Lösung der Armenier-Frage in drei Monaten mehr geleistet als Sultan Hamid in dreißig Jahren, war nach Berlin entkommen. Dort lebte er mit seiner Frau in der Nähe des Bahnhofs Zoo, bis er im März 1921 der Kugel eines jungen armenischen Rächers zum Opfer fiel.

4. Unter den alten Ottomanen genossen die Armenier weitgehende Autonomie im Kultur- und Gesellschaftsbereich. Feste Rechte hatten sie jedoch nicht, wie die Massaker der neunziger Jahre beweisen. Diese Blutbäder waren weder unprovokiert noch unerwartet. Sie folgten als Vergeltung der Regierung für die Unruhen, die verschwörerische armenische Gruppen ausgelöst hatten. In der Absicht, den nie endenden Ausplünderungen der Bergbanditen und der Willkür des despotischen Sultans ein Ende zu setzen, sagten die Verschwörer Ende des Jahrhunderts der Hohen Pforte den Kampf an. Bald wurde der Terrorismus zu ihrer Hauptwaffe.

Es ist schwer zu sagen, was bei diesen Terroristen größer war: ihre politische Naivität oder ihre Unverantwortlichkeit. Ihre Strategie, so einfach wie kaltblütig, war, durch Terrorismus den Staat zu gewaltigen Gegenschlägen an das armenische Volk zu provozieren. Dadurch werde die Weltöffentlichkeit die hoffnungslos exponierte Lage der ottomanischen Armenier erkennen. Aus Solidarität mit ihren christlichen Brüdern in Asien würden dann die europäischen Mächte die Hohe Pforte zu durchgreifenden Verbesserungen zwingen.

Frühere Gespräche der Großmächte über Armenier-Reformen nahmen die Verschwörer als bare Münze. Sie sahen nicht, daß im *grand jeu* der Großmächte ihr kleines Volk nur eine sehr unbedeutende Nebenrolle hatte. Ihre Möglichkeiten, auf die Politik der Großmächte einzuwirken, hatten sie ebenso maßlos überschätzt wie die Bereitschaft der Europäer, sich für Menschenrechte einzusetzen. Von vornherein hatte die Strategie des Terrors keine Chancen auf Erfolg. Sicher war nur, daß das Volk zahlen mußte.

Zu Kriegsbeginn bemühten sich die offiziellen Vertreter der Armenier, ihre Treue zum Reich glaubhaft zu machen. Diese ohnehin fast unmögliche Aufgabe wurde durch russische Armenier tergraben, die ihre Brüder jenseits der Grenze zum Aufstand gegen die Hohe Pforte aufhetzten oder gar aufriefen, das Land zu verlassen, um auf der Seite der Russen zu kämpfen. Einige Armenier folgten dem Ruf über die Grenze. Wahrscheinlich waren es nicht viele, aber unter ihnen befanden sich Personen von Rang und Einfluß.

Ferner wußten die Jungtürken, daß viele Armenier den Sieg der Ententemächte wünschten. Das ganze Volk als unzuverlässig, sogar verräterisch darzustellen, fiel ihnen leicht. Zwar haben armenische Schriftsteller versucht nachzuweisen, daß vom Volk als Ganzem keine Gefahr drohte. Objektiv mag das richtig gewesen sein. Aber der Augenschein sprach damals gegen die Armenier.

Im Frühjahr 1915 brach ein Aufstand der Armenier im Van-Gebiet aus. Der Tatbestand zu diesem Schlüsselereignis ist noch unklar. Armenier behaupten, sie hätten in Selbstverteidigung zu ih-

ren Waffen ge-griffen. Nach türki-scher Auslegung war der Aufstand der Wegbereiter für die vorstoßende russische Armee. Etwa vier Wochen lang dauerte der Aufstand, bis die anrückenden Russen den Abzug der Türken erzwangen. Die russischen Einheiten bestanden hauptsächlich aus Armeniern. Sobald der Widerstand versickerte, überfielen die Rus-sen muselmanische Dörfer. Viele Tausende sind dem Massaker zum Opfer gefallen. Natürlich nahm da-nach der Ruf zur Rache anschwellen. Daß die Van-Rebellion die dringend an der Front benötigten Truppen so lange festhielt, machte das Maß voll.

Auch wenn also die Armenier keine unschuldigen Lämmer waren, rechtfertigt diese Tatsache das gigantische Verbrechen am armenischen Volke nicht im geringsten. Es lassen sich überhaupt kein Umstand und keine Provokation vorstellen, die einen Völkermord rechtfertigen oder entschuldigen können. Es gab Deutsche, die der Meinung waren, die Armenier hätten nur geerntet, was sie säten. Talat ge-braucht keine kläglichen Ausflüchte. Vom *Berliner Tageblatt* später befragt, warum so viele unschuldige Menschen zusammen mit den Schuldigen sterben mußten, antwortete er, Unschuldige könnten sich eines Tages zu Schuldigen entwickeln. Letztlich ist aber die Frage der Provokation sekundär. Die zweifelhafte Treue der Armenier erleichterte den Jungtürken nur das, was ohnehin schon beabsichtigt war. Der Krieg bot die Gelegen-heit und die Methode dazu.

Wie viele Armenier bei dem Völkermord ums Leben kamen, ist ungewiß. Wahrscheinlich fand eine Million Menschen aus einer Gesamtbevölke-rungszahl von achtzehn Millionen den Tod. Nach der physischen Vernichtung folgte die kulturelle Ausradierung. Heute zeigt die Landkarte keine armenischen Ortsnamen mehr. Auch die Denkmäler der armenischen Vergangenheit sind verschwun-den oder verfallen.

5 Das Reich der Ottomanen hatte einen pro-minenten Platz in den wachsenden impe-rialistischen Bestrebungen des wilhelmini-schen Deutschlands. Nicht nur als riesiger, potentieller Abnehmermarkt, sondern auch als Tor zu Persien, Afghanistan und schließlich zum fabelhaf-ten Indien. Mit der Türkei fest in deutschen Hän-den konnte man dem Engländer, der zur See un-besiegbar war, seine Vormachtstellung im Orient-handel durch eine Landstraße streitig machen.

Am Vorabend des Krieges betrogen die deu-tschen Investitionen in der Türkei fast soviel wie die der Engländer und Franzosen zusammenge-nommen. Deutsche Offiziere bekleideten die höchsten Posten in der Armee des Sultans. Krupp und Mauser lieferten Waffen, die Deutsche und die Dresdner Bank hatten Schlüsselrollen im wirt-schaftlichen Leben der Türkei. Siemens baute. Deutsche Politiker, Geschäftsleute und Militärs waren sich darin einig, daß die Integrität des Ot-tomanischen Reiches im Interesse Deutschlands erhalten bleiben müsse.

Während des Krieges war es die Aufgabe der Ottomanen, dem deutschen Heer Bewegungsfrei-heit zu verschaffen, indem sie die Russen in Schach hielten. Die stete Sorge, daß die Türken einen separaten Frieden schließen würden, gab Berlin weiteren Grund dafür, mit dem empfindli-chen Waffenbruder besonders nachsichtig umzu-

gehen. Bei Deutschland, der einzigen Macht, die den Armeniern helfen konnte, sprachen alle prag-matischen Überlegungen gerade gegen eine solche Hilfe. Nur die Menschlichkeit sprach dafür, aber diese Stimme war zu schwach, um die Schallmauer der Realpolitik zu durchbrechen.

Die Haltung der deutschen Botschaft in Kon-stantinopel zu den Armeniern war von vornherein ablehnend. Botschafter Hans von Wangenheim hielt auch in der schlimmsten Zeit an der Nicht-einmischungspolitik fest. Der Marineattaché, Kor-vettenkapitän Hans Humann, in der Türkei gebo-ren und eng mit dem „kleinen Napoleon“ Enver befreundet, war Wangenheim eine starke Stütze. Bei diesen beiden Männern stießen die Armenier nicht nur auf kalte Verschlossenheit, sondern auch auf aktive Gegnerschaft.

Im Oktober 1915 richteten deutsche Angehö-rige der Technischen Schule in Aleppo eine Mah-nung an das Auswärtige Amt: Wenn nicht sofort durchgreifende Schritte zur Linderung der Not der überlebenden Deportierten unternommen würden, werde der Ruf der Deutschen in Asien schwer beschädigt. Bei der dortigen arabischen Bevölkerung werde erzählt, die Armenier-Verfol-gungen seien „die Lehre der Deutschen“. Die An-klage wurde in Frankreich in Zeitungsartikeln und einem Buch, „Méthode allemande, exécution turque“, aufgenommen. Auch in England wurde sie wiederholt.



Djemal Pascha

Die wohl wichtigste dieser Beschuldigungen, weil aus einer neutralen Ecke kommend, war die des amerikanischen Botschafters in Konstantino-pel, Henry Morgenthau. Ihm habe der deutsche Admiral von Usedom bestätigt, daß die Depor-tationspläne deutschen Ursprungs seien. Sicherlich haben Vorträge, die Paul Rohrbach und der alte Türkei-Kenner, Feldmarschall Colmar Graf von der Goltz, in den Vorkriegsjahren gehalten hatten, diesen Eindruck bekräftigt. Beide Redner sprachen sich dafür aus, die Armenier aus ihrer Heimat zu entfernen und sie entlang der Strecke der neuen Bagdadbahn anzusiedeln.

In dem damals herrschenden geistigen Klima, wo man ungeniert über die „Lebensfähigkeit“ oder gar den „Lebenswert“ dieses oder jenes klei-nen Volkes diskutierte, war die Idee, Menschen-gruppen wie Schachfiguren zu verschieben, nicht besonders radikal. Der soziale Darwinismus hatte einen breiten Kreis von Anhängern im wilhelmini-schen Deutschland. Doch die Jungtürken brauch-ten nicht belehrt zu werden. Der Begriff Völker-umsiedlung (*Sürgün*) war den Ottomanen als Staatsräson längst bekannt.

Im Kriegsjahr 1915 verlangten die deutschen In-teressen unbeugsame Passivität in der Armenier-frage. Gleich zu Beginn, als die armenischen Sol-daten entwaffnet wurden, standen die deutschen Militärberater, die für diese Soldaten verantwort-lich waren, kritiklos beiseite. Als die Vernichtung im vollen Gang war, protestierte der deutsche Botschafter nur, um den Schein zu wahren, bei der Hohen Pforte. In Berlin erklärte Arthur Zim-mermann, Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, einer Versammlung besorgter Zeitungsre-dakteure, man dürfe dem Waffenbruder nicht den eigenen Willen aufzwingen.

Und selbst diese Worte verdrehten die Wahr-heit, da auch der Wille fehlte, den Armeniern zu Hilfe zu kommen. Hie und da haben einzelne Deutsche getan, was sie konnten, aber ihre Mög-lichkeiten waren sehr beschränkt. Nur einmal kam es zu einem bedeutenden Eingriff: Als die Depor-tationen in Izmir begannen, befahl der Oberkom-mandant der Region, der deutsche General Otto Liman von Sanders, dem türkischen Gouverneur, die Aktion sofort abzubrechen. Er, Liman, könne nicht dulden, daß die Bewegungsfreiheit seiner Armee durch endlose Menschenkolonnen beeinträchtigt werde, und sei bereit, seine Truppen ein-zusetzen, sollte der Gouverneur seinen Anord-nungen nicht Folge leisten. Dieses entschlossene Handeln hat das Leben Tausender von Armeniern gerettet und stand im starken Kontrast zur Politik der deutschen Botschaft.

Was die Botschaft bei der Hohen Pforte errei-chen konnte, wenn sie wollte, beweist ein Fall, in dem sich Wangenheim für die in Palästina leben-den Juden einsetzte. Einige Monate nach Kriegs-anfang befahl der Gouverneur die Umsiedlung al-ler in der Stadt Jaffa lebenden Juden, etwa 600 Menschen. Da sie fast alle die russische Staatsan-gehörigkeit hatten, erklärte sie der Gouverneur, Djemal Pascha, zum Sicherheitsrisiko. Erschreckt wandten sich die Juden an die deutsche Botschaft und baten um Hilfe. Wangenheim, der, wenn es um Minderheitsfragen ging, sonst bei den Jungtür-ken so vorsichtig war, machte sich stark und er-reichte den Widerruf des Umsiedlungsbefehls. Die historische Bedeutung dieses Erfolges konnte er damals nicht ahnen. Er hatte den Kern, aus dem später der Staat Israel hervorging, bewahrt.

Dieser Erfolg kam bestimmt nicht leicht. Dje-mal Pascha war einer der mächtigsten Männer des Reiches und ebenso allergisch gegen die Einmischung von Ausländern in innere Angelegenheiten wie seine beiden Kollegen Enver und Talat. Dabei teilte er durchaus nicht die Deutschfreundlichkeit der beiden anderen. Allein die Demarche zugun-sten von Staatsbürgern eines Landes, mit dem die Türkei Krieg führte, muß Djemal als sonderbar empfunden haben. Hinzu kam, daß sie Angehö-rige der Zionistischen Bewegung waren, einer Or-ganisation, deren Ziele die Jungtürken als eine Ge-fahr für die Integrität des Reiches ansahen.

Wangenheim nahm die große Hürde, weil es ihm wichtig war. Das Schicksal der palästinensi-schen Juden interessierte das Auswärtige Amt nur, weil man damit den guten Willen der Juden in den damals noch neutralen Vereinigten Staaten gewin-nen konnte. Die Juden in Jaffa waren eine Brücke zu den Juden in New York und Chicago, von de-nen sich das Auswärtige Amt bedeutende Gegen-leistungen versprach: In charakteristischer Verken-nung der Lage hatte Berlin angenommen, daß sich die amerikanischen Juden im Krieg für die deu-tschen Interessen einsetzen und dafür arbeiten würden, daß Amerika auf der Seite der Mittel-mächte in den Krieg eintrete oder zumindest seine Neutralität bewahre.

6. In Deutschland erfuhr die Öffentlichkeit über das Schicksal der Armenier nur auf Umwegen. Die Militärzensur erlaubte keine Reportagen, aber Gerüchte über türkische Exzesse schwirrten dennoch herum. Soldaten auf Heimaturlaub erzählten ihre Erlebnisse. Zu ihnen gehörte der Dichter Armin Wegner, der versuchte, die Öffentlichkeit wachzurütteln. Zeitungen in Dänemark, der Schweiz und die der Entente-Presse berichteten über die Greuelthaten.

General Kress von Kressenstein, der an der Suz-Front diente, schreibt in seinen Erinnerungen, das deutsche Volk sei aufs genaueste unterrichtet gewesen. Ohne Frage wußten die politischen und religiösen Führungsspitzen, was im Gange war. Im Oktober, als in der Schweizer Presse ein Hilferuf für die Armenier, unterschrieben von hundert Prominenten, erschien, hielt auch Johannes Lepsius vor dem Reichstag einen Vortrag über die Lage der Armenier. Die Vertreter des Volkes ließen sich nicht beeinflussen. Lepsius und seine Mitarbeiter, so beruhigten sie sich, würden aus überspitzter christlicher Besorgtheit übertreiben.

Zu Beginn des Jahres 1916 befaßte sich der Reichstag abermals mit den Armeniern. Im April verschickte Lepsius 20 000 Exemplare von seinem „Bericht über die Lage des armenischen Volkes“ an die Mitglieder des Reichstages, an die Kirchen und andere meinungsbildende Kreise in Deutschland. Die Bücher, die auf dem Titel die fettgedruckte Warnung „Streng vertraulich“ trugen, sind nur sporadisch angekommen, weil die meisten beschlagnahmt wurden.

Im Herbst 1916 schließlich, als die Deportationen längst beendet waren und die Nothilfe für die Überlebenden am wichtigsten war, wurden die beiden deutschen christlichen Konfessionen beim Reichskanzler vorstellig und forderten sofortige Hilfsaktionen von der Regierung. Doch fehlte es ihnen an Entschlossenheit und Durchsetzungsvermögen. Sie gaben sich mit Beschwichtigungen zufrieden und beugten sich der Staatsräson.

Daß die Diskussion der Armenierfrage in Deutschland unterdrückt wurde, ist niemandem mehr zu verdanken als Ernst Jaeckh. Zum Auswärtigen Amt hatte dieser tüchtige Draufgänger so

glänzende Beziehungen, daß ihm als Privatmann Durchschriften offizieller Korrespondenz zugestellt wurden. Er wußte besser als jeder andere in Deutschland über die Vorgänge im türkischen Osten Bescheid und verschwie, verdrehte oder verniedlichte, was nach seinem Ermessen der deutschen Sache nicht dienlich war. Auch andere, wie seinen vom Gewissen gequälten Freund Paul Rohrbach, verpflichtete er zum Schweigen. Eine Weile schwieg Rohrbach. Als seitens der Regierung nichts geschah, schrieb der beschämte Realpolitiker an Jaeckh, er werde „aufhören, Deutscher zu sein, im politischen Sinne“.

Die blinde Treue zum türkischen Waffenbruder überlebte nicht nur den Krieg, sondern auch die wilhelminische Regierung. Jaeckh hielt die Grabrede für Talat Pascha auf dem islamischen Friedhof in Berlin. Auf dem Grabe lag ein Kranz, den das

Auswärtige Amt mit der Widmung geschickt hatte: „Einem großen Staatsmann und treuem Freund“. Und das in der Weimarer Zeit! Später mußte sich Jaeckh das Urteil eines Wiener Journalisten gefallen lassen: „Er gehört anscheinend zu den vielen Deutschen, die während des Krieges ihre Menschlichkeit verstaatlicht haben.“

Talat Pascha und einige seiner Kollegen, die Schlüsselrollen in der Vernichtung hatten, führten drei Jahre lang ein ruhiges Leben in Berlin, bis die Selbstjustiz der Armenier sie einholte. Der Prozeß gegen Talats Mörder im Juni 1921 war eine internationale Sensation. Der Täter, dessen Eltern und Geschwister getötet worden waren und der selber nach einem Beihilfe auf dem Weg für tot liegen gelassen wurde, hatte einige der fähigsten Anwälte Deutschlands als Verteidiger. Lepsius und Liman von Sanders gehörten zu den Zeugen. Zum erstenmal wurde öffentlich über die grausamen Details der Armenierverfolgungen gesprochen und die Frage der deutschen Mitverantwortung erörtert. Der Prozeß endete mit Freispruch aufgrund der „Störung der Geistesfähigkeit“ des Täters, eine bewährte Handhabung jener Fälle, wo der Angeklagte schuldig ist, aber das Gericht ihn nicht verurteilen will.

Bemerkenswert war die Kürze des Verfahrens. Innerhalb von zwei Tagen wurde der verwickelte Prozeß be-

endet. Der Eindruck, daß eine unsichtbare Hand dafür sorgte, den Fall schnellstens abzuwickeln, wird durch das Verhalten der Presse und der Polizei bekräftigt. Niemand war den vielen Indizien, daß der Täter, wie wir heute wissen, nicht allein gehandelt hatte, nachgegangen.

Wessen Hand beschwichtigte, zeigt ein Brief des Auswärtigen Amtes an den preußischen Justizminister. „Es sei zu befürchten“, schreibt der Leiter der Politischen Abteilung, daß „durch Aufrollung einer ganzen Anzahl politischer Fragen in der Öffentlichkeit allergrößtes Aufsehen [erregt wird, und daß] eine Störung der öffentlichen Ruhe zu befürchten ist... Vielleicht wird die Verteidigung sogar versuchen, auf die Stellungnahme der deutschen Regierung zu diesem Armeniergreuel einzugehen... Eine Diskussion dieser ganzen Angelegenheit im gegenwärtigen Augenblick [wäre] außerordentlich unerwünscht.“

Inzwischen haben die Vereinten Nationen und das Europäische Parlament den Völkermord an den Armeniern anerkannt. Vor kurzem hat sich der amerikanische Kongreß erneut mit dem Entwurf einer Anerkennungserklärung befaßt und ihn wie früher abgelehnt. Das erfolgreiche Gegenargument klingt wie ein Echo aus früheren Zeiten: Man müsse auf den türkischen Waffenbruder (hier der Nato-Partner) Rücksicht nehmen...

Der Autor ist Professor für Ethnologie und Internationale Studien / Pace Universität, New York



Enver Pascha

Aufnahme: Archiv für Kunst und Geschichte, Ulstein



Rettete Tausenden das Leben: General Liman von Sanders

Aufnahme: Suhrdt Verlag

Frankfurter Allgemeine 10. 5. 1990

Todesmärsche nach Mesopotamien

Vor 75 Jahren begannen die Deportationen der Armenier im Türkischen Reich /

Von Wolfgang Günter Lerch

Vor wenigen Tagen haben Vertreter der Türkei und Großbritanniens zusammen mit Veteranen aus allen beteiligten Armeen jener Schlacht gedacht, die zu Beginn des Ersten Weltkriegs auf der schmalen Halbinsel Gallipoli, am „Hellespont“ der Alten, ausgetragen wurde. Doch über den teils pathetischen, teils stolzen Worten des Gedenkens geriet nahezu in Vergessenheit, daß sich zum selben Datum auch der 75. Jahrestag des Beginns jener blutigen Ereignisse jährte, die als „Armeniermassaker“ oder „Genozid an den Armeniern“ in die Geschichte eingegangen sind. Durch die jüngsten Entwicklungen im Transkaukasus, wo ebenfalls Armenier und (aserbaidschaische) Türken aufeinanderprallten, haben diese Geschehnisse noch eine zusätzliche Aktualität erhalten.

Am 24. April des Jahres 1915 begannen die Osmanen, damals geführt von dem jungtürkischen Triumvirat Enver Pascha, Talaat Pascha und Dschemal Bey, mit einer Verhaftungswelle unter armenischen Intellektuellen und Politikern (die später ermordet wurden) in Istanbul. Dies war der Auftakt zu Massendeportationen, denen am Ende mehr als eine Million Armenier zum Opfer fallen sollten. Vorhaltungen des deutschen Verbündeten der Türken, etwa des Botschafters von Wangenheim, die zudem relativ zaghaft vorgebracht wurden, fruchteten nichts. Ebenso wenig war der Kriegsminister Enver – Franz Werfel beschrieb die Szene in seinem Buch „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ in dichterischer Ausschmückung ergreifend – bereit, etwa den Bitten von Johannes Lepsius zu entsprechen und mit den Verschleppungen aufzuhören. Lepsius, protestantischer Pfarrer und Sohn des berühmten Ägyptologen Richard Lepsius, war Gründer der Deutsch-Armenischen Gesellschaft und dokumentierte die folgenden Geschehnisse gewissenhaft und voller Engagement für die armenische Sache.

Schwerpunkte der Massaker wurden die östlichen Gebiete der Türkei, die in der Literatur als die „sechs armenischen Vilayets“ aufscheinen. Für die Armenier sind die „Westarmenien“. Dort wurden Hunderttausende von Christen aus Städten und Ortschaften vertrieben, zu Trecks zusammengepackt, deren Ziel die Wüsten Mesopotamiens und Syriens waren. Was auf diesen Trecks geschah, haben nicht nur die Konsuln und Botschafter westlicher Mächte, denen man türkenfeindliche oder christliche Voreingenommenheit vorwerfen könnte, in ihren Berichten beschrieben, sondern auch Offiziere, die in der mit dem Osmanischen Reich verbündeten deutschen Armee die Vorgänge an Ort und Stelle beobachten konnten. Neben Johannes Lep-

sus, der die grauenhaften Massaker in seinem Buch „Der Todesgang des armenischen Volkes“ und in dem Werk „Deutschland und Armenien“ festgehalten hat, war es vor allem der Schriftsteller Armin T. Wegener, der wiedergab, was er an Greueln sah. Auch seine Versuche, die Öffentlichkeit in Deutschland wie in der übrigen Welt wachzurütteln, fruchteten nicht. Die Armenier, Männer, Frauen und Kinder, wurden auf ihren Zügen oder in den Lagern zwischen 1915 und 1917 von türkischer oder kurdischer Soldateska erschlagen; oder sie verhungerten zu Tausenden in den unfruchtbaren, menschenfeindlichen Gegenden, in die man sie verschickt hatte.

Dabei hatten Türken und Armenier lange Zeit friedlich zusammengelebt. Im Osmanischen Reich stellten die Türken meistens die Soldaten (Angehörige nicht-islamischer Glaubensgemeinschaften waren als die „Schutzbefohlenen“ des Islams vom Kriegsdienst befreit) und die „ulema“, die islamischen Schriftgelehrten, während Handel und Wandel in den Händen von Armeniern und Griechen lagen. Die Armenier sahen sich wegen ihrer vielseitigen Begabungen sehr geschätzt. Ein Wendepunkt wurden die neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, als das Osmanische Reich von Sultan Abdülhamit II. regiert wurde. Der Padischah, selbst Sohn einer Armenierin, der Haremsfrau Tirimüjgan, war Panislamist und versuchte, das auseinanderstrebende Vielvölkerreich mit Klugheit, Verschlagenheit und auch Brutalität zusammenzuhalten. Er gründete eine vornehmlich im Osten Anatoliens operierende Miliz, die nach seinem Namen „Hamidiye“ genannt wurde. Die Hamidiye bestand vor allem aus Kurden. Mit der Schaffung dieser bewaffneten Macht schlug der Sultan, wie er glaubte, zwei Fliegen mit einer Klappe: Er spannte die zu politischer Unruhe neigenden Kurden für die Osmanen ein und nutzte die Rivalitäten zwischen Kurden und Armeniern aus, um mögliche nationale Umtriebe und Aspirationen unter den letzteren niederzuhalten. Es war eine Zeit, in der sich nicht nur auf dem Balkan, sondern auch in den asiatischen und afrikanischen Besitzungen des einst mächtigen Türkischen Reiches secessionistische Bewegungen immer heftiger und teilweise auch gewaltsam zu Wort meldeten.

Unter Abdülhamit, nicht erst nach seinem Sturz, kam es zu den ersten Armenierverfolgungen, die etwa in Kilikien, dem ehemaligen Kernraum des mittelalterlichen Kleinarmenischen Reiches, aber auch in Konstantinopel und anderen Gegenden Anatoliens, mehrere hunderttausend Opfer forderten. Diese

Politik gewaltsamer Unterdrückung, die dem Herrscher unter den europäischen Mächten den wenig schmeichelhaften Beinamen des „roten Sultans“ einbrachte und die zunächst auch von den Jungtürken bekämpft wurde, fand nach dem Sturz des Autokraten ihre konsequente Fortsetzung. Im April 1909 kamen in Kilikien etwa 30 000 Armenier ums Leben. Doch diese Aktionen sollten nur das Vorspiel für die viel grauenhafteren Massaker des ersten Weltkriegs sein.

Die Türkische Republik, von Atatürk in bewußter Antithese zum alten Sultanat gegründet und für die Vorgänge gar nicht direkt verantwortlich, reagiert gleichwohl bis heute gänzlich ablehnend auf die Anschuldigungen der Armenier. Entgegen kam der Haltung der Türken in den siebziger und frühen achtziger Jahren der aberwitzige Terror der armenischen Untergrundorganisation „Asala“, die vom Libanon aus eine terroristische Hexenjagd auf türkische Diplomaten überall in der Welt unternahm. Doch das kann kein Hindernis sein, sich mit diesen historischen Ereignissen zu beschäftigen, zumal diese in die Tagesaktualität hineinreichen.

Nach Zeiten der Ablehnung sind nun türkische Historiker in die „Offensive“ gegangen. Sie versuchen sich in einer zum Scheitern verurteilten historischen Apologie, die auch mit dem Argument arbeitet, die Armenier bekämen als Christen von den christlichen Staaten des Westens immer recht; für die türkische Seite habe man kein Ohr. Folgt man den Versionen etwa von Mim Kemal Öke oder Türkkaya Ataöv, so hat es sich bei den Armeniermassakern nicht um einen geplanten Genozid gehandelt, sondern um Deportationen, die aus Gründen, die der Krieg vorgab, notwendig und unvermeidlich waren. Die Argumentation lautet ungefähr so: Das Osmanische Reich, im Krieg schwer bedrängt, von armenischen Terrorgruppen und Aufständischen im Inneren bedroht, habe um seiner Sicherheit willen die „Fünfte Kolonne“ der Armenier deportieren müssen. Die türkischen Historiker verweisen auf das Zusammenspiel radikaler Armenier mit dem feindlichen Rußland oder den westlichen Mächten, sie führen Anschläge armenischer Terroristen (etwa auf die Banque Ottomane) und Aufstände (wie den von Van) an, um die Maßnahmen der Jungtürken zu „rechtfertigen“. Johannes Lepsius hat freilich schon überliefert, daß der deutsche Botschafter einem osmanischen Verantwortlichen, der diese „Gründe“ nannte, zur Antwort gab, in einem Rechtsstaat bestrafe man allenfalls die Schuldigen, nicht aber ein ganzes Volk.

Prozeß gegen die PKK

Im größten „Terroristenprozeß“ in der Geschichte der Bundesrepublik, wie Generalbundesanwalt Rebmann das Verfahren gegen die 18 Kurdinnen und Kurden nannte, fielen erste Entscheidungen. In dem Verfahren vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf wurde, nachdem bereits 2 Kurden Haftverschonung erhalten hatten, am 30. Verhandlungstag das Verfahren gegen einen der Angeklagten eingestellt, sieben weitere erhielten Haftverschonung. Auch der Plexiglaskäfig, der die Angeklagten bisher im Gerichtssaal von den übrigen Prozeßbeteiligten trennte, wurde abgebaut.

Zweifellos ist das ein Erfolg der öffentlichen Bewegung gegen diesen Prozeß. Vor allem sorgten tausende von Kurdinnen und Kurden aus der gesamten BRD mit ihrem Engagement und ihrer ständigen Präsenz vor dem Düsseldorfer Sicherheitstrakt und im Gerichtssaal für Öffentlichkeit. Auch die zunehmende Zahl der kritischen westdeutschen Beobachter bis hinein in die liberalen Medien und massive Proteste aus anderen Staaten nahmen Einfluß auf den Prozeßverlauf. Doch dieser Erfolg ändert nichts an der Tatsache, daß die Verteidigungsrechte weiterhin stark eingeschränkt sind und nach wie vor gravierende Übersetzungsprobleme bestehen. Noch immer sind acht Angeklagte unter extremen Bedingungen in Untersuchungshaft (Isolation, Zeitungsverbote). Offensichtlich spekuliert man darauf, daß der internationale Protest durch wenige Zugeständnisse im Verfahrensbereich abgeschwächt werden kann. Das eigentliche Ziel, eine ausländische Befreiungsorganisation nach Paragraph 129a zu kriminalisieren,

besteht weiter. Daher halten Bundesanwaltschaft und Gericht hartnäckig an dem Anklagekonstrukt fest, mit dem die Durchführung dieses Prozesses vor einem bundesdeutschen Gericht steht und fällt.

Das Anklagekonstrukt

Nur vordergründig geht es im PKK (kurdische Arbeiterpartei) -Prozeß um angebliche Freiheitsberaubungen und Morde aus den Reihen der PKK gegen „Abtrünnige“ in der BRD. Selbst die Bundesanwaltschaft bringt nur vier der Angeklagten in unmittelbaren Zusammenhang mit den Mordvorwürfen. Die meisten müssen sich neben dem Vorwurf der „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ (§ 129a StGB) wegen geringen Einzeltatvorwürfen verantworten, wie z.B. Urkundenfälschung durch Verwendung eines falschen Passes. Noch 1985 verurteilte das Landgericht Darmstadt einen der heute in Düsseldorf Angeklagten wegen eines Mordes als Einzeltäter ohne politischen Zusammenhang. Die Bundesanwaltschaft versucht nun, diesen Mord nach § 129a zur Anklage zu bringen.

Was zwischen '85 und heute geschehen ist, daß es zur Konstruktion einer „terroristischen Vereinigung“ kommen konnte, verdeutlicht die Chronologie der Ereignisse: Im Oktober '86 traf sich Generalbundesanwalt Rebmann mit dem türkischen Botschafter. Beide erklärten, man wolle den „gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus“ verstärken. Zu diesem Zeitpunkt war das türkische Regime durch den Befreiungskampf in Nordwestkurdistan (Südosttürkei) in erhebliche Bedrängnis geraten und wurde auch mit Hinrichtungen, Folter und Massenprozessen nicht mehr Herr der Lage. Am 01.01.1987 trat das neue, von Rebmann maßgeblich forcierte „Terrorismugesetz“ in Kraft. Es sieht erhebliche Ausweitungen des § 129a StGB bis hin zur Möglichkeit der Kriminalisierung von Streiks als „terroristisch“ vor. Weiter stellt der § 120 Gerichtsverfassungsgesetz erstmals eine Ausweitung der Zuständigkeit des Generalbundesanwalts (und damit auch des BKAs) auf Katalogtaten dar, die geeignet sind die „äußere Sicherheit“ der

Bundesrepublik bzw. der Nato-Truppen zu beeinträchtigen. Vier Tage später erstellte das BKA den ersten Vermerk zur Einleitung des Ermittlungsverfahrens wegen Verdachts von „terroristischen Straftaten“ aus der PKK in der BRD. Seit diesem Tag sind Razzien in Wohnungen von Kurdinnen und Kurden in der BRD, Beschlagnahmung von Materialien und Geld sowie Festnahmen an der Tagesordnung. Kontakt- und Zeitungsverbote, selbst Hausarrest nach dem Ausländergesetz wurden verhängt. Ab diesem Zeitpunkt läßt sich Generalbundesanwalt Rebmann auf jeder seiner „Pressekonferenzen über die terroristische“ PKK aus, ohne daß auch nur die Ermittlungen über geringe Ansätze hinausgekommen sind. Die Verfassungsschutzämter widmen sich der PKK als „verfassungsfeindlicher Ausländerorganisation“. Allgemein wird in den bürgerlichen Medien von zunehmender terroristischer Gefahr durch Ausländerorganisationen gewarnt. Das Bundesinnenministerium nützt die ausländerfeindliche Stimmung, um die aus ihrer Sicht notwendigen Verschärfungen im Ausländergesetz voranzutreiben.

Bereits im Februar 1988 begannen die Planungen für einen umfangreichen Umbau des Sondertrakts im Polizeikaserengelände in Düsseldorf. Die acht Millionen DM teure Gerichtsfestung sollte sogar gegen Luftangriffe geschützt werden. Im Oktober 1988 mündete die schon vorhergegangene Stigmatisierung der PKK als „terroristische Vereinigung“ in einer Anklage. Diese erschien trotz großer Mengen beschlagnahmter Schriften und drei Kronzeugenaussagen juristisch konfus und fadenscheinig. Die BAW (Bundesanwaltschaft) bemühte sich, im Rahmen der bisherigen Bundesgerichtshofs-Rechtsprechung, eine „terroristische“ Inlandsteilvereinigung in der PKK zu konstruieren. Als Beweis für die geheime Teilvereinigung innerhalb der PKK mußte ein Sammelsurium von ca. 20 angeblichen oder tatsächlichen Gremien und Gruppen herhalten. Ein Zusammenhang mit der angeblichen Liquidierungslinie der PKK konnte allerdings nicht nachgewiesen werden. Laut BAW hatten diese Anstrengungen mit außenpolitischen Interessen der BRD nichts zu tun, sie dienten

dem Schutz ausländischer „Mitbürger“. Ende Dezember 1988 erhob die BAW gegen zwei der Kurden eine weitere Anklage. Ihnen werden zwei Morde im Guerilla-Camp der ARGK (dem bewaffneten Arm der PKK) im Libanon zur Last gelegt. Eine Erklärung, die den Versuch unternommen hätte, die Anwendung deutschen Strafrechts auf Vorgänge im Ausland und im Rahmen eines Befreiungskampfes zu rechtfertigen, blieb aus. Die Verteidigung wies in einer Einwendungsschrift darauf hin, daß laut Zusatzprotokoll I von 1977 zu den Genfer Abkommen von 1949 Kriegsvölkerrecht, auch auf antikoloniale Befreiungskämpfe angewendet werden muß. Dies schließt die Beurteilung von Vorgängen auch in Zusammenhang nach deutschem Strafrecht aus. In ihrer Reaktion auf diese Einwendungsschrift ließ die BAW vollends ihre Maske fallen: Sie behaupteten im Stil der gängigen türkischen Regierungspropaganda, daß auch die Guerillaaktionen der ARGK in Nordwestkurdistan durchweg „terroristisch“ seien und Kriegsvölkerrecht deshalb nicht gelten könne. Unter diesem Gesichtspunkt ist es nur noch eine Frage der politischen Opportunität, ob auch die Guerillaaktionen in Kurdistan selbst in der BRD angeklagt werden.

Die umfangreiche Einwendungsschrift der Verteidigung, die die juristische Unhaltbarkeit der § 129a-Anklage vom Oktober 1988 darlegt, veranlaßte die BAW im Juni 1989 zu einer Flucht nach vorn: Kurzerhand wurde die gesamte PKK in der BRD, später sogar die ganze PKK in Europa zur „terroristischen Vereinigung“ erklärt. Der 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf, hatte trotz dem offenkundigen hin und her der Bundesanwaltschaft keine Skrupel, das Verfahren am 31.8.89 mit einer 3. Varianten der „terroristischen Vereinigung“ zu eröffnen: Er behauptet, es sei innerhalb der PKK zur Durchsetzung des Alleinvertretungsanspruches und zur Disziplinierung der Parteimitglieder eine mit Parteisicherheit, Kontrolle, Nachrichtendienst bezeichnete eigene Organisation entwickelt worden. Diese reiche vom Generalsekretär der PKK Öcalan über das Zentralsekretariat der Gesamtpartei, das Europäische Zentralkomitee in Köln, das Europäische Exekutivkomitee in Köln, das Komitee für Parteisicherheit, Kontrolle und Nachrichtendienst beim ZK in Köln, nach Bedarf einberufenen Untersuchungsausschüssen und Parteigerichten, Leitern der Parteigebiete bis zu speziellen Arbeitsgruppen. Der 5. Strafsenat macht damit erstmals in der Geschichte der BRD unmittelbar eine angeblich „terroristische“ Auslandsvereinigung zum Gegenstand eines Strafverfahrens. Noch 1982 lehnte dagegen der Bundesgerichtshof sogar hinsichtlich der ausschließlich aus Deutschen bestehenden, neofaschistischen „Wehrsportgruppe Hoffmann“ die Anwendung des § 129a StGB „aus Rechtsgründen“ ab, weil es sich um eine Auslandsorganisation mit Sitz in Frankreich handle. Damit ist über die erwähnte ausgeweitete Verfolgungszustän-

digkeit von BKA und BAW hinaus nun auch der § 129a StGB selbst so zugeschnitten worden, daß er prinzipiell gegen jegliche ausländische, angeblich „terroristische“ Befreiungsorganisation Anwendung finden kann. Und wie zu vernehmen ist, hat die BAW auch schon die Aufstockung ihrer Mittel und ihres Personals verlangt, unter Berufung auf weitere Ermittlungsverfahren gegen ausländische Organisationen.

Hintergründe und politische Dimension

Das Vorgehen von Bundesanwaltschaft und 5. Strafsenat ist nicht Folge irgendeiner verschrobene Festungsmentalität. Es entspricht vielmehr der sicherheitspolitischen Linie, die die BRD seit Jahren verfolgt, ausbaut und international durchzusetzen sucht. Das konkrete Interesse im Fall der Türkei und Kurdistan ist greifbar: Der Befreiungskampf in Kurdistan, bei dem nach allen vorliegenden Informationen die PKK die wichtigste politische Kraft ist, ist inzwischen für BRD-Kapital und NATO-Interessen unerträglich geworden. So wurde über die kaum noch verdeckte militärisch-polizeiliche Unterstützung des türkischen Regimes im Kampf gegen die kurdische Guerilla und gegen die kurdische Bevölkerung eine westeuropäische Propaganda- und Repressionskampagne eröffnet. Spätestens damit wurde aus Strafverfahren gegen Einzeltäter ein § 129a-StGB-Verfahren gegen die PKK.

Zugleich konnte die BRD ihre Führungsrolle in Sachen Sicherheitspolitik der EG- und Europaratsstaaten nun voll zur Geltung bringen. Nach der Bombardierung von Tripolis durch die US-Air Force hatten sich insbesondere Genscher und andere bundesdeutsche Politiker damit hervorgetan, angesichts der Kritik an der offen völkerrechtswidrigen militärischen Interventionspolitik der USA, klarzustellen, daß die EG-Staaten subtilere Vorgehensweisen vorziehen. Das heißt konkret, Befreiungsbewegungen unter dem Terrorismus-Vorwurf zu kriminalisieren und die Strafverfolgungsbehörden einzuschalten. Die schon vor 1986 in diesem Sinne betriebenen Bemühungen, die PKK in anderen europäischen Staaten (Schweden, Frankreich, Schweiz) zu kriminalisieren, zeigte nur geringe Erfolge. So der Versuch, für den Mord an Olaf Palme die PKK verantwortlich zu machen. Es bot sich daher die Zentralisierung des Vorgehens in der BRD an: In keinem anderen westeuropäischen Staat gibt es — gewachsen aus den Wurzeln preußischer-polizeistaatlicher und faschistischer Erfahrungen — ein solch ausgefeiltes Instrumentarium der politischen Kriminalisierung wie in der BRD. Nirgendwo sonst in Westeuropa läßt sich eine solche Bereitschaft einer Sonderjustiz in der Anwendung von sog. Organisationsdelikten finden. Also bei Straftatbeständen, bei denen keine freundschaftliche Handlung, sondern die bloße Mitgliedschaft in einer (politische) Organisation verfolgt wird.

Nicht zu unterschätzen ist, daß eine breite öffentliche Kriminalisierung einer großen kurdischen Organisation mit zahlreichen Anhängern in der BRD (hier leben ca. 400.000 Kurden), die Verschärfung des Ausländer- und Asylrechts erleichtert. Generalbundesanwalt Rebmann hat in einem NRD-Interview angesichts der großen Schwierigkeiten seiner Behörde und des Gerichts mit diesem Prozeß den abenteuerlichen Gesetzesänderung vorgetragen. Danach sollen in Zukunft allein aufgrund einer Anklageerhebung nach § 129a StGB die betroffenen Ausländer abgeschoben werden können. Dies würde eine Beseitigung der bis zur rechtskräftigen Verurteilung geltenden Umschuldungsvermutung und eine Liquidierung des Auslieferungsschutzes für politische Angeklagte und Gefangene bedeuten: Im Fall der angeklagten KurdInnen wäre dies die Abschiebung in die Türkei. Die Anerkennungsquote für Asylantragssteller in der BRD, die zu einem großen Teil Kurden sind, ist mittlerweile auf 3,2 Prozent gesunken. Und in den Paragraphen 35,36 des neuen Ausländergesetzes soll praktisch jede oppositionelle und antiimperialistische Betätigung verboten und mit Maßnahmen bis hin zur Abschiebung geahndet werden können.

Auf dieser Linie liegt auch die neueste Bundesverfassungsgerichtsentscheidung vom 22.2.90. Sie betraf einen Kurden. Danach hat dieser keinen Asylanspruch, da er terroristische Aktivitäten im Heimatstaat unterstützt habe und diese Unterstützung in der BRD fortsetze.

Es liegt auf der Hand, daß die Bedeutung des gegenwärtigen PKK-Verfahrens weit über sein unmittelbares Bezugsfeld hinausgeht.

Gelingt es Regierung, BKA, BAW und der Sondergerichtsbarkeit mit dem § 129a-Konstrukt und mit der „Libanonanklage“ durchzukommen, wäre ein entscheidender Schritt beim Ausbau der westeuropäischen Linie gegen Befreiungsbewegung getan. Aus diesem Grund greift eine — sicherlich begrüßenswerte — liberale Kritik an den rechtswidrigen Verfahrensbedingungen zu kurz. Ein inhaltlicher Angriff und damit auch eine umfassend wirksame Mobilisierung gegen den PKK-Prozeß in Düsseldorf wird nur durch Verstärkung der öffentlichen Kritik an der imperialistischen Agitation der BRD in Kurdistan und anderswo sowie durch massiven Widerstand gegen die Kriminalisierung von Befreiungsbewegungen möglich sein.

Michael Schubert

DER SPIEGEL

DER SPIEGEL 18/1990

Türkei

Weise Entscheidung

Ankara knebelt seine Kurden-Provinzen, die kurdische Guerilla will dafür ihren Terror auf die ganze Türkei ausdehnen.

Die Soldaten stürzten sich auf alles, was die Farben Rotgelbgrün trug. Sie konfiszierten Schmuck, Schals und Pullover. Aus einer Drogerie nahmen sie sogar importierte Medikamente mit, weil die Schachteln mit den drei Farben bedruckt waren.

„Wenn es bei uns Verkehrsampeln gäbe“, meinte Müslüm Yıldırım, Bürgermeister der Stadt Nusaybin nahe der syrischen Grenze, „dann hätten sie die womöglich auch noch verboten.“

Rotgelbgrün sind die Nationalfarben der Kurden, eines Volkes, das es nach offizieller Auffassung der Türkei gar nicht gibt. Die neun Millionen Kurden im Land gelten amtlich als „Bergtürken“, ihre Sprache wird von Ankara nicht zugelassen.

Seit bald sechs Jahren versucht die kurdische Guerillaorganisation PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) im Südosten der Türkei eine Autonomie für ihre Landsleute herbeizuschießen. Fast 2500 Tote forderte der Versuch bisher.

Die Regierung in Ankara suchte die PKK-Überfälle als Werk einiger weniger Banditen darzustellen, die keinerlei Rückhalt im Volk hätten. In den kurdischen Regionen des Landes hat sich aber längst eine Massenbewegung entwickelt, die Menschen verlangen Freiheit für ihre Sprache und ihre Kultur.

„95 Prozent der Menschen hier unterstützen die PKK freiwillig mit Wasser, Lebensmitteln und anderen Leistungen“, erklärt Bürgermeister Yıldırım, der selbst Kurde ist. Beim Begräbnis eines PKK-Kämpfers kam es in Nusaybin zu Straßenschlachten mit der Armee und den von der deutschen GSG 9 ausgebildeten Antiterrorkommandos. Es gab einen Toten und viele Verletzte. Bei Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Truppen kamen in Cizre mindestens vier Menschen ums Leben.

Aus Protest gegen die Brutalität der Ordnungskräfte rasselten im Kurdenland die Rolläden der Händler herunter. Selbst in Diyarbakir, der größten Stadt im Südosten der Türkei, blieben viele Geschäfte geschlossen.

In Ankara geht die Furcht vor einer kurdischen Intifada um, vor einem Volksaufstand, der sich für die Armee auf Dauer als ähnlich verlustreich erweisen könnte wie die Auseinandersetzungen der Israelis mit den Palästinensern

in den besetzten Gebieten. Schon greifen junge Kurden die türkischen Soldaten und Panzer mit Steinen an.

Und die Guerrilleros verstärken ihren Druck. Ende März stoppten sie auf einer einsamen Straße einen Autokonvoi und erschossen neun türkische Ingenieure.

Vor Ostern lieferte sich eine etwa 100 Mann starke PKK-Einheit ein 40stündiges Feuergefecht mit der Armee im äußersten Südostzipfel der Türkei. Ankara meldete 29 getötete und 15 verletzte Kurden, die eigenen Verluste verschwiegen die Regierung. Anfang vergangener Woche starben weitere fünf Menschen.

Die Untergrundkämpfer sind für die Armee nur schwer zu packen, weil sie leicht über die nahen Grenzen in den Iran, den Irak und nach Syrien entwi-

weggeputscht haben. Per Dekret, unter Umgehung des Parlaments, erhielt der Kurden-Gouverneur weitere Notstandsbefugnisse.

Ankaras Mann in Südostanatolien kann nun Zeitungen verbieten und ihre Druckereien schließen – selbst wenn Redaktionen und technische Betriebe im Westen der Türkei zu Hause sind. Er kann Streiks aussetzen und unliebsame Einwohner in andere Teile des Landes deportieren lassen. Die Haftstrafen für „Separatisten“ und ihre Helfer werden verdoppelt: von fünf auf zehn Jahre.

Erstes Opfer der Presseknebelung wurde das Istanbul Nachrichtenmagazin *Ikibin'e Dogru*, das stets offen und kritisch über die Zustände in den kurdischen Regionen berichtet hatte. Die Druckerei des Zeitungskonzerns *Hür-*



Kurden in Diyarbakir: Furcht vor einer Intifada

schen und sich dort mit Duldung der jeweiligen Regierungen – die ihre eigenen Kurden genauso unterdrücken wie die Türkei – reorganisieren können. In der von syrischen Truppen kontrollierten Bekaa-Ebene im Libanon unterhält die PKK eigene Ausbildungslager.

Die elf Kurden-Provinzen der Türkei stehen schon seit 1987 unter Ausnahme-recht. Sie werden von einem Gouverneur regiert, der auf nahezu diktatorische Vollmachten zurückgreifen konnte.

Nun erhöhte die Regierung auf Empfehlung des Nationalen Sicherheitsrats, dem die führenden Generale des Landes angehören, den Druck noch weiter. Was an bürgerlichen Freiheiten und Menschenrechten übriggeblieben war, geht jetzt auch verloren – wenig verwunderlich bei der Geisteshaltung von Offizieren, die in drei Jahrzehnten schon dreimal die Demokratie in ihrem Lande

riyet kündigte Knall auf Fall den Druckvertrag mit dem Blatt, das vorerst nicht mehr erscheinen kann. Innenminister Abdülkadir Aksu zufrieden: „Das war eine weise Entscheidung, sonst hätten wir die Druckerei geschlossen.“

Damit auch in den entlegensten Dörfern der aufsässigen Region stets die richtige Wahrheit ankommt, läßt die Regierung gegenwärtig Hunderte von Farbfernsehern verteilen. Sie werden im Teehaus auch des kleinsten Ortes aufgestellt und sollen allen Einwohnern die regierungsfromme Version der Ereignisse durch das Staatsfernsehen nahebringen.

Den Vorschlag von PKK-Führer Abdullah Öcalan, einen Waffenstillstand zu vereinbaren, lehnte Ankara strikt ab. Darauf kündigte Öcalan an: „Nun wird es noch mehr Blutvergießen geben. Wir werden den Terror in die ganze Türkei tragen.“

die tageszeitung

TAZ ÜBERREGIONAL

Montag, 23. April 1990

INTERVIEW

„Sich zum Sarg bekennen, heißt Tabus durchbrechen“ türkische Kurden stehen mit dem Rücken zur Wand

Kurz vor seiner Amtsenthebung hat sich Müslim Yildirim, Bürgermeister der kurdischen Stadt Nusaybin, zur Intifada bekannt / Die taz sprach mit dem Stadtoberhaupt über die aufgestaute Wut der Demonstranten und über das Kesseltreiben des türkischen Militärs bei den jüngsten Kurdenaufständen

Der Bürgermeister der kurdischen Stadt Nusaybin, Müslim Yildirim, ist vom türkischen Innenministerium seines Amtes enthoben worden. Aufgrund eines Interviews mit der Nachrichtenagentur 'Reuter' hatte kurz zuvor das Staatssicherheitsgericht gegen den Bürgermeister Ermittlungsverfahren wegen „separatistischer Propaganda“ und „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ eingeleitet. Nusaybin war in den vergangenen Wochen eines der regionalen Zentren der kurdischen Intifada.

Nachdem Militärs während der Beerdigung eines erschossenen Mitgliedes der Kommunistischen Partei Kurdistans (PKK) in die Trauergemeinde geschossen und den zwanzigjährigen Semsettin Cifci getötet hatten, kam es zu einem regelrechten Volksaufstand in der Kreisstadt.

Bürgermeister Yildirim verteidigte den kurdischen Widerstand. Unmittelbar vor seiner Amtsenthebung gab Yildirim der taz ein Inter-

view — das letzte Interview des Bürgermeisters.

taz: Die Folge der Beerdigung eines Kämpfers der Kommunistischen Partei Kurdistans: Tausende von Kurden demonstrieren und liefern sich Straßenschlachten mit dem Militär; Kinder werfen mit Steinen auf Soldaten; Uniformierte schießen auf Zivilisten in den Gasen. Was hat sich in Nusaybin geändert?

Yildirim: Sie fragen wohl, ob ich mich zur Beerdigung bekenne. Wenn Tausende Bürger zu dieser Beerdigung hingehen, dann kann man nur den Schluß ziehen, daß sich das Volk dazu bekennt. Die Unterdrückung hat bei allen die Wut angestaut. Nur ein kleiner Funke genügt heute zur Explosion. Früher hatten die Menschen Angst, sich zu einem Sarg zu bekennen.

Vor wenigen Jahren wurde ein ehemaliger Schüler von mir, Ramazan Karatay, begrä-

ben. Er hatte eine wichtige Stellung in der PKK inne und war vom Militär erschossen worden. Er wurde sang- und klanglos begraben. Heute ist die Situation ganz anders. Sich zu einem Sarg bekennen, heißt Tabus durchbrechen.

Wo waren Sie während der Straßenschlachten?

Hier in der Stadtverwaltung. Journalisten und Abgeordnete hatten hier Schutz gesucht. Alles lief vor unseren Augen ab. An den Haaren wurden Menschen bis zur Polizeiwache geschleppt. Unsere städtischen Linienbusse wurden beschlagnahmt, um die Festgenommenen abzutransportieren. Die Stadtverwaltung wurde behandelt wie ein Nest der PKK.

Was bedeutet die Verschärfung des Ausnahmezustandes, die die Regierung verfügt hat?

Yildirim: Der schwerste Schlag ist die Pressezensur. Früher wurde über Massenfestnahmen und Morde berichtet. Nun ist die Presse zum Schweigen gebracht. Die Region soll von der Öffentlichkeit abgekapselt werden. Die Menschen hier fürchten, daß demnächst das Militär ein Massaker anrichten wird.

THE TIMES

WEDNESDAY APRIL 11 1990

Turkey clamps down on press

By Hazhir Teimourian

TURKEY yesterday imposed press censorship and other restrictive measures in its battle against Kurdish insurgents.

The action came a day after President Ozal declared that the Government would pursue a "military solution" to the problem.

The official gazette in Ankara announced that all reports and analyses of the south-eastern region of the country about to appear in the press or broadcast by state-

controlled radio and television would be censored to ensure that they "reflected the truth" and "do not pose a threat to the rule of law".

Regional governors would have the power to confiscate presses and fine offenders up to 100 million Turkish lira (£25,000).

In addition, the governor of the south-eastern region has been empowered to send individuals into internal exile in other regions if he "deemed them a threat to public order".

Despite earlier hopes that the Government might reform the state Constitution to give limited rights to the country's "mountain-Turks", Mr Abdulkadir Aksu, the Interior Minister, declared at the weekend that "force is the only fitting response to terrorism." He was speaking about Sunday's clash between the Turkish Army and guerrillas of the Marxist Kurdistan Workers' Party.

More than 20 guerrillas were said to have been killed when government forces ambushed their column in the

rugged Hakkari province, which lies in the corner formed by the borders with Iran and Iraq.

As more Kurds were arrested yesterday and as more peasants abandoned their ancestral villages to escape the fighting in the countryside, there were signs that the newly enlarged presence of the troops in the towns was itself deepening the alienation of the Kurds.

Nearly 2,500 people have been killed on both sides since Mr Abdullah Ojalan, a lawyer, formed the first band of the guerrillas in 1984.

He is said to have his main headquarters in the Bekaa Valley of Lebanon.

The new press restrictions met immediate criticism by opposition parties.

DER TAGES SPIEGEL

5.5.1990

Heftige Auseinandersetzungen mit kurdischen Separatisten in der Türkei

Zahlreiche Guerilleros bei Zusammenstoß mit Sicherheitskräften getötet

Ankara (Reuter). Bei den bisher blutigsten Auseinandersetzungen zwischen türkischen Sicherheitskräften und kurdischen Rebellen sind gestern 17 Guerilleros der marxistischen Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) ums Leben gekommen. Die halbamtliche Anatolische Nachrichtenagentur berichtete, das Gefecht habe im zerklüfteten Gebiet nahe der Grenze zu Irak stattgefunden. Seit Beginn des Kampfes der PKK um Unabhängigkeit seien noch nie bei einer einzigen Aktion so viele Menschen getötet worden. Bei einem weiteren Gefecht in der Provinz Hakkari kamen vier weitere Personen ums Leben. Der Konflikt zwischen den Kurden und der Regierung in Ankara hat westlichen Experten zufolge einen neuen Höhepunkt erreicht.

Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres waren 93 Menschen, darunter viele unbeteiligte Zivilisten, ums Leben gekommen. Vor einem Jahr waren es im gleichen Zeitraum 16. Allein im April dieses Jahres fielen dem Vernehmen nach 48 PKK-Kämpfer. Neben dem

Einsatz paramilitärischer Polizei versucht die Regierung mit zahlreichen neuen Bestimmungen verstärkt gegen die Separatisten vorzugehen. Westliche Beobachter sagten, die Türkei sei nicht weit vom Kriegsrecht entfernt, die Rebellen hätten es nicht leicht. Zu den neuen Maßnahmen zählen Einschränkung der Pressefreiheit und die Möglichkeit der Ausweisung von sogenannten Unruhestiftern.

In der Türkei leben rund zehn Millionen Kurden, in Syrien, Irak und Iran sechs bis sieben weitere Millionen. Die PKK strebt für sie einen eigenen Kurdenstaat an.

Die Zwischenfälle in der Türkei ereignen sich fast immer in den Grenzgebieten zu den drei genannten Staaten, denen Ankara schon wiederholt vorgeworfen hat, die PKK-Kämpfer unbehelligt über die Grenze zu lassen. Ministerpräsident Akbulut dürfte das Thema während seines Besuches in der irakischen Hauptstadt Bagdad, der am Wochenende beginnt, ansprechen.

DER TAGES SPIEGEL

MITTWOCH, 30. MAI 1990

Kurdische Asylsuchende in der Tschechoslowakei gestrandet

Reiseziel Deutschland — Fluchthelfer kassieren ab

Prag (dpa). Der Tschechoslowakei droht ein Flüchtlingsproblem, falls innerhalb der nächsten Zeit keine angemessene Lösung gefunden wird: Rund 1000 Kurden aus der Türkei halten sich in der CSFR auf. Ihr Reiseziel ist die Bundesrepublik oder die DDR, wo sie sich noch vor dem Inkrafttreten der Währungsunion niederlassen wollen. Doch hierfür fehlen ihnen die notwendigen Reisedokumente. Wie ein Beamter des tschechoslowakischen Außenministeriums gestern erklärte, ist die Zahl weiter am Steigen: Deshalb müsse schnell eine Lösung gefunden werden.

Die Kurden kommen mit Linienflügen aus Istanbul, Belgrad oder Bukarest legal in die CSFR: Sie sind in der Regel im Besitz eines achttägigen Transitvisums. Was ihnen jedoch fehlt, ist ein Einreisevisum in die DDR oder in die Bundesrepublik. Deshalb versuchen nach Angaben der CSFR-Behörden viele von ihnen, über die „grüne Grenze“ in die Bundesrepublik zu gelangen. Wenn sie von Grenzsoldaten ertappt werden, werden sie nach Prag zurückgeschickt. Meist versuchen sie dann, die Grenze zur DDR zu passieren.

Fluchthelfer machen seit Wochen entlang der Grenze glänzende Geschäfte. Für den Grenzübertritt werden bis zu 4000 DM kassiert, hierzu kommen noch die Kosten für die Fahrt zur Grenze. Eine Prager Zeitung sprach gestern bereits offen von „Menschenhandel an der Nordgrenze“. Leiter der Menschenschmugglerorganisation soll ein in der Bundesrepublik lebender Türke sein. Seit der Einführung der Visumpflicht für türkische Staatsbürger durch die DDR wird die Situation immer schwieriger, denn die Kontrollen auf beiden Seiten der Grenze werden immer genauer.

Den tschechoslowakischen Behörden bereitet auch die Frage Probleme, ob es sich bei den Kurden um politische Flüchtlinge oder um Wirtschaftsemigranten handelt. Wie der Beamte des Außenministeriums erklärte, wolle man den Menschen, die meist mit ihren ganzen Familien ohne finanzielle Mittel angereist sind, durch eine Zwangsrückführung in die Heimat nicht noch größere Schwierigkeiten bereiten. Nach den Worten des Ministeriumssprechers herrscht bei der Regierung Ratlosigkeit, wie das Problem gelöst werden könne.

Frankfurter Allgemeine

12.4.90

„Deportationen in kurdischen Gebieten“

Die türkische Regierung verschärft die Drohung gegen „Separatisten“

wgl. FRANKFURT, 11. April. Die türkische Regierung ist entschlossen, energischer als bisher gegen die kurdischen Militanten der PKK vorzugehen. Der Ministerrat in Ankara hat auf einer Sondersitzung, an der auch Staatspräsident Özal und Ministerpräsident Akbulut teilnahmen, ein Paket von Sondermaßnahmen beschlossen, die in den südöstlichen Gebieten der Türkei, wo der kurdische Aufstand stattfindet, gelten sollen. Staatsminister Yazar gab die geplanten Schritte anschließend vor Journalisten in Ankara bekannt. Die Maßnahmen lauten im einzelnen: Die von Kurden bewohnten Gebiete von Batman und Şirnak werden zur Provinz erklärt; in der armen Region des südöstlichen Anatolien sollen 40 000 Arbeitsplätze geschaffen werden, außerdem werden 50 000 Beamte in die Region entsandt oder dort ausgebildet; Berichte von Zeitungen oder des Fernsehens in der Region sollen kontrolliert, mithin gegebenenfalls zensiert werden; die Gouverneure erhalten die Vollmacht, Streiks und Aussperrungen in ihrer Provinz zu beenden oder zu verbieten; die Gefängnisstrafe für „Separatisten“ (dies ist die offizielle Bezeichnung für gegnerische Kurden) oder Sympathisanten und Helfer der Separatisten soll auf zehn Jahre verdoppelt werden; Verdächtige sollen innerhalb des Landes „verbannt“, also deportiert werden können. Kurden, die ihren Zielen abschwören und „Reue“ zeigen, können mit einem Strafnachlaß rechnen, mit Schutz durch die Sicherheitskräfte und finanziellen Zuwendungen.

Die Tageszeitung „Tercüman“ hat weitere Einzelheiten über das jüngste, fast drei Tage dauernde schwere Gefecht zwischen

PKK-Kurden und den Sicherheitskräften bei Oymakaya veröffentlicht. Bei dieser Aktion waren 29 PKK-Leute getötet worden. Die Kurden sollen nach dem Bericht der Zeitung aus einem Ausbildungslager in der iranischen Stadt Mahabad über die nördlichen, mittlerweile fast menschenleeren Territorien des Irak in die Provinz Hakkari eingedungen sein. Mahabad war nach dem Zweiten Weltkrieg für einige Monate Hauptstadt der kurzlebigen „Kurdenrepublik von Mahabad“ unter Ghazi Mohammed gewesen. Die aus Iran kommenden Kurden hätten sich am Ort des Gefechtes mit PKK-Leuten aus der in der Türkei gelegenen Stadt Siirt vereint. Durch die schweren Verluste der PKK bei Oymakaya sei die großangelegte „Frühjahrsoffensive“ der Organisation vereitelt worden.

Die Führung des kurdischen Jirki-Stammes, die schon seit geraumer Zeit mit den türkischen Behörden zusammenarbeitet, geht nun ihrerseits verstärkt gegen die PKK-Kurden vor. Die Jirki-Kurden stellen in der Provinz Hakkari die Mehrheit der kurdischen Bevölkerung. Der Stammesführer Scheich Tahir Adiyaman hatte schon vor einiger Zeit gesagt, er könne „effektiver gegen die Terroristen vorgehen als der von der Regierung eingesetzte Generalgouverneur Kozakcioglu“. Man solle ihm den Posten des Gouverneurs übertragen. Die türkischen Zeitungen berichten nun, Teile des Jirki-Stammes schnürten PKK-Militante ein und „belagerten“ sie. Das Haus Scheich Adiyamans soll in den vergangenen Monaten mit Raketenwerfern angegriffen worden sein. Der Stammesführer gilt in den Augen der PKK als größter Verräter.

WR

WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU

Montag, 30. April 1990

Prag: 1000 Kurden wollen in die Bundesrepublik

Prag. (dpa) Rund 1000 türkische Kurden wollen von der CSFR aus in die Bundesrepublik oder die DDR noch vor Inkrafttreten der Währungsunion reisen. Wegen fehlender Visa versuchen sie, die Grenze schwarz zu passieren. Der Grenzzaun zwischen der CSFR und der Bundesrepublik ist inzwischen beseitigt.

die tageszeitung

BERLINS ÜBERREGIONALE

Montag, 23. April 1990

Kurden demonstrieren

Protest gegen den Ausnahmezustand in Türkisch-Kurdistan

Köln (ap) — Rund 10.000 Kurden haben am Samstag in Köln gegen den von der türkischen Regierung verhängten Ausnahmezustand in ihrer Heimat demonstriert. Sie forderten die Regierung in Ankara auf, die vor zwei Wochen verhängten Sondermaßnahmen zur Beendigung des Aufstands der kurdischen Minderheit in der Türkei aufzuheben. Die Kundgebung verlief nach Angaben der Polizei ohne Zwischenfälle.

Nach Darstellung der Veranstalter will die türkische Regierung mit ihren Maßnahmen die Deportation

von Kurden vorbereiten. Die Regierung erweiterte unter anderem die Machtbefugnisse des Regionalgouverneurs und schränkte die Berichterstattung über die Lage im Südosten des Landes ein. Bei den Unruhen, die Ende März an der Grenze zu Syrien begonnen haben, sind bisher mehr als 2.500 Menschen getötet worden. Der von der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) unterstützte Aufstand zielt vor allem auf die Anerkennung eines autonomen Kurdenstaates durch die türkische Regierung.

taz

Mittwoch, 4. April 1990

Türkischer Geheimdienst in BRD aktiv

Stuttgart (dpa) — Gegen mehrere Beamte der Türkischen Generalkonsulate in Stuttgart und Hamburg wird wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit ermittelt. Das teilte die Stuttgarter und die Hamburger Generalstaatsanwaltschaft mit. Nach Informationen des Fernsehmagazins *Panorama* sollen rund 30 hauptamtliche Mitarbeiter des türkischen Geheimdienstes MIT — als Konsularbeamte getarnt — in der BRD lebende Landsleute ausspioniert, überwacht und versucht haben, diese durch Drohungen und Erpressungen zu Spitzeldiensten zu nötigen. Ziel dieser Ausforschung

seien vor allem religiöse, nationalistische und politische Gruppen. Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft bestätigte, daß gegen drei türkische Konsularbeamte ermittelt wird. Die Ermittlungsverfahren seien am Montag vom Generalbundesanwalt an die Stuttgarter Behörde abgegeben worden. Sie wurden eingeleitet, nachdem ein türkischer Staatsangehöriger von Anwerbeversuchen berichtet hat. Nach Angaben von *Panorama* soll nun versucht werden, die Spionageaffäre diplomatisch zu lösen. Die Türkei soll 15 namentlich bekannte MIT-Beamte aus der Bundesrepublik abziehen.

DER TAGESSPIEGEL

6. April 1990

Rangerei mit Kurden

Kurz vor Beginn der Plenarsitzung kam es am Eingang der Brandenburghalle zu Handgreiflichkeiten zwischen den Parlamentsordnern und einer Gruppe von kurdischen Demonstranten. Die Kurden hatten versucht, unter Sprechchören in die Halle einzudringen und dort Flugblätter zu verteilen, mit denen sie gegen die Politik der türkischen Regierung protestierten. Beim Versuch die Gruppe hinauszudrängen, erlitt einer der Ordner eine blutende Gesichtsverletzung. Parlamentspräsident Wohlrahe kündigte an, er werde Straftrag wegen Hausfriedensbruch.

DER TAGESSPIEGEL

1.4.90

Krawalle vor türkischem Konsulat in Frankfurt

Frankfurt a. M. (dpa). Zwei Gruppen türkischer Kurden lieferten sich gestern bei einer Demonstration vor dem türkischen Generalkonsulat in Frankfurt eine heftige Auseinandersetzung mit der Polizei. Die etwa 60 bis 80 Demonstranten warfen nach Angaben der Polizei mit Steinen auf die Beamten und beschädigten einen Einsatzwagen. 40 Kurden wurden festgenommen. Die Demonstranten beschuldigen die türkische Regierung, sie gehe völkerrechtswidrig gegen Kurden türkischer Abstammung vor.

T A Z

MITTWOCH, 25. APRIL 1990

Pause im Kurden-Prozeß?

Düsseldorf (dpa) — Im Düsseldorfer Kurdenprozeß haben die Verteidiger am Dienstag eine mehrwöchige Verhandlungspause beantragt. Zur Begründung erklärten die Anwälte, vor der Vernehmung von Belastungszeugen müßten sie sämtliche für den Prozeß relevanten Ermittlungsunterlagen der Bundesanwaltschaft überprüfen und mit ihren Mandanten besprechen können. Die Karlsruher Behörde habe der Verteidigung aber noch nicht alle Verfahrensakten zugänglich gemacht.

DIE WELT DIE WELT

Mittwoch, 4. April 1990

FREITAG, 20. APRIL 1990

Gewaltwelle von links und rechts erfaßt die Türkei

VOLKER S. STAHR, Bonn

In Ankara und Istanbul häufen sich Attentate und Scharmützel zwischen Polizei und Terroristen. In der ganzen Türkei werden Terrornetze aufgedeckt, die linke, kurdische und islamische Untergrundorganisationen mit Verbindungen untereinander und in die Nahost-Szene unterhalten.

Die Terrorwelle begann im Januar. Mitglieder einer kommunistischen Untergrundgruppe in Istanbul ermordeten einen Polizisten, der 1989 auf Demonstranten geschossen hatte. Kurz darauf wurde in Ankara der Jurist Aksoy umgebracht, der sich im Streit gegen den Fundamentalismus exponiert hatte. Anfang März wurde der Journalist Emeç ermordet. Bei Großfahndungen in der ganzen Türkei gingen mehrere mutmaßliche linke und kurdische Terroristen ins Netz; nach Presseberichten wurden weitere Attentatspläne und Verbindungen nach Syrien, Libanon und zu palästinensischen Splittergruppen aufgedeckt. Bei einer Großaktion in mehreren Städten nahm die Polizei etwa vier Dutzend Personen fest, die eine islamische Republik errichten wollten. Die Fundamentalisten sollen Verbindungen zur Hisbollah im Libanon, aber auch zu einem bisher unbekannteren Revolutions-Islamischen Kurdistan und zur kommunistischen Kurdischen Arbeiter-Partei haben — eine neue Entwicklung. Wohlorganisierte und bestgerüstete kommunistische Untergrundgruppen, kurdische Separatisten und islamische Fundamentalisten wecken Erinnerungen an die siebziger Jahre. Damals trugen sie ihre Gegensätze mit Waffengewalt aus. Im Kurdengebiet tobte ein Bürgerkrieg. Die Politiker rangelten derweil um Ämter und Pfründe in einer zersplitterten Parteienlandschaft. Zur Wahl eines an sich machtlosen Präsidenten reichten im Parlament 100 Wahlgänge nicht aus — bis die Armee putschte.

Heute scheint die Lage ähnlich zu sein. Die Regierungspartei Anap ist mehr mit inneren Machtkämpfen denn mit dem Regieren beschäftigt. Ihr islamischer Flügel drückt immer mehr seine Interessen durch und trifft sich mit der zunehmenden Islamisierung im Lande. Als Gegenpol agitieren die Kommunisten für ihre Vorstellungen. Erstmals wird bei den Kurden von einem organisierten Volksaufstand nach Intifada-Muster berichtet.

Türkei zieht Diplomaten ab

AP, Ankara

Die türkische Regierung hat gestern 15 eigene Diplomaten aus der Bundesrepublik abberufen und die Bundesregierung aufgefordert, ihrerseits acht deutsche Diplomaten und Konsularbeamte aus der Türkei abzu ziehen. Der Schritt ist die Folge einer Magazinsendung im Ersten Deutschen Fernsehen, wonach die Türkei ihre konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik benutzt, um oppositionelle Türken zu überwachen und zu Spitzeldiensten anzuwerben. Der Sprecher des Außenministeriums in Ankara, Ferhat Ataman, berichtete, Bonns Botschafter Ekkehard Eickhoff sei in das Ministerium zitiert und von Unterstaatssekretär Tugay Ozceri über die Entscheidungen unterrichtet worden. Der Sprecher sagte, die 15 türkischen Diplomaten würden abberufen, weil ihre Sicherheit bedroht sei und sie nicht mehr in Frieden tätig sein könnten.

Tagesdeutung

taz

DONNERSTAG, 19. APRIL 1990

PKK-Prozeß: Beweisaufnahme

Düsseldorf (dpa) — Nach 45 Verhandlungstagen steht im Düsseldorfer Kurdenprozeß der Beginn der Beweisaufnahme bevor. Die Angeklagten beendeten am Mittwoch ihre Einlassungen. In der kommenden Woche sollen als erste Zeugen Ermittlungsbeamte gehört werden.

Indem Verfahren wurden 17 Angeklagten von der Bundesanwaltschaft vorgeworfen, einer terroristischen Vereinigung innerhalb der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) anzugehören. Fünf von ihnen sollen dabei an Morden und Racheaktionen gegen abtrünnige PKK-Mitglieder beteiligt gewesen sein. Sieben Angeklagte befinden sich in Untersuchungshaft, die übrigen sind auf freiem Fuß.

DIE WELT

21./22.5.1990

Türkei weist deutsche Diplomaten aus

Co./e. e. a. Bonn/Ankara

Die traditionell guten deutsch-türkischen Beziehungen haben den tiefsten Punkt seit der Einführung des Anwerbestopps für türkische Gastarbeiter Anfang der siebziger Jahre erreicht. Dies machte gestern ein Streit um die Ausweisung von acht deutschen Diplomaten aus der Türkei und den Abzug von 15 türkischen Diplomaten aus der Bundesrepublik deutlich.

Die türkischen Botschaftsangehörigen waren von ihrer Regierung abberufen worden, nachdem in einer Magazin-Sendung im Ersten Deutschen Fernsehen berichtet worden war, daß es sich bei mindestens 15 Angehörigen der türkischen Vertretungen in der Bundesrepublik um Mitarbeiter des Geheimdienstes MIT handeln sollte. Das Außenministerium in Ankara betrachtete danach die Sicherheit der Diplomaten angeblich als bedroht und teilte seinerseits dem deutschen Botschafter Eickhoff mit, daß acht Diplomaten und Konsularbeamte der Bundesrepublik aus der Türkei abgezogen werden müßten. Zur Begründung erklärte Unterstaatssekretär Özceri, die Betroffenen seien in „Aktivitäten verwickelt, die mit ihren Aufgaben nicht im Einklang“ stünden. Damit ist in der Regel Spionagetätigkeit gemeint.

Als dies bekannt wurde, bestellte Staatssekretär Sudhoff gestern morgen sofort den türkischen Botschafter Arim ins Bonner Auswärtige Amt. Er wies ihm gegenüber die türkischen Vorwürfe zurück und betonte, daß die Maßnahme Ankaras keineswegs im Sinne der deutsch-türkischen Beziehungen liege. Praktisch würde damit die Arbeitsfähigkeit der deutschen Vertretungen in der Türkei auf Null reduziert. Sudhoff bat die türkische Regierung, ihre Entscheidung zu überdenken. Nach Bonner Angaben hatte es bisher noch keinen Fall gegeben, bei dem deutsche Diplomaten von anderen Nato-Staaten ausgewiesen worden waren.

Ungeachtet dessen zeigte sich die Regierung in Ankara gestern entschlossen, die Ausweisungen durchzuführen. Westliche Diplomaten äußerten die Meinung, daß die türkische Entscheidung mit großer Wahrscheinlichkeit auf eine Initiative des türkischen Geheimdienstes zurückzuführen sei.

Frankfurter Allgemeine

Samstag, 21. April 1990, Nr. 93/16 D

Verstimmung zwischen Bonn und Ankara

C.G. BONN, 20. April. Zwischen Bonn und Ankara herrscht Verstimmung. Der türkische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Ari, ist am Freitag ins Auswärtige Amt einbestellt worden; Genschers Staatssekretär Sudhoff ersuchte die türkische Regierung, ihre Aufforderung zur Abberufung von acht deutschen Diplomaten aus den Vertretungen in der Türkei „noch einmal zu überdenken“. Andernfalls werde sich die Arbeitsfähigkeit der Botschaft der Bundesrepublik in Ankara „auf Null reduzieren“. Damit deutete das Auswärtige Amt an, die Ausfertigung von Visa für Türken, die in die Bundesrepublik reisen wollen, könne eingestellt werden, wenn Ankara auf dem Verlangen nach dem Abzug der Diplomaten beharre. Der Botschafter der Bundesrepublik in Ankara war am Donnerstagabend ins türkische Außenministerium bestellt worden. Dort wurde ihm die Forderung nach Abberufung der acht Diplomaten mit der Begründung mitgeteilt, die Beamten hätten Aktivitäten entfaltet, die nicht mit ihren Aufgaben vereinbar gewesen seien. Das Auswärtige Amt sah in dem türkischen Vorgehen eine „Gegenmaßnahme“, mit der auf das Bonner Ersuchen geantwortet werde, die Türkei solle 15 Botschafts- und Konsulatsangehörige aus der Bundesrepublik Deutschland abziehen. Nach Bonner Einschätzung sollen die Diplomaten türkische Staatsbürger, besonders Kurden, in der Bundesrepublik überwacht und bespitzelt haben.

Frankfurter Allgemeine

Mittwoch, 4. April 1990

Ankaras Geheimdienst

wgl. Der türkische Geheimdienst MIT entfalte in der Bundesrepublik illegale Aktivitäten, heißt es. Unter den eineinhalb Millionen Türken, die bei uns leben, sind nicht alle ihrem Staat gewogen. Radikale Islamisten, die – wie etwa die Anhänger des „türkischen Chomeini“ Cemalettin Kaplan – einen religiösen Staat in der Türkei begründen wollen, haben unter den freiheitlichen Bedingungen des Grundgesetzes mehr Möglichkeiten für ihre Propaganda als in ihrer Heimat. Dasselbe gilt für Linksextremisten aller Schattierungen oder auch für kurdische Gruppen. Ein Fünftel der türkischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik ist kurdischer Herkunft. Mit der kurdischen PKK, die teilweise Terror ausübt, führt Ankara

seit sechs Jahren einen blutigen Kleinkrieg im Osten Anatoliens. Doch sosehr man verstehen kann, daß die Regierung in Ankara sich vor dem Einfluß von Extremisten schützen möchte, so wenig kann man es billigen, daß ihr Geheimdienst in der Bundesrepublik tätig wird. Was in der Bundesrepublik gegen mutmaßliche Extremisten unternommen wird, ist Sache der deutschen Behörden. Für sie sind das Grundgesetz und unser Strafrecht maßgebend.

die tageszeitung

31.5.1990

Kurden in der CSFR gestrandet

Prag (dpa) — Der Tschechoslowakei droht ein Flüchtlingsproblem, falls innerhalb der nächsten Zeit keine angemessene Lösung gefunden wird: Rund 1.000 Kurden aus der Türkei halten sich in der CSFR auf. Ihr Reiseziel ist die Bundesrepublik oder die DDR. Doch hierfür fehlen ihnen die notwendigen Reisedokumente. Wie ein Beamter des tschechoslowakischen Außenministeriums erklärte, steige die Zahl immer weiter an: Deshalb müsse schnell eine Lösung gefunden werden. Die Kurden kommen mit Linienflogen aus Istanbul, Belgrad oder Bukarest legal in die CSFR: Sie sind in der Regel im Besitz eines achttägigen Transitvisums. Was ihnen jedoch fehlt, ist ein Einreisevisum in die DDR oder in die Bundesrepublik. Deshalb versuchen nach Angaben der CSFR-Behörden viele von ihnen, über die „Grüne Grenze“ in die Bundesrepublik zu gelangen. Wenn sie von Grenzsoldaten ertappt werden, werden sie nach Prag zurückgeschickt. Meist versuchen sie dann, die Grenze zur DDR zu passieren. Fluchthelfer machen seit Wochen entlang der Grenze glänzende Geschäfte. Für den Grenzübergang werden 4.000 D-Mark berechnet. Eine Prager Zeitung sprach am Dienstag bereits offen von „Menschenhandel an der Nordgrenze“.

DER TAGESSPIEGEL

FREITAG, 20. APRIL 1990

Ankara ersucht Bonn um Abberufung von acht Diplomaten

Ankara (dpa). Die Türkei hat Bonn um die Abberufung von acht bundesdeutschen Diplomaten aus Ankara ersucht, weil „ihre Aktivitäten mit ihren Aufgaben unvereinbar“ seien. Das verlautete gestern aus dem türkischen Außenministerium. Botschafter Eickhoff sei in das Außenministerium einbestellt worden, um ihm das Ersuchen Ankaras mitzuteilen.

Offenbar handelt es sich bei der türkischen Forderung um eine Art Vergeltungsaktion, nachdem Bonn seinerseits die Türkei ersucht hatte, 15 ihrer Botschafts- und Konsularbeamte abzuziehen. Ihnen wurde vorgeworfen, türkischen Arbeitern in der Bundesrepublik nachzuspionieren. Ankara hatte in der vergangenen Woche behauptet, bundesdeutsche Nachrichtendienste hätten Telefongespräche von türkischen diplomatischen Büros abgehört, und dagegen protestiert.

Erneut PKK-Funktionär verhaftet

Karlsruhe (Reuter). In Aachen ist ein weiterer mutmaßlicher Funktionär der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) verhaftet worden. Nach einer Mitteilung der Bundesanwaltschaft wurde der unter dem Decknamen „Gabit“ bekannte 30-jährige Adil Kilic am Mittwoch bei der Einreise in die Bundesrepublik festgenommen. Kilic wird Beihilfe zum Mord und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen. Er soll bei der Ermordung des ehemaligen PKK-Mitgliedes Abdullah Hosgören mitgewirkt haben. Die Leiche Hosgören war am 24. Februar in der Nähe von Gummersbach aufgefunden worden.

DIE WELT

DONNERSTAG, 19. APRIL 1990

Ein ausgewogenes Türkei bild

„Turgut Özal: Die Türkei wird ihre Chance im Osten nutzen“; WELT vom 9. April

Herr Präsident Özal beklagt sich darüber, daß sein Land ein „Image-Problem“ habe. Das Erscheinungsbild der Türkei im Ausland sei „verzeichnet“. Um dieses Problem anzugehen, solle ein stetig wachsender Touristenstrom aus Europa in die Türkei kommen und sich ein exaktes Bild vom Land machen.

Zu einem ausgewogenen Bild von diesem wunderschönen Reiseland gehört meines Erachtens auch ein Blick in die Berichte der Menschenrechtsorganisation amnesty international (ai). Als ai-Mitarbeiter betreue ich einen 39-jährigen Familienvater, der nur aufgrund seiner Mitgliedschaft in einer in der Türkei verbotenen Partei zu acht Jahren Haft verurteilt wurde. Artikel 141 des türkischen Strafgesetzbuches schreibt derart harte Strafen vor.

Unser Mandant wurde in der Untersuchungshaft gefoltert, und ihm wurde dringend notwendige ärztliche Versorgung erst nach Intervention der deutschen Botschaft in Ankara gewährt. Die Folter ist zwar gesetzlich

verboten, ein Blick in die Publikationen unserer Organisation zeigt jedoch, daß Folter in der Türkei nach wie vor gängige Praxis ist.

Die EG-Kommission hat den türkischen Antrag auf Beitritt zur EG nicht nur aus ökonomischen Gründen fürs erste vertagt. Auch die Menschenrechtssituation spielte hierbei eine Rolle. Es ist schön, daß Herr Präsident Özal sich aufrichtig wünscht, daß in den osteuropäischen Ländern „politische Regime geschaffen werden, welche die Menschenrechte und Grundfreiheiten achten“. Er sollte jedoch nicht vergessen, vor der eigenen Tür zu kehren.

Herbert Otto, Gießen

DER TAGESSPIEGEL

Samstag, 28. April 1990

Kritik an der Türkei wegen Unterdrückung der Kurden

Bonn (dpa). Die Fraktion der Grünen im Bundestag hat gestern die Bundesregierung aufgefordert, wegen der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei politischen und wirtschaftlichen Druck auf den südöstlichen NATO-Partner auszuüben. 15 Millionen Kurden würden in der Türkei unterdrückt, ihrer elementaren Rechte wie der eigenen Kultur und Sprache beraubt, sagte die Grüne Angelika Beer in der von ihrer Fraktion beantragten Aktuellen Stunde. Schweigen werde hier zur Mittäterschaft.

Die Bundesregierung beteiligte sich nicht an der Fragestunde. Der CDU-Abgeordnete Vogel kritisierte zwar die „Art und Weise, wie in der Türkei die berechtigten Anliegen des kurdischen Bevölkerungsteils behandelt werden“. Er meinte jedoch, man wolle keine separatistischen Bestrebungen in dem Land unterstützen.

Peter Glotz (SPD) stimmte „in der Grundtendenz“ der Haltung der Grünen zu, sagte aber, die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) sei an der Eskalation der Gewalt in der Türkei mitschuldig: „Wir akzeptieren weder den Terror der PKK noch das kaschierte Kriegerrecht des NATO-Partners gegenüber der kurdischen Minderheit.“ Zwischen Januar und März dieses Jahres haben nach Angaben des Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge 8096 Türken um politisches Asyl in der Bundesrepublik gebeten. Der größte Teil gehört zur kurdischen Minderheit.

taz

FREITAG, 20. APRIL 1990

PKK-Funktionär festgenommen

Karlsruhe (afp) — In Aachen ist unter dem Verdacht der Beihilfe zum Mord und der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung ein Funktionär der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) verhaftet worden. Nach Angaben der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe handelt es sich um den 30-jährigen Adil Kilic. Er soll im Auftrag der PKK-Zentrale im syrischen Damaskus an der Ermordung des früheren PKK-Mitgliedes Abdullah Hosgören mitgewirkt haben.

die tageszeitung

BERLINS ÜBERREGIONALE

FREITAG, 25/5/90 taz

Flüchtlingslager von türkischem Militär umstellt

Aus dem Irak geflüchtete Kurden befürchten Deportation / Aufforderung zur freiwilligen Rückkehr greift nicht / Bewaffnete Polizei zerstörte Zelte und schoß auf Menschen / Jeder Kontakt zur Außenwelt abgeschnitten / 11.500 Menschen vegetieren in dem Lager von Mardin

Von Dorothea Hahn

Berlin (taz) — Seit Tagen ist das Flüchtlingslager Kiziltepe nahe der kurdischen Stadt Mardin von türkischen Truppen belagert. Jeder Kontakt der rund 11.500 eingeschlossenen irakischen Flüchtlinge zur Außenwelt ist abgebrochen. Das Lagerkomitee, ein von den Flüchtlingen gewähltes Gremium, befürchtet nun, daß die türkischen Behörden mit ihrer Aktion die Deportation der Familien in den Irak vorbereiten. Anlaß für diese Befürchtungen sind die seit einiger Zeit intensivierten Kontakte zwischen der türkischen und irakischen Regierung. Bereits einige Tage vor Beginn der Belagerung hatten Vertreter der Flüchtlinge in einem Appell an den deutschen Bundestag dringend um Hilfe gebeten.

„Außer offiziellen Verlautbarungen ist jetzt nichts mehr aus den Flüchtlingslagern zu hören“, beschreibt Ilker Maga, türkischer Fotograf und Journalist, die Situation. Seit Inkrafttreten der Bestimmung 413 im April ist es unmöglich, in den in der Türkei erscheinenden Zeitungen Nachrichten über die kurdischen Flüchtlinge aus dem Irak zu veröffentlichen. Bei der Eröffnung einer Fotoausstellung mit dem Titel *Flucht vor dem Giftgas* über das Flüchtlingsleben in den Lagern Kiziltepe, Diyarbakir und Mus, die jetzt in Bremen zu sehen ist, berichtete Ilker Maga über die Stimmung unter den Flüchtlingen. In der vergangenen Woche, so sein Bericht, seien 2.250 bis 2.500 kurdische Flüchtlinge in den Irak zurückgekehrt, ohne daß es ein offizielles Protokoll über diese „Rückführung“ gibt. Damit ist jegliche Kontrolle der Sicherheit der Rückkehrer unmöglich.

Am 21. Februar dieses Jahres war eine Delegation mit dem türkischen Innenminister im Irak. Danach begannen die Aufrufe zur Rückkehr. Am 26. Februar hatte der irakische Präsident Saddam Hussein eine Amnestie für Rückkehrer verkündet —



15.000 kurdische Flüchtlinge teilen sich 30 Toiletten — Alltag in einem Lager in der Osttürkei

Foto:epd/Suhan

gleichzeitig sagten die Vereinten Nationen ein 14,5-Millionen-Mark-Projekt für ein Flüchtlingsprojekt in Yosgat ab. „Danach waren die Kurden völlig desillusioniert“, erklärte Ilker Maga. Saddam Hussein befristete die Amnestie zunächst bis zum 11. April, verlängerte sie dann jedoch bis zum 11. Juni. Aufgrund des zunehmenden Drucks und aus Furcht vor weiteren Repressalien forderte inzwischen der Gouverneur des Lagers Mus die Flüchtlinge auf, daß aus jeder ihrer Wohnheiten einer in den Irak zurückkehren solle.

In den drei Flüchtlingslagern ist die Stimmung zweigeteilt. Während die einen das Leben dort nicht mehr aushalten und den über Lautsprecher verbreiteten Aufrufen „Kehrt zurück in die Dörfer“ Glauben schenken wollen, fordern die KDP („Kurdische Demokratische Par-

tei“) und die Sprecher der Lager zum Bleiben auf. KDP-Führer Barzani teilt den Flüchtlingen per Flugblatt mit, daß in den Dörfern ihr Hab und Gut längst beschlagnahmt worden sei. Man weiß auch, daß Rückkehrer mit einem roten Paß ausgestattet werden sollen, der sie künftig gegenüber den gebräuchlichen gelben als Rückkehrer aus der Türkei ausweist und sie von der irakischen Bevölkerung abgrenzt.

Die Repressionen in den Lagern sind seit Februar verschärft worden. Im Lager Kiziltepe wird seit zwei Monaten die wöchentliche Fleischration nicht mehr ausgegeben. Bis dahindurften die Flüchtlinge noch in den umliegenden Dörfern einkaufen — seit zwei Monaten ist ihnen auch dies verboten, um sie von der türkisch-kurdischen Bevölkerung fernzuhalten. Dreimal war die tägliche Brotration vergiftet, angeblich

vom irakischen Geheimdienst, der sich mit den türkischen Bäckern verbündet haben soll. Schreibutensilien wie Bleistifte und Papier werden konfisziert, um die selbstorganisierte Erziehung der Kinder in den Lagern hinter Stacheldraht zu verhindern. Die Gesundheitsversorgung ist nach wie vor katastrophal.

Nach Berichten der Hilfsorganisationen „medico-international“ und „Gesellschaft für bedrohte Völker“ drangen in der Nacht zum 13. Mai bewaffnete Polizisten und Mitglieder der militärischen Sondereinsatzkommandos unter Führung des türkischen Provinzgouverneurs in das mit Stacheldraht abgeriegelte Lager ein, wo sie wahllos auf Menschen schossen und einprügelten. Die Uniformierten zerstörten bei dem Einsatz mit gepanzerten Fahrzeugen auch mehrere der von der Bundesregierung finanzierten

Flüchtlingszelte. Sämtliche Läden, die Flüchtlinge in Selbstorganisation am Lagereingang errichtet hatten, wurden niedergemacht. Seither befindet sich das Lager im Belagerungszustand. Die Wasserversorgung wurde unterbrochen, Mitglieder des Lagerkomitees inhaftiert. Die Menschen trauen sich aus Angst vor weiteren Übergriffen und Festnahmen nicht mehr aus den Zelten heraus.

Kiziltepe ist eines von drei großen Lagern im Südosten der Türkei, in denen rund 32.000 kurdische und christlich-assyrische Flüchtlinge interniert sind. Sie waren nach den irakischen Giftgasangriffen vom August 1988 in die Türkei geflohen. Damals wurden im Irak rund 500 Dörfer zerstört und mehrere tausend Menschen getötet und gefangengenommen. Dennoch haben die türkischen Behörden sie nicht als politische Flüchtlinge anerkannt. ◆

die tageszeitung

TAZ ÜBERREGIONAL

23.5.1990

Kurdisches Dorf unter Anklage

155 Dorfbewohner aus Cizre wegen Separatismus vor Gericht / Öffentlichkeit ist ausgeschlossen

Aus Diyarbakir Lisay Schmidt

155 Bürger der kurdischen Kreisstadt Cizre (Türkei) stehen zur Zeit vor dem Staatssicherheitsgericht von Diyarbakir. Sie sind angeklagt, den Volksaufstand in der Stadt an der türkisch-syrischen Grenze im März (s. taz vom 28. 4.) verursacht und vorangetrieben zu haben.

Den 155 Angeklagten, von denen sich 74 in Haft befinden, wird vorgeworfen, in der Zeit vom 20. bis 23. März 1990 gegen das Versammlungsgesetz verstoßen und staatliches Eigentum mutwillig beschädigt zu haben. Zwei weitere Anklagepunkte sind Widerstand gegen die Staatsgewalt und separatistische Propaganda. All diese strafbaren Handlungen sollen gemäß der Anklageschrift auf Geheiß der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) begangen worden sein.

Zu Beginn des Prozesses am Montag schloß der Richter nach Feststellung der Personalien und Verlesung der Anklageschrift die Öffentlichkeit und die Presse aus, was er mit der Gegenwart eines 14-jährigen unter den Angeklagten begründete. Danach forderte der Staatsanwalt für jeden der Angeklagten in allen vier Begehren eine Gefängnisstrafe von zehn bis fünfzehn Jahren. Die zwanzig Anwälte, die bei ihrer Verteidigung eine gemeinsame Strategie verfolgen, fordern Freispruch für die Angeklagten. In ihren Plädoyers versuchen

die Anwälte nachzuweisen, daß es sich bei dem Aufstand in der Kreisstadt um Notwehr gegen die Übergriffe der Sicherheitskräfte gehandelt habe und um ein legitimes Aufbegehren gegen eine jahrzehntelange Repressionspolitik der türkischen Regierung gegen die kurdische Bevölkerung.

Der „Cizre“-Prozeß unterscheidet sich insofern von allen anderen zahlreichen Massenprozessen, die seit dem Militärputsch 1980 vor dem Kriegsgericht oder seinem „Nachfolger“, dem Staatssicherheitsgericht, in Diyarbakir stattgefunden haben, insofern als daß zum ersten Mal nicht Vorwürfe wie Mitgliedschaft oder Unterstützung einer illegalen Organisation Gegenstand der Anklage sind. Es ist außerdem der erste Massenprozeß gegen Kurden seit der Verschärfung des Ausnahmezustandes am 9. April, als das Höchststrafmaß für „separatistische Aktivitäten“ verdoppelt wurde. Ungefähr die Hälfte der Angeklagten sind Analphabeten, viele beherrschen die türkische Sprache nicht, so daß das Gericht gezwungen ist die Verhandlung mit Dolmetschern zu führen. Ein Paradoxum, da die Existenz der kurdischen Sprache von den offiziellen türkischen Stellen immer noch nicht anerkannt ist.

Von so gut wie allen Angeklagten liegen Aussagen vor, in denen sie eine Teilnahme an den Aktionen zu-

lerdings alle von den ersten Verhören aus den Tagen direkt nach der Festnahme. Vor Gericht erklärten die Angeklagten jedoch einhellig, daß diese Aussagen nicht von ihnen, sondern von den Polizeibeamten verfaßt worden seien und daß sie gezwungen worden seien, zu unterschreiben.

Nach Angaben des Rechtsanwaltes Orhan Dogan aus Cizre, „wird das Gericht versuchen, den Massenprozeß so schnell und reibungslos als möglich über die Bühne zu bekommen, um die Akte Cizre endgültig schließen zu können.“ Dogan beschwert sich auch über die angeblich mangelnde Solidarität von seiten türkischer Kollegen: „In einem Verfahren wie das gegen die Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Kutlu und Sargin stehen Hunderte von Anwälten bereit. Diese Menschen hier, die zum großen Teil nicht lesen und schreiben können und die Sprache des Gerichts nicht beherrschen, sind noch mehr auf die Solidarität der demokratischen Öffentlichkeit und der fortschrittlichen Anwälte angewiesen.“

Auch der „Cizre“-Prozeß ist Opfer der weitgehenden Zensurbeschlüsse gegen die türkische Presse geworden. Trotz der Dimension des Verfahrens und trotz der Schlagzeilen, die die „Intifada“ selbst gemacht hatte, waren nach dem ersten Sitzungstag gar keine oder nur spärliche Meldungen in der Presse zu lesen.

tas

30.5.1990

200 Kurden bei Demo festgenommen

Ankara (dpa) — Die Polizei hat am Montag bei Zusammenstößen mit Demonstranten in Diyarbakir rund zweihundert Kurden festgenommen. Zu dem Vorfall war es gekommen, als Polizeibeamte einige hungerstreikende Kurden aus einem Büro der Sozialistischen Partei heraustragen wollten. Die Kurden solidarisierten sich mit ihrer Aktion mit hungerstreikenden Gefangenen in verschiedenen türkischen Gefängnissen. Mehr als tausend Gefangene hatten vor einer Woche einen Hungerstreik begonnen, um gegen die Zustände in Gefängnissen und auf die Inhaftierung einiger angeblich kommunistischer Journalisten aufmerksam zu machen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

14.5.1990

Grüne: Türken benutzen deutsche Waffen im Einsatz gegen Kurden

BONN, 13. Mai (dpa). Die Abgeordnete der Grünen Oesterle-Schwerin hat der Bundesregierung vorgeworfen, sie habe mit Militärhilfe Einsätze der Türkei gegen die Kurden des Landes unterstützt. Nach Rückkehr von einer einwöchigen Delegationsreise in den Südosten der Türkei sagte Frau Oesterle-Schwerin, es bestehe für sie kein Zweifel daran, daß die Türkei ein Polizeistaat und Türkisch-Kurdistan ein besetztes Land sei. Die Demonstrationen in den türkischen Ostprovinzen würden „mit Hilfe von Waffen bekämpft, die von der Bundeswehr ausgerangiert wurden und im Rahmen des Militärsonderhilfeabkommens – jährlich 280 Millionen Mark – an die Türkei geliefert werden“, sagte die Abgeordnete.

Frankfurter Allgemeine

10.5.1990

Amnesty bezichtigt die Türkei weiter der Folter

LONDON, 9. Mai (AFP). Auf Menschenrechtsverletzungen in der Türkei hat die Gefangenenhilfsorganisation amnesty international am Mittwoch in London hingewiesen. Die Organisation legte einen Bericht über die Situation der Menschenrechte in dem Land vor. Danach würden Oppositionelle in der Türkei häufig widerrechtlich festgehalten, mit Elektroschocks und Hochdruck-Wasserpistolen gefoltert sowie sogar getötet. „Der Gebrauch der Folter bleibt weitverbreitet und systema-

tisch und führt in einigen Fällen zum Tod“, berichtete die in London ansässige Organisation. Die Reformen, welche die Regierung in Ankara angekündigt habe, seien Ende März noch nicht umgesetzt gewesen. Die Ergänzungen des türkischen Strafrechts und der Strafprozeßordnung entsprächen in wichtigen Teilen nicht internationalen Standards. Gefoltert worden seien Mitglieder politischer Organisationen, Gewerkschaftler, Kurden und Journalisten.

die tageszeitung

BERLINS ÜBERREGIONALE

12.5.1990

„Also, der Mümin, der konnte das nicht“

Nach Ablehnung seines Asylantrags wegen politischer Verfolgung in der Türkei beging Mümin Kurt Selbstmord / Schwere Depressionen und eine klinische Behandlung waren vorausgegangen / Angst vor weiterer Folter plagte den Oppositionellen, der 1979 erstmals in die BRD floh

Aus Leverkusen B. Markmeyer

Ein kopiertes Foto, auf dem er nur undeutlich zu erkennen ist, und darunter ein kleiner, mit Rosen und Freisen geschmückter Kranz hängen an der Wand. Gegen die blendende Sonne sind an den Fenstern die Jalousien heruntergelassen. In dem verqualmten Raum sitzen die Freunde.

„Im städtischen Krankenhaus haben die Ärzte zu ihm gesagt: Du bist kein Fall für ein normales Krankenhaus. Er mußte nach Langenfeld oder nach Hause gehen“, erzählt sein Freund E. Mümin Kurt ging. Das war am Donnerstag, dem 26. April. Vermessungsarbeiter fanden ihn am frühen Freitag morgen. Er hatte sich in der Nacht an einem Baum erhängt. Nicht weit von seiner Wohnung in Leverkusen-Opladen.

Es war nicht das erste Mal, daß Mümin Kurt Hilfe bei Ärzten gesucht hatte. Letztes Jahr verbrachte er zwei Monate in der Rheinischen Landesklinik Langenfeld. Freiwillig hat er sich einweisen lassen, bei seiner Aufnahme zeigt sich der damals 43jährige, wie ein Psychologe notiert, „stark depressiv und ängstlich“. Dabei handele es sich „offenbar um eine Reaktion auf die bei ihm besonders schwierigen Migrationsbedingungen (laufender Asylantrag, Familie in der Türkei, Selbstmord des Bruders vor einigen Jahren)“. Als es Kurt etwas besser geht, entläßt man ihn. Heike Schrempf, Sozialpädagogin bei der Leverkusener Arbeitwohlfahrt kümmert sich um ihn: „Ich konnte ihn aber nur beraten. Ich habe 330 Flüchtlinge zu betreuen.“ Für eine psychosoziale Betreuung von AsylbewerberInnen, kritisiert sie, „fehlen die Mittel“. „Mümin“, sagt sie „baute schnell wieder ab.“

„Er zog den Tod der unmenschlichen Asylsituation in Deutschland vor.“ Das durften seine FreundIn-

nen nicht in die Todesanzeige schreiben, die am vergangenen Montag in der Leverkusener Ausgabe des „Kölner Stadtanzeigers“ erschien. „Er ging den Weg Kemal Altuns“, schrieben sie daraufhin. Für den heutigen Samstag ist eine Gedenkdemostration gegen die bundesdeutsche Asylpolitik in Leverkusen geplant.

Gelebt hat Mümin Kurt in den letzten beiden Jahren in einer vollgestellten Einzimmer-Paterre-Wohnung in Opladen. Der Blick aus dem Fenster geht auf wohlgeordnetes Grün. „Die Nachbarn haben mich für verrückt erklärt, daß ich so einen Asylbewerber hier wohnen lasse“, erzählt die Vermieterin. „Doch das ging an mir vorbei. Sollten die reden.“ Sie hatte, auf ihre Weise, ein Herz für Mümin Kurt. Hat ihm Sachen besorgt, das Zimmer miteingrichtet, „ist doch besser als vorher, wo er im Heim mit fünf Leuten auf der Bude gehockt hat“. Er müsse sich in Deutschland integrieren, hat sie ihm gesagt, seine Wohnung in Ordnung halten, auch mal die Mülltonne rausstellen, wie die anderen Mieter. „Aber der Mümin, der konnte das nicht. Dat hat den nicht interessiert.“ Anfangs sei er lebhaft gewesen, habe Freunde eingeladen. „Aber in letzter Zeit war er nicht mehr ansprechbar, blieb immer in seiner Wohnung, hat auch gar nichts mehr gegessen. Ich dachte, der verhungert noch.“ Und auch sein Deutsch habe er wieder vergessen, „sprechen konnte man gar nicht mehr mit ihm“.

Die Freunde wußten um Mümin Kurts panische Angst, in die Türkei abgeschoben zu werden. Er sprach öfters davon, sich umzubringen. Er fürchtete sich vor erneuter Verhaftung und Folter, fürchtete, die Namen politischer Gesinnungsgegensenen preiszugeben. Er war bereits zum zweiten Mal in der BRD. 1979 floh er erstmals aus der Türkei und beantragte hier Asyl. Er war wegen

seiner Unterstützung der linksgerichteten Organisation Halkin Kurtulusu verfolgt worden. Sein Asylantrag wurde abgelehnt. Dann beging sein Bruder, Ali Kurt, der 1980 in die BRD geflohen war, im Herbst 1982 Selbstmord. Ali Kurt lebte mit Frau und Kind in Sulzbach am Main. Sein Asylantrag war, trotz massiver politischer Verfolgung in der Türkei, ebenfalls abgelehnt worden.

Nach dem Selbstmord seines Bruders flog Mümin Kurt zurück in die Türkei. Unmittelbar nach seiner Ankunft auf dem Istanbuler Flughafen wurde er festgenommen und verhört. Man warf ihm vor, sich auch in der BRD politisch betätigt und einen Asylantrag gestellt zu haben. In den folgenden Jahren arbeitete er in Samsun, wo seine Frau und seine beiden Kinder leben, wieder in seinen kleinen Laden. Erneut nahm er Kontakt zu seinen politischen Freunden auf. „Mümins Laden war Anlauf- und Treffpunkt. Er war keiner, der sich profiliert, aber einer von denen, ohne die es nicht geht, ohne die oppositionelle Arbeit in der Türkei nicht möglich wäre“, sagt Mümins Freund E. Nachdem ihn die Polizei zunächst in Ruhe gelassen hatte, verhaftete sie ihn 1983 erneut, hielt ihn drei Wochen fest und folterte ihn. Fortan wurde Kurt, bis zu seiner erneuten Flucht im Frühjahr '86, immer wieder festgenommen, geschlagen, verhört. Kurz zuvor waren Bekannte von ihm festgenommen worden, und er mußte befürchten, daß sie unter Folter gegen ihn aussagen würden. In der BRD engagierte er sich bei vielen Aktionen weiter für Demokratie und Menschenrechte in der Türkei.

Sein erneuter Antrag auf Asyl wurde im Herbst 1988 abgelehnt. Die Furcht vor Verfolgung habe er in seiner Anhörung nicht ausreichend begründen können. Sein Anwalt führt in der Klage gegen den Ablehnungsbescheid an, Mümin Kurt habe nicht nur wegen seiner politi-

schen Aktivitäten in der Türkei, sondern auch aufgrund seines Engagements hier bei einer Abschiebung „mit sofortiger Verhaftung und langjähriger Haftstrafe zu rechnen, da die türkischen Behörden durch ihre umfassende Spitzeltätigkeit in der Bundesrepublik... auf ihn aufmerksam geworden sind“.

Bis die Klage nicht entschieden war, bestand keine unmittelbare Gefahr, daß Mümin Kurt abgeschoben werden würde. Doch er hielt den Schwebezustand nicht aus. „Auch nicht das Leben hier, das ihn zum Bittsteller machte“, sagt ein Freund. „In der Türkei werden wir verfolgt, hier werden wir von oben herab behandelt, dürfen nicht arbeiten, viele wohnen in Heimen. Das ist für uns alle schwer. Wir haben versucht, ihm zu helfen. Er hatte Sehnsucht nach seinen Kindern. Ich weiß nicht, wieviele Menschen in diesem Zustand hier leben, manche halten es nicht aus. Mümin war depressiv, aber er hat aus der Asylsituation heraus Selbstmord begangen. Das ist für uns das Wesentliche.“

Am Donnerstag voriger Woche wurde Mümin Kurt auf dem Leverkusener Reuschenberg-Friedhof begraben. Eine Überführung war zu teuer. Der Name auf dem Holzkreuz, das ein Friedhofsgärtner aufgestellt hat, bis der Grabstein geliefert wird, ist falsch geschrieben. „Muemin Kurt“ steht da. „Muemin hieß er nicht“, sagt sein Freund E. „Er hieß Mümin, Mümin Kurt.“

Die lange Geschichte eines schwierigen Verhältnisses / Wolfgang Günter Lerch

FRANKFURT, 13. Mai. Der türkische Ministerpräsident Akbulut hat in den vergangenen Tagen das Nachbarland Irak besucht. Er sprach mit der Baath-Führung in Bagdad unter anderem auch über Möglichkeiten, das Einsickern kurdischer Separatisten über das Gebiet des Irak auf türkisches Territorium zu verhindern. Der Irak verfolgt die Kurden schon seit Jahren mit brutaler Gewalt, die Türkei will nach den jüngsten Beschlüssen des Ministerrates vom April ebenfalls mit aller Härte gegen die Banden der kurdischen PKK vorgehen, die den türkischen Sicherheitskräften seit nun sechs Jahren immer wieder schwere Gefechte liefern, aber auch unbewaffnete Zivilisten massakrieren. In den vergangenen Jahren haben türkische Truppen schon mehrfach irakisches Territorium betreten, wenn es galt, Kurden zu verfolgen. Sie konnten das auf der Grundlage eines mit dem Irak getroffenen Abkommens

Daß der Weg einer militärischen Unterdrückung der „kurdischen Intifada“ auf die Dauer Erfolg haben könnte, wird freilich von vielen bezweifelt. Es handelt sich bei der Auseinandersetzung zwischen dem türkischen Staat und den Kurden auch keineswegs nur um einen Kampf mit Terroristen; die PKK ist vielmehr nur die Spitze einer breiten Volksbewegung, die für die Kurden das Selbstbestimmungsrecht durchsetzen will. Allerdings nicht nur alle, denn es gibt auch viele Kurden, die nichts dagegen haben, in der Türkischen Republik zu leben. Innenminister Abdülkadir Aksu zum Beispiel ist selbst kurdischer Herkunft.

Das Verhältnis zwischen Türken und Kurden ist gegenwärtig auf dem Tiefpunkt einer langen gemeinsamen Geschichte angelangt. Paradox mag es zunächst klingen, daß die Schwierigkeiten, die beide Völker miteinander haben, erst in der Zeit der säkularistischen, den Reformen Atatürks verpflichteten Republik ihren Höhepunkt erreicht haben. Als die Osmanen ihr riesiges, sich über drei Kontinente erstreckendes Reich beherrschten, genossen kurdische Fürstentümer im Osten Anatoliens oft eine weitgehende Autonomie. Zentren der Kurden waren neben Diyarbakir die Stadt Bitlis, Hasankeyf (Hisni Kaifa) am Tigris sowie die Gegenden um Hakkari, Nusaybin und Cizre nahe der syrischen und irakischen Grenze.

Die beiden zuletzt genannten Städte sind auch jetzt wieder Zentren der Unruhe. In den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts tobte dort der Kurdenaufstand unter Scheich Bedir Khan, einem kurdischen Führer, der noch heute legendären Ruhm genießt. Der von Sultan Mahmud II. als Militärberater angeforderte preußische Offizier Helmuth von Moltke schilderte damals für die europäische Öffentlichkeit den Zusammenprall kurdischer Krieger mit den osmanischen Truppen. Dabei verfolgte der Aufstand Bedir Khans keine secessionistischen Ziele. Er

war vielmehr Ausdruck der Unzufriedenheit mit der Herrschaft der Osmanen. Solange der Sultan in Konstantinopel herrschte, konnten sich Kurden und Türken trotz mancher Streitereien und Auseinandersetzungen auf der gemeinsamen Grundlage des Islam verständigen.

Die Geburtsstunde eines ausgesprochenen kurdischen Nationalismus mit stark separatistischen Bestrebungen fällt in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Damals fanden die Kurden in Scheich Ubaidallah einen charismatischen Anführer, der den Truppen des Sultans Abdülhamit einen blutigen Aufstand lieferte.

Zentralisierung

Ubaidallah war nicht unbedingt gegen den Sultan und Kalifen, wehrte sich jedoch gegen die immer stärker werdende Zentralisierung im Reich, die geeignet war, die relative Autonomie der kurdischen Stämme im Osten Anatoliens zu beschneiden. Der Sultan band die kurdischen Krieger dadurch geschickt in das osmanische System ein, daß er in den neunziger Jahren eine kurdische Miliz schuf, die sogenannten Hamidiye-Regimenter, und ihnen in den östlichen Provinzen Ordnungsaufgaben übertrug.

Wieder Teile mutmaßlicher Superkanone beschlagnahmt

ROM, 13. Mai (AP). Auch in Italien sind jetzt für den Irak bestimmte Stahlelemente beschlagnahmt worden, die offenbar zum Bau der von Bagdad mutmaßlich geplanten Superkanone verwendet werden sollten. Wie die italienischen Behörden in Rom mitteilten, wurden die in Italien gefertigten Teile mit einem Gewicht von insgesamt 90 Tonnen bei Razzien in Rom, Neapel, Brescia und Terni sichergestellt. Mehrere Personen würden im Zusammenhang mit den geplanten Lieferungen verhaftet. Aus ebenfalls beschlagnahmten Dokumenten gehe hervor, daß die Stahlteile vom irakischen Industrieministerium bestellt wurden und offiziell für petrochemische Anlagen bestimmt seien. Nach irakischer Darstellung dienten auch die in den letzten Wochen in Griechenland, der Türkei, und Großbritannien sichergestellten Stahlrohre diesem Zweck. Die britische Regierung hatte kürzlich die Überzeugung geäußert, daß der Irak aus diesen Teilen den Bau einer riesigen Kanone plane. Diese könne mit atomaren Gefechtsköpfen ausgestattet werden, deren Reichweite mehrere hundert Kilometer betrage. Laut der italienischen Nachrichtenagentur Ansa steht die italienische Polizei in ständigem Kontakt mit der Polizei in anderen europäischen Ländern, um in Erfahrung zu bringen, ob es der Irak gelungen ist, andere Teile für die vermutete Superkanone einzuführen.

Nach dem Zusammenbruch des osmanischen Reiches, als Mustafa Kemal, der spätere Atatürk, daranging, einen Befreiungskrieg gegen die westlichen Mächte, vor allem jedoch gegen die griechischen Invasoren zu entfesseln, beteiligten sich viele Kurden an diesem Unternehmen. Atatürk wußte die Härte und den Kampfesifer der Krieger aus dem Osten zu schätzen. Der erste Widerstand gegen ihn regte sich erst, als immer deutlicher wurde, daß die neue Türkei ein rein türkischer Nationalstaat mit exklusiv türkischer Ideologie werden sollte, in der dem neu entstandenen türkischen Nationalismus eine besondere Rolle zugedacht war. Hinzu kam, daß viele Kurden auch die antireligiösen Reformen Atatürks ablehnten, was die kemalistische Hagiographie bis heute manchmal verschweigt.

Im Jahre 1925 kam es zum Kurdenaufstand unter Scheich Said, der nicht nur ein kurdischer Nationalist war, sondern auch ein Führer der sunnitisch-orthodoxen Nakşbendi-Muslimbrüderschaft. 1923 hatte es die Türkei erreicht, im Vertrag von Lausanne all das rückgängig zu machen, was in den Abmachungen von Sevres drei Jahre zuvor die Regierung des Sultans noch zugestehen mußte: unter anderem auch Freiheit für die Kurden. Darauf berufen sich die kurdischen Nationalisten noch heute. Atatürk und Ismet İnönü ließen Scheich Suids Erhebung unarmherzig niederschlagen, noch im selben Jahr wurden alle Sufi-Konvente und Derwischorden geschlossen und verboten (was für ihre Weiterexistenz jedoch kein Hindernis war). Auch Orden, die rein kontemplativ waren und niemals zur Militanz neigten, wie die Mevleviye oder Halvetiye, traf Atatürks Verdikt. Noch in den dreißiger Jahren kam es zu zwei Kurden-Aufständen, die ein ähnliches Schicksal erlebten wie die Rebellion Scheich Suids. Die kemalistische Geschichtsschreibung macht es sich allerdings zu einfach, wenn sie in dieser politischen Unrast unter den Kurden nur die letzten „reaktionären Zuckungen“ der alten Zeit sieht und den nach Selbstbestimmung strebenden nationalen Kern dieser Bewegungen verschweigt.

In der heutigen Türkei gilt es als ungeschriebenes wie geschriebenes Gesetz, daß der aus der Konkursmasse des Osmanischen Vielvölkerstaates gerettete Nationalstaat der Türken in seinem Bestand von niemandem gefährdet oder in Frage gestellt werden darf. So denken die Militärs und die Parteien, und sie werden in dieser Frage, wie es scheint, nicht mit sich reden lassen. So prallen zwei Nationalismen unversöhnlich aufeinander, der türkische und der kurdische, ohne daß es als versöhndes Element den islamischen Staat gäbe, der früher eine gewisse Gemeindefürsorge stiftete. Die Zeiten des Padischah sind vorbei.

14.5.1990

TAZ ÜBERREGIONAL

INTERVIEW

„Bonn muß die Militärhilfe an die Türkei einstellen“

Grüne Bundestagsabgeordnete Jutta Oesterle-Schwerin war im türkischen Teil Kurdistans /

Dort werde ein „Krieg gegen die Zivilbevölkerung“ geführt

Eine Delegation aus zwei grünen Bundestagsabgeordneten, einer AL-Politikerin, Menschenrechtlern und Anwälten aus der BRD besuchte in der vergangenen Woche den türkischen Teil Kurdistans, um sich über die Menschenrechtslage nach Verhängung des Kriegsrechtes zu informieren. Jutta Oesterle-Schwerin gehörte zu der von medico-international organisierten Gruppe.

TAZ: Wie waren Ihre Arbeitsmöglichkeiten in Kurdistan?

Jutta Oesterle-Schwerin: Äußerst schwierig. Wir konnten keine offenen Gespräche mit Gewerkschaftern, Bürgermeistern oder mit Kandidaten der Kommunalwahl führen, weder in öffentlichen noch in Privathäusern. Kaum wollten wir so einen Termin beginnen, kam ein Polizist in Zivil, bewaffnet und mit laufendem Tonband in den Raum und beharrte darauf, die Gespräche aufzunehmen. Unsere Dolmetscherin fing dann sofort an, über das Wetter zu reden.

Wie haben Sie sich unter diesen Umständen Informationen beschafft?

Durch Gespräche mit Anwälten — in die Anwaltsbüros kam die Polizei nicht rein, sie postierte sich immer außerhalb. Durch Gespräche, die wir im Hotel in Diyarbakir geführt haben und durch Begegnungen mit Bauern, die wir in unserem Wagen mitnahmen.

Würden Sie sagen, daß in türkisch Kurdistan ein „Bürgerkrieg“ stattfindet?

Ich würde sagen, daß dort ein Krieg gegen die Bevölkerung stattfindet. Man konnte keine 20 Kilometer fahren, ohne von der Armee angehalten zu werden. Ich habe nicht gesehen, daß die BürgerInnen kämpfen, sondern daß die Armee überall präsent ist und auch uns nicht frei bewegen ließ.

Können Sie das Ausmaß des Volksaufstandes beurteilen?

Durch Augenzeugenberichte. Es müssen Riesendemonstrationen gewesen sein in Cizre und Silopi, wo die Polizei teilweise in die Menge geschossen hat. Anlaß war ja die Beerdigung von einem Erschossenen in Nusaybin, von dem das Militär später behauptete, er sei ein PKKler gewesen.

Wie ist das Verhältnis der kurdischen Bevölkerung zu der bewaffneten Organisation PKK?

Die tatsächliche Rolle der PKK kann ich nicht beurteilen, weil ich das Gefühl hatte, daß die Menschen uns das nicht sagen. Weder haben sie sich über die PKK beklagt, noch haben sie gesagt, daß die PKK ihre Führungskraft sei.

Hatten Ihre Gesprächspartner Angst, über die PKK zu sprechen?

Ja. Denn da stehen ja 15 Jahre Gefängnis an, und woher wissen die Leute, daß sie uns vertrauen können?

Wie offen waren die Berichte über Militäreinsätze?

Sehr offen. Wir haben zum Beispiel Menschen getroffen, deren Dörfer von der Armee geräumt wurden und die jetzt vom Betteln leben. Die haben uns erzählt, wie sie vertrieben worden sind.

Haben Sie Informationen, ob in Kurdistan deutsche Waffen eingesetzt werden?

Es gibt ja die Militärhilfe, diese 280 Millionen Mark im Jahr im Rahmen der Militärsonderhilfe, die die Bundesregierung der Türkei gewährt, zusätzlich zu den Nato-Verpflichtungen. Das sind hauptsächlich ausrangierte Waffen der Bundeswehr, die dorthin geschickt werden. Ich nehme nicht an, daß die für etwas anderes benutzt werden.

Wie wirkt das Notstandsdekret, das die türkische Regierung über Kurdistan verhängt hat, im Rest des Landes?

Es herrscht eine absolute Pressezensur. Man darf nicht aus dem Gebiet berichten und man darf in anderen Teilen der Türkei auch nicht über das Gebiet berichten. Wir haben am letzten Tag eine Pressekonferenz in unserem Hotel in Istanbul gegeben. Darüber erschien in der nationalen Ausgabe der Zeitung 'Cumhuriyet' nichts; in der Ausgabe vom gleichen Tag, die im Flugzeug verteilt wurde, erschien ein kurzes Stück.

Wie sollte sich Bonn verhalten?

Als erstes muß die Bundesregierung jegliche Waffenlieferungen stoppen. Dabei kann sie sich nicht auf ihre Nato-Verpflichtungen

berufen, das ist ein Militärsonderhilfeabkommen und kann sofort gestoppt werden. Zweitens bin ich auch der Meinung, daß man die Beteiligung an dem GAP-Projekt [Riesentaudamm im — türkischen — Quellgebiet von Euphrat und Tigris. Anm. d. Red.] tunlichst lassen sollte. Ich halte das Projekt ökologisch für äußerst schädlich. Schon sehr viele kurdische Dörfer haben ihren Grund und Boden durch die Überschwemmungen verloren. Es hat auch überhaupt keinen Sinn, Flüchtlingshilfe über die türkische Regierung zu leiten.

Hat die Regierung Gelder unterschlagen?

Es gibt ja unter anderem ein Flüchtlingszeltlager südlich von Mardin [für kurdische Flüchtlinge aus dem Irak. Anm. d. Red.]. Dafür hat die Bundesregierung eine Million Mark gegeben, angeblich für die Zelte in diesem Lager. Unsere Gesprächspartner rechneten uns vor, daß die Zelte höchstens 250.000 Mark gekostet haben.

War die deutsche Botschaft in Ankara an Ihren Reisevorbereitungen beteiligt?

Wir haben der Botschaft mitgeteilt, daß wir kommen. Und die Botschaft hat uns vor der Reise gewarnt. Wir müßten mit Ausweisung oder Festnahme rechnen. Das ist natürlich nicht eingetroffen, weil wir Diplomatenpässe hatten. Aber die Situation ist so schlimm, daß so etwas passieren kann.

Interview: Dorothea Hahn



Militärischer Beobachtungsposten gegen kurdische Separatisten

Foto: Günay Ulutuncok / laif

Luxemburger Wort

LA VOIX DU
LUXEMBOURG
EDITION
EUROPÉENNE

WOCHENZEITUNG DER EUROPÄER

10.5.1990

TÜRKEI

Präsident Özal kann das Regieren nicht lassen . . .

Fünf Monate nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten dürfte Özal erfahren haben, daß die Leitung des politischen Lebens in der Türkei vom Präsidentenamt aus nicht so leicht ist, wie er sich das vorgestellt haben mag. Auf Drängen der Armeeführung konnten er und sein wenig glücklicher Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten, Yildirim Akbulut, sich kaum noch mit etwas anderem als mit den Anschlägen der kurdischen Rebellen befassen, die in den letzten Wochen blutigere Ausmaße angenommen haben als je zuvor.

Seit Anfang März sind mehr als 100 Menschen bei den blutigen Zusammenstößen zwischen den Sicherheitskräften und marxistischen Guerillas der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) ums Leben gekommen. Das Ziel der PKK ist die Unabhängigkeit der kurdischen Provinzen in der Türkei. In der Krisensitzung der letzten Woche hat das Kabinett drastische Maßnahmen beschlossen. Dann wurden eine Reihe von Verordnungen (die nicht der Zustimmung des Parlaments bedürfen) erlassen, um diesen „Krieg gegen die Terroristen zu gewinnen“. Nicht Regierungschef Akbulut, sondern Staatspräsident Özal leitete die Krisensitzung des Kabinetts.

Der normale Türke in Ankara, Istanbul oder Izmir hat für die PKK wenig übrig. Trotzdem haben die Maßnahmen der Regierung eine Woge der Kritik ausgelöst. Die Verordnungen geben vor allem Gouverneur Hayri Kozakcioglu größere Vollmachten und Befugnisse, der 13 überwiegend von Kurden bewohnte Provinzen zu verwalten hat: So kann er jetzt Unruhe stiftende

kurdische Dorfbewohner in Gebiete deportieren, die auch vom Innenminister als „sicher“ eingestuft worden sind. Kenner der kurdischen Regionen sagen, dieses Verfahren eines „internen Exils“ werde mehr Probleme schaffen als lösen.

Noch umstrittener – und wahrscheinlich schädlicher für das Ansehen der Türkei in Europa – sind die neuen Einschränkungen für die Presse, wenn sie über die Unruhe der Kurden berichten will. Es gibt technisch gesehen keine Zensur. Aber praktisch existiert jetzt etwas, das dem allzu nahe kommt: Kann man Verlegern „eine falsche Darstellung von Vorfällen“ in den südlichen Provinzen oder eine „Beruhigung von Lesern durch entstellende Nachrichten oder Kommentare“ nachweisen, dann drohen ihnen empfindliche Strafen.

Was eine „falsche Darstellung von Vorfällen“ ist, das will die Regierung offensichtlich allein entscheiden. Ihr eigentliches Ziel scheinen eine Reihe von lokalen, regierungsunfreundlichen bis linksgerichteten Publikationen zu sein, die die Kühnheit besaßen, ganz generell die Behandlung des Kurdenproblems durch die Regierung zu kritisieren. Ikibine Dogru etwa, eine Zeitschrift, konnte letzte Woche nicht erscheinen, weil dem Verleger das Kurden-Thema zu heiß geworden war.

Kritik an den neuen Maßnahmen und Verordnungen kommt jedoch nicht nur von den Oppositionsparteien, die wegen Verletzung von Menschenrechten aufschreien. Sie kommt auch aus der regierenden Mutterland-Partei und besonders von den Abgeordneten aus den kurdischen Wahlbezirken. Re-

gierungschef Akbulut kann alles andere besser als das gebrauchen. In den neuesten Meinungsumfragen ist sein persönliches Ansehen und das seiner Partei auf unter 8 Prozent gesunken. Noch weit schlimmer: Zwei der Regierungsmitglieder, die zu den Schwergewichten in der Partei gehören, verließen nach heftigen Auseinandersetzungen mit einigen Kollegen das Kabinett: Ende Februar war es Außenminister Mesut Yilmaz; Ende letzten Monats folgte ihm Finanzminister Ekrem Pakdemirli. Auf diese Art einen Minister zu verlieren, mag noch angehen, aber zwei? – Türken sprechen von glatter Inkompetenz.

Beide Minister geben im wesentlichen die gleichen Gründe für ihr Ausscheiden an: Jeder erklärte, Außenstehende hätten ständig in die Angelegenheiten seines Ministeriums hineinzureden versucht. Regierungschef Akbulut sei unfähig, sein Kabinett zusammenzuhalten. Yilmaz ließ kaum Zweifel daran (obwohl er in seiner Rücktrittserklärung den Präsidenten nicht erwähnte), daß Özal einer von denen sei, die sich ständig eingemischt hätten.

Alleswisser sagen bereits voraus, Akbulut werde auf dem Sonderkongreß im nächsten Januar den Vorsitz der Mutterland-Partei und den Ministerpräsidentenposten verlieren. Aber der neue Mann an der Spitze, wer immer es ist, wenn es ihn geben sollte, wird auf jeden Fall mit Özal darüber streiten müssen, wer denn die Politik des Landes bestimmt – der Präsident oder der Regierungschef. Gegenwärtig – sei es zum Guten, sei es zum Schlechten – tut das Özal.

Estün Ete

die tageszeitung

BERLINS ÜBERREGIONALE

15.5.1990

Munitionsexport in Türkei geplatzt

Österreich moniert Menschenrechtsverletzungen gegen politische Häftlinge und Kurden

Wien (taz) — Mit Hinweis auf die schweren Menschenrechtsverletzungen in der Türkei hat das österreichische Innenministerium bereits Ende vergangener Woche einen Waffendeal zwischen Wien und Ankara platzen lassen. Die vom Exportverbot betroffene Firma Hirtenberger hatte Maschinengewehrmunition im Gesamtwert von 600.000 Dollar an die türkische Regierung liefern wollen. Bestimmt war die Munition für Spezialeinheiten der türkischen Polizei, die in Kurdistan eingesetzt werden, wo seit einigen Wochen praktisch Kriegsrecht besteht, türkische Militärs Dörfer und Städte kontrollieren und die Bürgerrechte einschließlich der Pressefreiheit außer Kraft gesetzt sind.

Fast zeitgleich mit der Veröffentlichung des jüngsten amnesty-international-Berichts über fortgesetzte

Folterungen in türkischen Gefängnissen und über die Willkürparagrafen im türkischen Strafrecht, die neben Kommunisten vor allem Kurden zu Opfern machen, war in der vergangenen Woche in Wien auch der Waffendeal bekanntgeworden. In einem hilfreichen Brief versuchte der österreichische Handelsdelegierte in Ankara noch, der Firma Hirtenberger Rückendeckung für ihr Geschäft zu geben. Er schrieb, im „Südosten“ der Türkei — so wird Kurdistan im offiziellen Regierungstürkisch genannt — könne es schon deshalb gar keine Verfolgung von Kurden geben, weil es diese gar nicht gebe. Mit diesem Hinweis folgte der österreichische Handelsdelegierte der Linie der türkischen Regierung, die das Zehnmillionenvolk im Südosten der Türkei schlicht ignoriert.

In Österreich überrascht das vom Innenministerium verhängte Exportverbot. Schließlich hatte der sozialdemokratische Minister Franz Löschnak noch Anfang dieses Jahres einen hohen Beamten in die Türkei geschickt, um mit den dortigen Behörden Maßnahmen gegen Schlepper zu unternehmen, die Flüchtlinge nach Österreich befördern. Ergebnis des Reiseberichts im Januar: „Es gibt keine Diskriminierung der Kurden.“

Die gedeihliche Zusammenarbeit zwischen österreichischen und türkischen Behörden könnte nun brüsk zu Ende gehen. Ein Sprecher des Ankarer Außenministeriums drohte bereits, seine Regierung werde sämtliche Verpflichtungen prüfen, die sie mit der österreichischen Rüstungsindustrie eingegangen sei. Michael Völker / dora

taz

21.5.1990

Rechtsextreme Türken verjagt

Dällikon (stf) — Linksgerichtete Türken und Kurden haben am Samstag nachmittag in Dällikon (Kanton Zürich) ein Treffen einer rechtsextremen türkischen Gruppe verhindert, die den sogenannten „Grauen Wölfen“ nahesteht. Die Behörden hatten in letzter Minute dafür gesorgt, daß die Veranstaltung nicht stattfand. Trotzdem kam es im Laufe des Abends zu Ausschreitungen, in deren Verlauf die Kantonspolizei auch Hartgummigeschosse einsetzte.

DIE WELT

23.5.1990

Ankara geht hart gegen Gewaltakte der Kurden vor

E. ANTONAROS, Athen

Sind es „nur“ 2200 Tote, wie amtliche Quellen behaupten, oder gibt es bereits mehr als 5000 Todesopfer, wie andere unabhängige Beobachter sagen? Die Rede ist von Südostanatoliens Provinzen, wo eine Volksgruppe zu Hause ist, deren Namen die meisten Türken, allen voran Militärs und Politiker, äußerst ungern in den Mund nehmen. Von „türkischen Bergstämmen“ war jahrzehntelang die Rede; in letzter Zeit benutzt die Presse jedoch das Wort „Kurde“, was wiederum seit einigen Wochen äußerst gefährlich ist. Denn ein drakonisches Gesetz verbietet die Verbreitung von „unzutreffenden“ Berichten über die Lage im Südosten.

Gerade der neue Maßnahmenkatalog — neben den zensurähnlichen Bestimmungen ist die Verbannung für aufmüpfige Kurden eingeführt worden — zeigt, wie ernst die Lage im Grenzgebiet ist, wo nach unabhängigen Schätzungen sechs bis zehn Millionen Türken kurdischer Abstammung leben. Zum erstenmal kam es kürzlich zu Ausschreitungen im Stile der Intifada.

In zwei größeren Grenzstädten — Nusaybin und Cizre — kam es zu regelrechten Volksaufständen, die von Armee und Polizei zerschlagen werden mußten. Kinder, mit Kopftüchern verumhüllt, werfen mit Steinen gegen die Sicherheitsbeamten, die Geschäfte bleiben oft tagelang geschlossen.

Bis vor kurzem versuchte die Regierung in Ankara, das Problem herunterzuspielen; meistens war von vereinzelten Anschlägen der marxistisch orientierten Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) die Rede. Zweifellos gehen die Gewaltakte von der PKK aus, deren Führung in Syrien sitzt und vom Regime in Damaskus mit Waffen, Munition und Geld unterstützt wird. Die PKK-Guerilleros scheinen ihre Strategie geändert zu haben: Die Angriffe sind vor allem gegen „türkische Ziele“ und weniger gegen „Landsleute“ gerichtet, von denen viele als Milizionäre im Dienst der türkischen „Okkupationsmacht“ als Kollaborateure verdächtigt werden. Garnisonen und Güterzüge werden überfallen, türkische Ingenieure, Soldaten und Experten ermordet.

Durch diese Verlagerung ihrer Aktivitäten geht es den bisher eher gefürchteten als respektierten PKK-Revoluzzern vor allem darum, Pluspunkte bei ihren Landsleuten zu sammeln. Sie setzen unter anderem auf die Entwicklung in Osteuropa, sie sagen den Kurden Anatoliens mit Nachdruck, daß auch sie einen Anspruch wenn nicht auf Selbstbestimmung, so doch auf eine gewisse Autonomie hätten. Ankara versucht mit Brachialgewalt — durch das Militär — Herr der Lage zu werden.

Daß man auf türkischer Seite keinen Spaß versteht, zeigte das Schicksal von Muslum Yildirim, Bürgermeister der als Unruheherd in Verruf geratenen Grenzstadt Nusaybin: „Wir wollen keinen unabhängigen Kurdenstaat, sondern nur die Rechte, die die Türken selbst haben. Wir wollen nicht als Bürger zweiter Klasse behandelt werden.“ Prompt wurde er wegen „Verbreitung unzutreffender Behauptungen“ vom Dienst suspendiert. (SAD)

5. 5. 1990

die tageszeitung

TAZ ÜBERREGIONAL

Schüsse aus dem türkischen Konsulat

Wachpersonal des türkischen Generalkonsulats in München schoß am 1. Mai auf DemonstrantInnengruppe / Ein Türke von Splittermunition am Oberarm schwer verletzt / Fiehenden DemonstrantInnen wurde mehrmals nachgeschossen / Krisensitzung der Staatsanwaltschaft

Von Bernd Stiegler

Nürnberg (taz) — Sicherheitsbeamte des türkischen Generalkonsulats in München haben am 1. Mai aus dem Konsulatsgebäude heraus mehrmals auf eine Gruppe von DemonstrantInnen geschossen. Dabei wurde der 23jährige Nuri G. aus Ingolstadt von einer Splittermunition am Oberarm so schwer verletzt, daß er bereits zweimal operiert werden mußte. Er soll von einem in der Bundesrepublik verbotenen Dumdum-Geschoß getroffen worden sein.

Über Details des Geschehens gibt es unterschiedliche Angaben. Nach Aussagen der Demonstranten sind am 1. Mai gegen 14.45 Uhr etwa 50 TürkInnen vor das mehrstöckige Konsulatsgebäude in der Menzinger Straße gezogen, um gegen die Politik in Ankara zu protestieren. Plötzlich seien aus den Fenstern des ersten und zweiten Stockwerks Schüsse abgegeben worden. Dabei wurde Nuri G. getroffen. Als die DemonstrantInnen abzogen, sollen Angehörige des Wachpersonals aus dem Gebäude herausgelaufen sein und nochmals auf die fliehenden DemonstrantInnen, die den Verletzten anschließend in das Krankenhaus „Barmherziger Bruder“ brachten, geschossen haben. Insgesamt seien zehn bis 20 Schüsse aus drei bis vier verschiedenen Waffen gefallen.

Die Münchener Polizei, die noch am 3. Mai den gesamten Vorfall abgestritten hatte, sprach gestern von

10 bis 15 DemonstrantInnen, die mit Steinen mehrere Fensterscheiben des Konsulats eingeworfen sowie ein Molotow-Cocktail geschleudert hätten. Der soll sich aber nicht entzündet haben. (Die DemonstrantInnen bestreiten allerdings vehement, daß sie überhaupt mit irgend etwas geworfen haben.) Wie der Pressesprecher der Polizei, Scherer, weiter berichtete, „sind dann von einem Sicherheitsbeamten Schüsse in die Luft abgegeben worden, ein Demonstrationsteilnehmer wurde dabei getroffen“. Der mutmaßliche Schütze sei der Polizei inzwischen bekannt, das Konsulat habe sich gegenüber den Ermittlungsbeamten „sehr zugänglich“ gezeigt. Die Polizei bestreitet die Existenz mehrerer Schützen. Erst am Abend des 3. Mai suchte die Kripo Nuri G. im Krankenhaus auf. Nach einer Krisensitzung der Staatsanwaltschaft sind inzwischen die Ermittlungen wegen versuchten Totschlags angefallen.

Gegenüber der taz ging das Konsulat auf Tauchstation. Einen Tag nach dem Vorfall hatte man noch eine Meldung in das Boulevardblatt 'Abendzeitung' lanciert. Dort wurde dann ein „Brandanschlag auf das Generalkonsulat am 1. Mai“ vermeldet. „Zehn junge Türken“ seien „gröhlend“ vor das Gebäude gezogen und hätten selbstgebastelte Molotow-Cocktails gegen das Konsulat geworfen.

Ein Sprecher des Auswärtigen

Amtes in Bonn betonte, daß das Konsulatsgebäude zwar exterritorialen Status habe, jedoch jederzeit bundesdeutsche Rechtsnormen Anwendung finden, d.h. entsprechende Waffen müßten angemeldet sein und deren Träger eine Genehmigung dafür besitzen. Eine Sonderregelung im Freistaat Bayern, bei dessen Landesregierung das türkische Konsulat in München akkreditiert ist, gibt es nicht. Das Münchener Kreisverwaltungsreferat sah sich außerstande mitzuteilen, ob eine oder mehrere Waffen für das Generalkonsulat zugelassen sind.

Wenn der/die Schütze/n unter konsularischem Schutz stehen, ist deren Strafverfolgung unmöglich. Die Bayerische Staatsregierung könnte dann mit Zustimmung der Bundesregierung die entsprechenden Personen zur „persona non grata“ erklären und des Landes verweisen. Erst letzte Woche hat die Bundesregierung die Türkei aufgefordert, 15 Diplomaten wegen Bespitzelung türkischer Staatsangehöriger in der Bundesrepublik abzuziehen.



DONNERSTAG, 10/5/90 taz

Türkei erklärt Krise mit Bonn als beigelegt

Ankara (dpa) — Ein Sprecher des türkischen Außenministeriums hat die diplomatische Krise mit der BRD als beigelegt erklärt. Beide Seiten hätten sich geeinigt, die Angelegenheit als erledigt zu betrachten, sagte er am Dienstag in Ankara. Die Krise hatten vor einigen Monaten begonnen, als mehrere Diplomaten der türkischen Botschaft in Bonn vorgeworfen wurde, sie spionierten im Auftrag des Geheimdienstes ihres Landes türkischen Gastarbeitern in der Bundesrepublik nach. Bonn verlangte daraufhin den Abzug von 15 türkischen Botschaftsangehörigen, worauf Ankara acht deutsche Diplomaten in der Türkei zu unerwünschten Personen erklärte. Nach türkischen Presseberichten einigte man sich später auf den Abzug von vier Türken aus Bonn gegen einen Deutschen aus Ankara.

7. 5. 1990

Türkei: Verhaftete freigelassen

Istanbul (afp) — Insgesamt 3.080 der 3.304 am 1. Mai in der Türkei Festgenommenen sind wieder auf freiem Fuß. Die Mehrzahl der Freigelassenen berichtete von Folterungen. Von den drei Personen, die am 1. Mai durch Schüsse verletzt worden waren, liegt eine junge Frau gelähmt und „in kritischem Zustand“ im Krankenhaus. Aus der Osttürkei wurde gemeldet, daß insgesamt 25 kurdische Guerilleros von türkischem Militär erschossen worden seien.

die tageszeitung
TAZ ÜBERREGIONAL

taz MITTWOCH, 9/5/90

Konsulatschütze durch Immunität geschützt

Mordkommission ermittelt gegen Angehörige des türkischen Generalkonsulats in München / Auf Demonstration geschossen / Mutmaßlicher Schütze genießt Immunität / Schon 1979 gab es scharfe Schüsse aus dem Konsulat / Als „sehr aggressiv“ bekannt

Von Bernd Biegler

Nürnberg (taz) — Die Schüsse, die Sicherheitsbeamte des türkischen Generalkonsulats in München am 1. Mai aus dem Konsulatsgebäude heraus auf eine Demonstrantengruppe abgefeuert haben, beschäftigen inzwischen die Mordkommission. Trotz anderslautender Zeugenaussagen geht die Polizei nach wie vor von nur einem Täter aus. Und der soll aufgrund seiner diplomatischen Immunität nicht strafrechtlich belangt werden können.

Wie berichtet hatten etwa 50 Türkinnen gegen das brutale Vorgehen der türkischen Polizei anlässlich der 1. Mai-Demonstration in Istanbul vor dem Münchener Generalkonsulat in der Menzinger Straße demonstriert. Dabei fielen mehrere Schüsse. „Aus der Eingangstür und einem Fenster im ersten Stock wurde geschossen“, berichtet der 23jährige Nuri G. aus Ingolstadt, der von einem Querschläger am Oberarm schwer verletzt wurde. „Wir wurden dann von Sicherheitsbeamten bis zur Brücke über den Nymphenburger Kanal verfolgt, dabei schossen sie uns hinterher.“

Nuri G., Mitarbeiter einer Organisation der Angehörigen politischer Gefangener in der Türkei, ist nach zwei Operationen kürzlich aus dem Krankenhaus entlassen worden.

Das Konsulat dagegen konstruiert eine Notwehrsituation. Ein selbstgebastelter Molotow-Cocktail der Demonstranten habe einen Sicherheitsbeamten getroffen, daraufhin habe dieser „Warnschüsse“ abgegeben. Michael Reiss, Anwalt von Nuri G., bezeichnet diese Aussage als „Vorwärtsstrategie des Konsulats“.

Mit drei Tagen Verspätung hat die Spurensicherung der Polizei begonnen. Mit Spürhunden wurde das Gebiet um das Konsulat abgesucht, Hülsen oder Patronenreste wurden nicht gefunden. Die Konsulatsbeamten waren anscheinend schneller. Bislang endet die Ermittlungstä-

tigkeit der Polizei an der Bannmeile des Konsulats. Mit Verweis auf das „laufende Verfahren“ lehnt die Polizei jede weitere Auskunft ab. Es wurde lediglich bekanntgegeben, daß der mutmaßliche Schütze zum Konsulatspersonal gehört und damit Immunität genießt. Es wird also keine strafrechtliche Verfolgung geben können. Als einzige Möglichkeit kann die Bayerische Staatsregierung mit Zustimmung der Bundesregierung den/die Täter zur „persona non grata“ erklären und des Landes verweisen.

Schon im Herbst 1979 geriet das türkische Generalkonsulat in München in die Schlagzeilen. Als Nasmi

Canpolat zusammen mit einem Freund an die Gartenmauer ein Plakat mit einem Aufruf für einen Wahlboykott kleben wollten, wurden sie von einem Sicherheitsbeamten überrascht. Die beiden Türken flohen. „Der Konsulatsangestellte verfolgte uns mit gezogener Neun-Millimeter-Pistole und feuerte sieben bis acht gezielte Schüsse ab“, erzählt der heute in Köln lebende Nasmi Canpolat. Durch die Schüsse wurde ein unbeteiligter Passant verletzt. Während der Sicherheitsbeamte klammheimlich nach Rom versetzt wurde, bekamen die beiden Türken erhebliche Schwierigkei-

ten. Sie mußten ihr von der Türkischen Zentralbank gewährtes Stipendium zurückzahlen und wurden ausgebürgert. Erst nach sechs Jahren wurde ihr Asylantrag anerkannt. „Das Münchener Generalkonsulat ist bei uns als sehr aggressiv bekannt“, berichtet Canpolat.

die tageszeitung
TAZ ÜBERREGIONAL

12.4.1990

Bonn hält sich zurück

Auswärtiges Amt sieht in der Türkei keinen Grund zur Besorgnis

Berlin (taz) — Ausgesprochen wenig hatte gestern die Bundesregierung zur Verhängung des Ausnahmezustandes bei ihrer Bündnispartnerin Türkei zu sagen. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes teilte auf Anfrage dertaz lediglich mit, es handle sich um eine „innertürkische Angelegenheit, die aufgrund von Sicherheitserwägungen zustande kam. Da können wir uns nicht einmischen“. Es gäbe aber die Hoffnung, daß durch die Verhängung des Ausnahmezustandes in Kurdistan die „Bemühungen um eine Verbesserung der Menschenrechtssituation nicht zurückgeworfen werden“.

Weitergehende Schritte, wie Abbruch der diplomatischen oder gar militärischen Beziehungen zur Nato-Partnerin Türkei werden von der Bundesregierung nicht in Erwägung gezogen. Vom Verteidigungsmini-

sterium in Bonn war erst gar keine Stellungnahme zu erhalten. Dabei spielt gerade die militärische Unterstützung aus der BRD eine zentrale Rolle für die türkische Armee, die jetzt in Kurdistan marschiert.

Allein zwischen 1964 und 1989 ist aus der BRD Militärhilfe im Wert von 4,5 Milliarden DM an den Bosphorus gegangen. Diese Zahl nannte der CSU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Alfred Biehle, in dem Abschlußbericht über eine Türkei-Inspektionsreise im vergangenen Juni. In demselben Bericht, der an die Atlantische Versammlung gerichtet ist, wird der Stabschef der türkischen Luftwaffe, General Bilge, zitiert, der behauptet, sein Land hätte im genannten Zeitraum „nur“ Militärhilfe in Höhe von 2,76 Milliarden DM aus Bonn erhalten.

die tageszeitung

BERLINS ÜBERREGIONALE

SAMSTAG
28. April 1990

Türkei unter Druck setzen!

Aktuelle Stunde auf Antrag der Grünen zum Kriegsrecht in Kurdistan / Regierung desinteressiert

Bonn (taz) — 15 Millionen Kurden werden in der Türkei unterdrückt, sind ihrer elementaren Rechte wie der eigenen Sprache und Kultur beraubt. Das alles tangiert die Bundesregierung wenig. Gegen den Widerstand der Koalitionsparteien — aber auch der SPD — beschäftigte sich gestern der Bundestag auf Antrag der Grünen mit dem Thema. Bereits im Vorfeld hatte die SPD den Grünen angedeutet, dieses Thema im Augenblick besser nicht in der Öffentlichkeit breitzutreten. Mitglieder der Regierung waren gar nicht erst erschienen.

Die Grünen forderten die Regierung auf, politischen und wirtschaftlichen Druck auf den Nato-Partner auszuüben. In ihrem Beitrag über den Ausnahmezustand in den kurdischen Provinzen prangerte Angelika Beer die Verantwortung der Bundesregierung für Menschenrechtsverletzung durch türkische Sondereinsatzkommandos an — den sogenannten „Rambos“, die von der GSG 9 in der BRD ausgebildet worden sind. Reaktion von Friedrich Vogel aus dem CDU-Lager: Die Grünen selbst trügen zur Eskalation der Lage bei. Die „inszenierte Aktuelle Stunde“ sei kein geeignetes Mittel, der innenpolitischen Situation in der Türkei gerecht zu werden.

Für die SPD erinnerte Peter Glotz daran, daß die Kurden noch nie in einem eigenen Staat zusammengelebt haben. „Und ich glaube auch nicht, daß irgend jemand erreichen kann, daß sie in der Zukunft in einem eigenen Staat zusammenleben.“ Was mit der kurdischen Minderheit in der Türkei geschehe, sei ein zentrales Problem der Außenpolitik im Europa der 90er Jahre: der wiederaufbrechende Nationalismus sei unfähig mit diesem mörderischen Problem fertig zu werden. Solange aber ein Staat so mit seinen Minderheiten verfare, „kann er nicht Vollmitglied der EG werden“.

bg



Foto: Sedat Arac



die tageszeitung
TAZ ÜBERREGIONAL

SAMSTAG
28. April 1990

Bürgerkrieg in den Bergen Türkisch-Kurdistans

Seit das türkische Militär Ende März das Feuer auf eine friedliche Demonstration eröffnete, herrscht Krieg in Kurdistan. Die Kurden solidarisierten sich massenhaft mit der Guerilla der Arbeiter- und Bauernpartei (PKK), die seit sechs Jahren in den Bergen kämpft. Seitdem haben sich die Auseinandersetzungen auch auf die kurdischen Städte ausgedehnt. Die Militärs antworteten mit der Einführung des De-facto-Kriegsrechts.

Cizre am Tigris — eine kurdische Stadt mit rund 60.000 Einwohnern, einst blühendes Zentrum an der Seidenstraße. Statt Seidenkarawanen donnern heute Tag für Tag Tausende Erdöltanker, die aus dem Irak kommen, durch die Stadt. Cizre stinkt. Die Erde hat sich vollgesaugt: mit abgelassenem Erdöl und den offen abgeleiteten Abwasern, die mitten in der Stadt zu Tümpeln geworden sind. Kinder, nicht älter als acht bis neun Jahre, sammeln sich um die Fremden, die Hand ausgestreckt zum Victory-Zeichen. „Biji, biji Guerilla“. „Biji, biji Kurdistan“. „Es lebe die Guerilla, es lebe Kurdistan, rufen sie. Bevor die schwerbewaffneten Sondereinsatztruppen — Rambos genannt — eintreffen, sind die Kinder verschwunden.

Die für ihre Brutalität bekannten Truppen rächen sich mit einer Razzia im nahegelegenen Kaffeehaus. Ausweiskontrolle. Ein Mitglied des Einsatzkommandos mit schwarzer Sonnenbrille und Kaugummi im Mund grinst dem Treiben der Kollegen zu.

Wahllos wird auf ein paar kurdische Jugendliche eingeschlagen: „Ihr Hurensöhne“. Journalisten? „Wo ihr hinkommt, beginnt es zu stinken. Das nächste Mal brechen wir eure Knochen.“

Es sind Wochen vergangen seit dem Blutbad am 20. März. Im Zuge einer friedlichen Demonstration aus Protest gegen die Ermordung eines Kurden durch Militär im benachbarten Nusaybin eröffnete die Armee das Feuer auf die Menschenmenge.



Kurdischer Siedlungsraum schraffiert

Schüsse als Auslöser für die kurdische Intifada

Die Schüsse waren der endgültige Auslöser für das, was später türkische Zeitungen als „kurdische Intifada“ bezeichneten. Frauen und Kinder, die mit Steinen gegen Panzerwagen vorgehen. Öffentliche Gebäude, die in Brand gesteckt werden. Geschäftsinhaber, die die Rolläden ihrer Geschäfte herunterlassen. Vier Kurden wurden erschossen, ein Zwölfjähriger starb unter den Ketten eines Panzerspähwagens — ein „Verkehrsunfall“, wie später das Krankenhaus attestierte.

Die Razzien dauern an

Dort, wo sich die Menschen vor Denunzianten und Militär sicher wiegen, in den armseligen Lehmhütten und den kleinen Läden, weht immer noch die Fahne des Aufstandes, die ihre Heroen hervorgebracht hat: „Süleyman ist auf den Panzer gestiegen und holte den Fahrer raus. Er hätte ihm fast den Garau gemacht, hätte er nicht einen Bajonetthieb abgekriegt. Seine beiden Beine sind von den Ketten des Panzers zermalmt. Er selber ist nun auf der Folter, auf der Wache.“ Die Verletzten, die nicht in die Hände der Sicherheitskräfte fielen, versteckten sich. Hunderte sind festgenommen worden. Die Razzien dauern an.

In Haft wegen LKW-Reflektoren in den kurdischen Farben

In regulärer Untersuchungshaft sitzen 94 Bürger Cizres, im Alter zwischen 15 und 35 Jahren. „Allesamt Bauernsöhne, die hier in Cizre arbeitslos sind oder Gelegenheitsarbeiten verrichten“, sagt Rechtsanwalt Orhan Dogan, der die Angeklagten vertritt. Unter ihnen der Panzerfahrer Ramazan Uykur, der am unglückseligen 20. März aus dem Irak in die Türkei reiste. Er hatte grüne, gelbe und rote Reflektoren auf seinen Laster gepinnt. Geht es nach dem Staatsanwalt, soll er wegen „dem Hissen der kurdischen Flagge“ bestraft werden. Ein Straftatbestand, den es im türkischen Strafgesetzbuch gar nicht gibt.

„Wir ersticken im Dreck“

Armut und Terror haben Hunderttausende kurdische Bauern aus dem Grenzgebiet in nahegelegene Städte wie Cizre verschlagen. Jahr für Jahr entstehen neue Siedlungen — Baracken und armselige Hütten. Der gewaltige Wasserspender großer Kulturen, der Tigris, verläuft durch die Stadt. „Unsere Trinkwasserversorgung beruht auf dem Tigris. Cholera und Typhus grassieren in der Stadt“, klagt Bürgermeister Hasim Hasimi von der islamischen „Wohlfahrtspartei“. Weil nicht die Regierungspartei bei den Kommunalwahlen gewann, wurden sämtliche Regierungssubventionen gestrichen. Die Stadtverwaltung kann seit 20 Monaten an die städtischen Arbeiter und Angestellten keinen Lohn auszahlen. „Wir ersticken im Dreck. Meine Arbeiter hungern. Sie können sich nicht mehr in die Geschäfte trauen, weil sie bis zum Hals verschuldet sind“, sagt der Bürgermeister, der fast allseits Anerkennung genießt, doch zur Erfolglosigkeit verdammt ist. Während der türkische Staat Milliarden für das Salär der sogenannten Dorfmitzilen — in der Regel reaktionäre kurdische Stammesverbände, die staatsfremd sind — ausgibt, spielen die Kinder Cizres in den Abwässergruben.

die tageszeitung**SAMSTAG
28. April 1990**

Die äußeren Spuren der Gewalt vom 20. März versuchen die Behörden zu beseitigen. Doch die Unterkünfte der verhassten staatlichen Kohlebetriebe, die während der Ereignisse in Brand gesteckt wurden, stehen nur noch als Stahlskelett. Daneben eine ehemalige Polizeiwanne. Nur notdürftig ist das Graffiti übermüht. „PKK“ haben die Demonstranten draufgeschrieben.

Der Einfluß der PKK wird immer größer

Die PKK (Partiya Karkeri Kurdistan/Kurdische Arbeiterpartei) führt seit sechs Jahren einen bewaffneten Kampf für ein „unabhängiges Kurdistan und die Befreiung der Kurden von der türkischen Besatzungsarmee“. Die PKK machte sich mit Anschlägen auf kleine militärische Einrichtungen einen Namen. Ihr Einfluß war anfangs recht gering. Sie wurde in einem Atemzug mit stalinistischen „Liquidierungen“ in den eigenen Reihen und Todeskommandos, die Frauen und Kinder der Milizionäre töteten, genannt. Heute ist die PKK nicht nur zu einer schlagkräftigen Guerillaorganisation geworden, die militärisch weiträumig in der gebirgigen Grenzregion zu Syrien, dem Irak und dem Iran operiert, sondern auch über Massenanhänger in den kurdischen Städten verfügt.

„Heute bekennen wir uns zu unseren Toten“

Die Grenzregion — Operationsgebiet der PKK — wurde entvölkert. Tausende Dörfer wurden zerstört. Die Bauern wurden entweder vom Militär deportiert oder flohen aus Angst vor dem Terror. Der staatliche Terror — die Razzien in den Dörfern, die Folterungen, die Mißhandlungen und die getöteten Zivilisten — trug viel dazu bei, das Umfeld der PKK zu stärken. Noch vor Jahren bekannte sich kein kurdischer Angehöriger zu einem getöteten Guerillakämpfer. Niemand nahm an Beerdigungen teil. Heute sind Beerdigungen von getöteten PKK-Militanten zum Funken der kurdischen Intifada geworden. Ob in Städten wie Silopi, Cizre oder Nusaybin — stets war die Beerdigung eines PKK-Mitgliedes Auslöser der Aufstandsbewegung. „Heute bekennen wir uns zu unseren Toten“, hört man überall.

„Die Menschen auslöschen“

„Ein Gangrän, das amputiert werden muß“, soll Exminister Adnan Kahveci gesagt haben, der im Rahmen einer sechsköpfigen Delegation nach den Vorfällen in Cizre besuchte. Der Brigadekommandant von Hakkari, General Altay Tokat, hatte bereits August vergangenen Jahres die Stoßrichtung angegeben: „Nach meinem System können wir die in kürzester Zeit vernichten.

*Der Sohn steht vor der verbrannten Leiche seines Vaters**Foto: Sedat Arac*

Nach meinem System wächst dort weder Mensch noch Gras. Wir haben bisher nur unsere leichten Waffen eingesetzt. Unser südlicher Nachbar hat mit einer einzigen Militäroperation die Menschen, die seit 50 Jahren Krieg gegen den Staat führen, ausgelöscht. Wenn wir wollen, können wir die in kürzester Zeit vernichten.“

Längst bestimmt nicht mehr Parlament und Regierung die Politik in den kurdischen Gebieten. Die Generale im sogenannten „Nationalen Sicherheitsrat“ geben den Ton an. Sie waren es auch, die die Regierung drängten, das jüngste Dekret mit Ge-

setzeskraft zu verabschieden, das grundlegende bürgerliche Rechte und Freiheiten in der Region aufhebt. Hayri Kozakoioglu, Supergouverneur über die elf kurdischen Provinzen, wo der Ausnahmezustand herrscht, ist damit zu einer Art Alleinherrscher über Türkisch-Kurdistan geworden. Er kann Menschen aus ihrer Heimat verbannen, Richter absetzen, Zeitungen verbieten und Strafverfahren gegen Soldaten unterbinden.

Während früher in Einzelfällen türkische Tageszeitungen über staatlichen Terror berichteten, werden heute nur noch Meldungen im Sinne der Verwaltung abgedruckt. „Frühlingsoffensive der PKK niedergeschlagen. Innerhalb von 53 Tagen seit dem 1. März wurden insgesamt 162 separatistische Militante, davon 68 tot, gefangengenommen“, meldet die große Tageszeitung 'Hürriyet', die folgendes über die Ursachen berichtet: „Das Volk in der Region sagt: ‚Wir haben keine Angst vor der PKK. Wir haben volles Vertrauen in den Staat.‘“ Dies in einem Landstrich, wo Woche für Woche Hunderte wegen Komplizenschaft mit der PKK auf die Folterwachen wandern und Tausende wegen der Gewährung von Unterschlupf für die Guerilla im Gefängnis sitzen.

Mit Fäusten und Steinen gegen die Soldaten

In den Elendsbaracken der kurdischen Städte, dort, wo die jugendlichen Habenichtse aus den Dörfern Zuflucht gefunden haben, spürt man den Haß auf das Militär. Die Jugendlichen waren es auch, die mit bloßen Händen und Steinen auf Soldaten losgegangen sind. Sie stellen das Rekrutierungsfeld der PKK. Doch auch die Händler, die reicheren Ladenbesitzer haben sich in der ganzen Region dem mehrtägigen Protest gegen das Militär angeschlossen. In Batman blieben die Geschäfte zu, obwohl Sondereinsatztruppen als Strafe mehrere tausend Schaufenster mit Hämmern zerschlugen. „Wir Händler sind für das Geschäft und richten unsere Fahnen nach dem Wind. Der Wind hat sich halt gedreht“, klärt mich einer der reichsten Männer Batmans auf.

Türkische Parteien verlieren völlig an Einfluß

Die im türkischen Parlament vertretenen politischen Parteien haben fast gänzlich ihre Bedeutung in der Region verloren. Nur noch dort, wo archaische Strukturen herrschen, wo das Wort des kurdischen Stammesführers wie Gottes Wort zählt, gelingt es Parteien, über die Nominierung des Stammesführers zum regionalen Parteiführer Terrain zu gewinnen. In dem 150.000 Einwohner zählenden Batman mit seinen Erdölfeldern und der ersten Raffinerie ist solcherlei überholt. 1.511 Mitglieder zählte die „Sozialdemokratische Volkspartei“ noch vor einem halben Jahr. „Nach dem Ausschluß von sieben kurdischen Abgeordneten aus der Partei wegen Teilnahme an einer internationalen Kurdenkonferenz in Paris traten binnen zehn Tagen 960 Parteimitglieder aus“, berichtet Salihi Aktan, der ehemalige Ortsvereinsvorsitzende. „Heute hat die Partei vielleicht zwei Dutzend Mitglieder“, spottet er.

die tageszeitung

SAMSTAG
28. April 1990

Guerrilla in Sichtweite

Die Provinzhauptstadt Siirt, am Fuße einer Gebirgskette gelegen, gleicht einer militärischen Festung. Vor kurzem erst ist die Guerilla des Abends ins Dorf Gökcebag eingedrungen. In Sichtweite zur Stadt — Luftlinie vielleicht fünf Kilometer. Die Guerilla informierte Militär und Präfektur in Siirt über ihren Standort. Das Militär wartete bis zum nächsten Morgen, um dann mit schweren Waffen und Hunderten Soldaten Richtung Dorf vorzurücken. Die Guerilla hatte sich natürlich längst verdrückt.

„Verflucht sei dieser Ort“

Razzien durch das Elendsviertel Cakmak waren früher gang und gäbe. Heute traut sich das Militär nach Anbruch der Dunkelheit nicht mehr hinein. Frauen und Kinder der Beamten und der Polizei sind hermetisch von der Außenwelt abriegelt. In Militärbussen, begleitet von Gendarmen und Soldaten, werden die Kinder zu Schule gefahren. Manchmal sitzen die Schüler auf Matratzen, die auf den Boden des Busses gelegt werden. Aus dem Fenster schauen könnte Gefahr bedeuten. „Verflucht sei dieser Ort. Hier ist es schlimmer als im Gefängnis. Du kannst noch nicht einmal ihre Sprache“, klagt ein junger Beamter, der aus dem Westen nach Siirt veretzt wurde. „Seit Monaten wache ich nachts auf und schreie.“

Ein Dorf in der heißen Zone

Einen halben Tag Fußmarsch durch das Gebirge nehmen wir in Kauf, um in jenes Dorf zu gelangen, dessen Namen wir nicht preisgeben werden. Ein Dorf in der heißen Zone. Ein Dorf, das das türkische Militär Jahr für Jahr überfällt. Ein Dorf, wo Folter durch das Militär als natürliche Kollektivstrafe gilt. Ein Dorf, wo viele junge Männer in die Berge, zur Organisation, zur PKK gegangen sind. Zwei kleine Kinder, vielleicht sechs, vielleicht sieben Jahre alt, spielen neben einer Mauer. Sie spielen Wirklichkeit. Der eine hat die Beine gespreizt und mit dem Gesicht zur Mauer die Hände erhoben. Das andere Kind macht Leibesvisitationen. Sie sprechen kurdisch, nur einmal verstehe ich einen Wortfetzen türkisch: „Verrecke, Hundesohn.“

„In Istanbul werden Bomben hochgehen“

Ein Fünfundzwanzigjähriger, der so aussieht wie vierzig, empfängt uns. Wir reden über das Dekret der Regierung. „Wird es Folgen haben?“ „Uns betrifft es nicht, wir sind den Terror gewohnt. Aber die doppelzüngigen kurdischen Intellektuellen, die an Gesetz und Recht glauben, haben es jetzt mit der Angst zu tun gekriegt.“ „Die Zukunft?“ „Die Organisation sagt, das, was wir jetzt tun, ist kein Terror. Ihr Türken massakriert unschuldige Kurden. Hier

bei uns sterben Unschuldige, nicht bei euch. Wenn es so weitergeht, werdet ihr bald merken, was Terror bedeutet. Wenn Bomben im Istanbuler Bahnhof hochgehen. Wenn in den Touristenhotels die Bomben hochgehen. Es sterben Unschuldige? Ja, auch bei uns sterben Unschuldige. Unschuldiges Blut wird fließen.“

In der kurdischen Metropole Diyarbakir hat der türkische Staat ein Blechtransparent im Boden über die Straße gespannt: „Die unzivilisierten Nationen sind dazu verurteilt, unter den Füßen der zivilisierten Nationen getreten zu werden.“

„Befehl erhalten!“

Am 6. März, wenige Tage bevor er den Ausnahmezustand übers Land verhängte, zitierte Staatspräsident Turgut Özal die Eigentümer und die Chefredakteure der großen Tageszeitungen in den Präsidentspalast.

Ein Teilnehmer der Gespräche, die strikter Geheimhaltung unterlagen, übergab der taz ein Gedächtnisprotokoll:

„Neben Özal saßen der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates, General Sabri Yirmibesoglu, und der Sekretär des Geheimdienstes MIT, General Teoman Kaman [...] Das Wort hatten nur die Generäle. Sie gifteten die ganze Zeit die Pressevertreter an [...]. Wir werden nicht zulassen, daß Sie uns das Land wegnehmen.“

Rahmi Turan vom 'Hürriyet' wurde wegen eines in der Zeitung veröffentlichten Interviews mit dem Führer der PKK, Abdullah Öcalan, fertiggemacht. Er murmelte leise: „Wir haben doch nur gedruckt, damit wir den Feind besser kennen.“

„Der nächste Putsch wird kommen. Der nächste Putsch wird noch radikaler als der Putsch 1980. Wir werden uns noch wundern, was ein Putsch schlimmer als 1980 bedeutet.“ Keiner der Anwesenden traute sich den Mund aufzumachen. Die türkische Presse wird mitmachen. Am Ende der Runde scherzten die Zeitungsverleger: „Wir haben die Befehle erhalten, mein Kommandant.“

Die Frauen wollen kämpfen

Tage nach Aufhebung der Ausgangssperre bleibt die kurdische Stadt Cizre menschenleer. Ein Hundekadaver mit sechs Einschüssen liegt auf dem Mittelstreifen, daneben die Überreste verbrannter Autoreifen. Auf der Seidenstraße patrouillieren die Wagen der Sondereinsatzkommandos und die Soldaten mit geladenen Gewehren. Wer sich hier zu lange sehen läßt, kann von der Straße weg verhaftet werden. Hinter verschlossenen Türen werden Verwundete notdürftig behandelt. Zum Arzt trauen sie sich nicht. Eine Schußwunde zu haben, ist ein eindeutiger Beweis für die Teilnahme an „terroristischen“ Umtrieben und damit Grund genug für eine Festnahme. Es sind vor allem die Frauen, die sich um die Verwundeten kümmern und Medikamente aufzutreiben versuchen.

In einer der vielen Innenhöfe haben sich mehrere Frauen versammelt. Eine von ihnen hat ihren Mann während der Auseinandersetzungen verloren. Doch alle haben sie aufgehört zu klagen oder um ihre Toten zu weinen. Was sie zu sagen haben, klingt nüchtern. Die Tatsachen liegen auf der Hand, die Konsequenzen daraus ebenso: „Von der Türkei erwarten wir nichts anderes mehr“, sagensie. „Wir wollen unseren eigenen Staat. Glaubst du, wir können der Türkei noch vertrauen? Meine drei Schwestern hier können weder lesen noch schreiben, und solange die Türkei uns unterdrückt, wird es auch keine Schule für sie geben.“ „Wir Frauen sprechen kein türkisch. Wir wollen unsere Muttersprache sprechen. Dafür werden wir kämpfen.“

Viele Frauen sind selbst Opfer der „Rambos“ geworden. Während nächtlicher Razzien wurden sie in ihren Häusern überfallen, ausgezogen und mißhandelt. Etwa 20 Frauen wurden nach dem Aufstand festgenommen. Sie schämen sich nicht mehr, zu erzählen, was ihnen passiert ist. „Wir werden kämpfen“.

sagt eine weißhaarige Frau, „und wenn ich nicht nur alle meine Kinder, sondern auch mein eigenes Leben verliere. Wenn ich in meinem langen Leben eines gelernt habe, dann das, daß wir keine Freunde außer uns selbst haben. Wir müssen für unsere Rechte kämpfen, alle Frauen und Männer.“

Dieselbe alte Frau mit ihren fast 70 Jahren ist dabei, als die Bevölkerung von Cizre zwei Tage später die Seidenstraße zurückerobert.

15.000 Menschen demonstrieren vor geladenen Maschinengewehren und schußbereiten Panzern — die Hälfte davon sind, zum ersten Mal in der kurdischen Geschichte, Frauen. Es sind auch die Frauen, die aktiv dafür sorgen, daß sich die nach Stadtvierteln organisierte Demonstration von den Sicherheitskräften nicht provozieren läßt, und damit ein zweites Blutbad verhindern. Nach der Manifestation kommen drei Frauen ins Hotel, in dem die Journalisten versammelt sind. Sie wollen über die Situation der Verhafteten berichten. Die Wachsoldaten haben das Essen, das sie zu ihren Männern ins Gefängnis bringen wollten, vor ihren Augen den Hunden zum Fraß hingeworfen. Das erzählen sie uns auf kurdisch, während sie den Soldaten, die um das Hotel herumstehen, fest in die Augen sehen. Die Frauen von Cizre haben keine Angst mehr. Viele von ihnen haben erst ihre Männer, dann ihre Angst verloren. Beim Aufstand vom 20. März haben sie zum ersten Mal ihre Konsequenzen gezogen.

Lissy Schmidt



Bürgerkriegsgebiet entlang der syrisch-irakischen Grenze



Versammlung in einem kurdischen Dorf, nachdem zwei Bewohner vom Militär getötet wurden

Foto: Sedat Arac

Das Dekret für das Kriegsrecht

Die Militärs bestimmen über den Ausnahmezustand in Türkisch-Kurdistan

Am 9. April verfügte das türkische Kabinett unter Vorsitz des Staatspräsidenten Turgut Özal ein Dekret, mit dem der in Kurdistan bereits geltende Ausnahmezustand verschärft wurde. Nach dem Dekret, das ohne parlamentarische Beratungen unmittelbar rechtswirksam wurde, hat der Supergouverneur für das Ausnahmezustandsgebiet, Hayri Kozakcioglu, Vollmachten wie ein Kriegsrechtskommandant. Das Dekret war schon zuvor in einer geheimgehaltenen Sitzung des „Nationalen Sicherheitsrates“ abgesegnet worden, wo die Militärs bestimmend sind. Laut Dekret

— kann der Supergouverneur jedweden Bürger, der „Aktivitäten zum Schaden der allgemeinen Sicherheit und öffentlichen Ordnung“ entfaltet, aus dem Gebiet verbannen. Der/die Verbannte muß sich danach an dem Ort aufhalten, der vom Innenministerium bestimmt wird;

— können Druckerzeugnisse, „die zur Störung der öffentlichen Ordnung führen“, die „Bevölkerung in der Region aufregen und so gefaßt sind, daß die Sicherheitskräfte bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben behindert werden“, verboten werden. Druckereien können geschlossen werden. Auch Verlage und Druckereien außerhalb des Ausnahmezustandsgebietes sind betroffen. Ein einfaches Verwaltungsdekret genügt für das Verbot und die Schließung einer Druckerei. Faktisch heißt das Pressezensur;

— können dem Supergouverneur nicht genehme Be-

amte, Offiziere, Richter und Staatsanwälte aus ihrem Dienst im Ausnahmezustandsgebiet entlassen und versetzt werden;

— wird in der Region das Strafmaß für „Separatismus“ und „Unterstützung separatistischer Aktivitäten“ verdoppelt —

— sind gegen die Dekrete des Supergouverneurs keine gerichtlichen Klagen zugelassen.

Unmittelbar nach Veröffentlichung des Dekrets schwärmten Polizisten im Istanbuler Verlagsviertel Cagalolu aus, um den Druckunternehmern Angst und Schrecken einzujagen: Der Druck einer unliebsamen Zeitschrift habe die sofortige Schließung des Betriebs zur Folge. Aufgeschreckt zitierten die Manager des größten türkischen Medienkonzerns 'Hürriyet' den Herausgeber von '2000'e Dogru', Dogu Perincek, zu sich. Man bedauere, aber das linke Wochenblatt '2000'e Dogru' (frei übersetzt: Der Weg ins nächste Jahrtausend) könne nicht mehr in der 'Hürriyet'-Druckerei gedruckt werden. Der türkische Staatspräsident Turgut Özal triumphierte: „Endlich wird diese Zeitschrift nicht mehr gedruckt. Das Dekret hat Fuß gefaßt.“

Sang- und klanglos wird der kurze Frühling, den die Presse seit 1987 zum ersten Mal nach dem Militärputsch wieder genoß, beendet. Die großen Zeitungen haben sich geduckt: Über Kurdistan werden nur Artikel in Einvernahme mit dem Generalstab geschrieben.

öe

„Der Staatsterror ist grundlegende Politik“

Auszüge aus der Rede des prominenten türkischen Sozialwissenschaftlers Ismail Besikci vor Gericht

Seit Mitte März sitzt der türkische Sozialwissenschaftler Ismail Besikci wieder hinter Gittern. Besikci, der als einziger Wissenschaftler in der Türkei über Kurdistan forschet und deshalb über ein Jahrzehnt in türkischen Gefängnissen zubrachte, hat jüngst zwei Bücher über Kurdistan publiziert. Bis zu 15 Jahren Gefängnis forderte deshalb der Staatsanwalt des Staatssicherheitsgerichtes Istanbul wegen „Propaganda in der Absicht, die Nationalgefühle zu zerstören oder zu schwächen“. Im folgenden Auszüge aus Besikcis Rede vor Gericht, in der er radikal mit der Kurdenpolitik des türkischen Staates abrechnet:

„Es ist nicht das erste Mal, daß ich wegen Schriften zur Wissenschaftsmethodik und der Kurdenfrage vor Gericht stehe. Ich war seit 1967 zu verschiedenen Zeitpunkten und vor verschiedenen Gerichten angeklagt. Die Inhalte der Anklageschriften haben sich nicht verändert. Seit Ende der sechziger Jahre stets dieselben Anschuldigungen, dieselbe Terminologie: „Die Bürger der türkischen Republik heißen Türken. In der Türkei existiert nur die türkische Nation und die türkische Sprache. Die Existenz einer anderen Nation als der türkischen, einer anderen Sprache als der türkischen kann nicht hingenommen werden. In der Verfassung, im türkischen Strafrecht, im Parteiengesetz, im Gesetz über

das Kriegsrecht mag drinstehen, daß jedermann Türke ist, daß die Existenz einer anderen Nation, einer anderen Sprache, einer anderen Kultur nicht behauptet werden darf. Dies mag legal sein. Aber es ist illegitim. Egal ob die Gesetzgebung, die die kurdische Nation, die kurdische Sprache und die kurdische Kultur leugnet, von fünf Generalen oder von 450 Abgeordneten geschaffen sind. Sie sind illegitim.

Es gibt ein herrschendes Verständnis in den türkischen Universitäten, bei türkischen Professoren und Schriftstellern, Parteien und Medien. Sie findet sich auch in der Anklageschrift des Staatsanwaltes. Demnach hat jeder Bürger in der Türkei die gleichen Rechte, niemand wird aufgrund seiner Sprache und Kultur benachteiligt. Doch es gibt eine Bedingung für die „Gleichheit“, eine grundlegende Bedingung: Ein Mensch „kurdischer Abstammung“ muß seine eigene Identität verleugnen.

In Kurdistan ist der Staatsterror grundlegende Politik. Die türkischen Sicherheitskräfte — Kommandoeinheiten, Gendarmerie, Polizei und Sondereinsatztruppen — überfallen und durchkämmen Dörfer. Die Dorfeinwohner werden um den Dorfplatz versammelt, Kinder und Frauen auf der einen, Männer auf der anderen Seite. Die Männer werden nackt ausgezogen.

Vor den Augen der Frauen und Kinder werden die Männer gefoltert. An die Geschlechtsorgane der Männer werden Seile angebunden, die die Frauen im Dorf führen sollen. Die Menschenwürde wird mit Füßen getreten.

Heute werden in Kurdistan Menschen von Angehörigen der Sicherheitskräfte umgebracht. Manchmal aus Rache, manchmal um die Menschen einzuschüchtern. Die Eingaben der Verwandten der Ermordeten bei den zuständigen Behörden bleiben ohne Folge. Ein Ermittlungsverfahren gegen den Kommandanten, der den Mordbefehl gab, und die Mörder wird nicht eingeleitet. In der politischen Landschaft der Türkei haben die Parteien trotz Millionen Wählerstimmen kaum Einfluß. Ein paar Generäle kommen, ergreifen die Macht und schließen die politischen Parteien. Die Kurdistan-Politik der Türkei wird nicht von der Regierung bestimmt. Sie wird bestimmt von der Armee und dem Geheimdienst MIT. Sie ist Staatspolitik. Die Kurdistan-Politik wird vom Nationalen Sicherheitsdienst diktiert. Die Regierung hat noch nicht einmal das Recht, darüber zu beraten. Auch die Opposition muß ohne Abstriche diese Staatspolitik unterstützen. Die Türkei kann mit ihrer Kolonie Kurdistan nicht ihren Platz in der demokratischen Staatengemeinschaft des Westens einnehmen.“



Massaker in Cevrimli

Am 11. Tag nach dem Massaker wurde endlich einer Untersuchungskommission das Betreten des Dorfes erlaubt. Ihr Bericht nährt die Vermutung, daß an diesem Massaker die örtlichen Dorfschützer, die Gendarmerie und eine Sondereinsatztruppe zusammenwirkten. Diese verschiedenen Kräfte sind **koordiniert** worden. Ob diese Koordination von einer sehr hohen oder eher einer örtlichen Ebene erfolgte, ist nicht auszumachen. Immerhin handelt es sich aber um einige hundert Militärkräfte (Dorfschützer, Gendarmerie und Spezialteams), die **vor dem Überfall abgezogen und während des sechsstündigen Gefechts zurückgehalten** wurden.

Massaker im Dorf Cevrimli, Untersuchungsbericht (Übersetzung: Kurdistan-Komitee Köln)

Am 21. Juni 1990 befand sich eine aus 30 Personen bestehende Kommission, darunter

- der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Ferit Ilsever und Mitglieder ihres Vorstandsgremiums,
- der Vorsitzende der Abteilung Diyarbakir des Menschenrechtsvereins Hatip Dici und Kommissionsmitglieder
- der Vorsitzende der Abteilung Siirt des Menschenrechtsvereins, Rechtsanwalt Zübeyir Aydar,
- im Namen der Anwaltskammer Rechtsanwalt Fethi Gümüş und
- Pressevertreter

zu Untersuchungen im Dorf Cevrimli (Gere). Obwohl die Beobachtungen noch am selben Tag mit einer gemeinsamen Erklärung der Presse unterbreitet worden sind, konnten aufgrund der mit der zuletzt herausgegebenen Verordnung mit Gesetzeskraft vorgeschriebenen Zensur einige unten festgestellte ungeklärte Punkte im Zusammenhang mit diesem Geschehen nicht an die Öffentlichkeit gebracht werden.

1. Der Zutritt der Presse zum Dorf konnte erst am 11. Tag nach dem Geschehen gemeinsam mit der Kommission verwirklicht werden. Wir glauben, daß es für das so lange Fernhalten der Presse vom Dorf unter dem Vorwand angeblicher "Sicherheitsgründe" **einen wichtigen und ungeklärten Punkt gibt, der nicht aufgedeckt werden soll.**

2. Nachdem die Kommission drei Tage, bevor sie in das Dorf ging, feststellte, daß die Bewohner in das Dorf Kocyrdu (Bizene) in der Nähe des Dorfes Cevrimli umgesiedelt worden sind, ging die Kommission zuerst in dieses Dorf. Aufgrund der Behinderung durch die Militäreinheiten in dem Dorf und durch die Dorfschützer, konnte sie keinen normalen Dialog mit den Dorfbewohnern aufbauen. Die Versammlung des -einen Tage vor unserer Kommission in das Dorf gekommenen Kommandanten des Gendarmerieregiments und des am Morgen des gleichen Tages gekommenen Gouverneus von Siirt und des als Oberdorfschützers der Region betrachteten Bahattin Altug (Baho Aga) -mit den Bewohnern des Dorfes Cevrimli, hat in einem spürbaren Maß die Dorfbewohner beeinflusst und die Kommission von ihnen isoliert, wie zu beobachten war. Die Kommission glaubt, daß vor allem die von den Dorfschützern gegen unsere Kommission angewandten aggressiven Drohungen und Beleidigungen dazu geführt haben.

3. Die Aussagen einiger Dorfbewohner, die gerade dabei waren, ihren Hausrat einzusammeln, als wir später in das Dorf Cevrimli gingen, waren besonders

interessant. Nach der Aussage der Dorfbewohner, die ihren Namen nicht genannt wissen wollen, trugen die Männer, die das Massaker verübten, Unterhosen und Unterhemden und darüber Westen, wie sie zum Tragen von Munition benutzt werden. **Die außer den 4 Dorfschützern getöteten unschuldigen Menschen, darunter Frauen und Kinder, sind ausnahmslos Kinder und Angehörige von Menschen, die es abgelehnt haben, Dorfschützer zu werden und nach Izmir oder Istanbul zum Arbeiten gegangen sind.** Obwohl der bei dem Massaker getötete 15-jährige Ömer Bestas gerufen hatte: "Bei der Liebe Kurdistans, tötet mich nicht, ich will mich Euch auch anschließen", wurde er mit den Worten "Ich sch... auf dein Kurdistan" erschossen. Darüberhinaus fällt auf, daß Ömer Bestas einer Familie angehört, die es ablehnte, Dorfschützer zu werden.

4. Das Gefecht dauerte mit Unterbrechungen von 21.00 Uhr abends bis 3.00 Uhr. Ein wichtiger Punkt, der untersucht werden muß ist, daß die Spezialteams in dem vom Dorf Cevrimli 15 Minuten zu Fuß entfernten Dorf Kocyurdu, und das vom Dorf eine Stunde Fußmarsch entfernte 9. Gendarmeriebattalion, und, obwohl das Dorf des Oberdorfschützers der Region, Baho Aga, ebenfalls nur eine Stunde Fußmarsch entfernt liegt, **diese in keinsten Weise eingegriffen haben.** Wo waren denn eine Stunde nach dem Verstummen der Waffen, genau in dem Moment als es hell wurde, die über 100 PKK-Angehörigen, die nach offizieller Darstellung für das Verbrechen verantwortlich gemacht werden? Sind sie innerhalb einer Stunde vom Erdboden verschluckt worden?

5. Ist es nicht ein reichlich unklarer Punkt, daß aus dem Dorf, in dem sich nach unseren Informationen zuvor eine Militäreinheit und 19 im Dienst stehende Dorfschützer befanden, **kurze Zeit vor dem Geschehen die Militäreinheit abgezogen worden ist und von den 19 Dorfschützern sich an dem Abend des Geschehens nur 4 im Dorf befanden?**

6. Das Dorf besteht aus 60 bis 70 Häusern. Es sind nur 4 Häuser niedergebrannt worden. Die niedergebrannten Häuser waren speziell ausgewählt. Drei davon waren die Häuser derer, die es ablehnten, Dorfschützer zu werden. Nach den Aussagen der Dorfbewohner sind die Häuser mit Flammenwerfern niedergebrannt worden. Obwohl sich gleich neben einem der niedergebrannten Häuser die zuvor **als Polizeiwache benutzte und am Abend des Geschehens leergehaltene Dorfschule befindet, fällt unserer Kommission die Unversehrtheit dieses Gebäudes auf.** Unter Berücksichtigung der vorhergegangenen Ereignisse ist vor allem der Zustand dieses Gebäudes auffällig.

7. Obwohl sich auf der Seite, von der nach den Feststellungen der Angriff gekommen ist, etwa in einer Entfernung von 80 Metern ein freistehendes Haus von Angehörigen eines Dorfschützers befindet, wurde dort nicht eine einzige Spur von Geschossen gefunden. Ist das etwa ein Zufall?

Unsere Kommission stellt als wichtigen Punkt des während der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa(KSZE) stattgefundenen ungeklärten Geschehens, über den nachgedacht werden muß, fest:

Zur Aufmerksamkeit aller Verteidiger der Demokratie und der Menschenrechte: die Wahrheit über das Cevrimli-Massaker, die man mit dem Blut der unschuldigen Menschen begraben will, muß aufgeklärt werden und ans Tageslicht kommen.

23.Juni 1990"

Wir wissen nun also sehr genau, wie die PKK kämpft: in Unterhosen.



ecek hayat

Medizinisches Soforthilfeprogramm für den kurdischen Volksaufstand (Türkei)

Medico international hat einen Fond angelegt, dessen Sinn und Ziel die Unterstützung der Bevölkerung in Kurdistan mit Mitteln der Ersten Hilfe und der medizinischen Nothilfe ist.

Durch unsere an Ort und Stelle präsen- te Mitarbeiterin und durch weitere verbindliche Kontakte in das Aufstandsgebiet, verfü- gen wir über gute Voraussetzungen, auf ra- sche Weise solche Materialien an die rich- tigen Adressaten zu bringen.

Dies ist notwendig: wegen der allgemein schlechten sozialmedizinischen Versor- gungslage, aber vor allem, weil bei den letz- ten und möglichen zukünftigen Aufstands- und Widerstandsregungen die betroffenen Zivilpersonen nicht in die Krankenhäuser aufgenommen werden.

Es kommt also darauf an, eine autonome Versorgungsstruktur der Ersten Hilfe auf- zubauen.

Daher unser Fond.

Spenden auf die
Konten: 6999-508
Postgiro Köln oder
Konto 1800 bei der
Frankfurter Sparkasse
Stichwort: Kurdistan



Damit wir unsere Arbeit vernünftig planen und auch solche Projekte finanzieren können, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken, bitten wir um **Einzugsermächtigung und Daueraufträge**. Verwenden Sie nach Möglichkeit nur den nebenstehenden Vordruck. So helfen Sie uns, die Verwaltungskosten niedrig zu halten.

Selbstverständlich können Sie jederzeit widerrufen.

Vielen Dank für Ihre Hilfe

medico international

Einzugsermächtigung zum Projekt: KURDISTAN

Hiermit ermächtige ich medico international bis auf Widerruf, meinen Förderbeitrag von meinem Konto durch Lastschrift einzuziehen.

Ich zahle

monatlich vierteljährlich

ab Monat

DM 19

Bank / Geldinstitut

Bankleitzahl

Konto-Nr.

Wenn das Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht keine Verpflichtung des Geldinstitutes, die Lastschrift auszuführen.

Name, Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ / Wohnort

Datum

Unterschrift

Wir werden Ihre Daten nur zum Zwecke von medico international verarbeiten und keinem Dritten zugänglich machen. Abschnitt ausfüllen und an medico international, Obermainlage 7, 6000 Frankfurt/Main 1 senden!